

april 88

11. jrg.



68 TAGE HUNGERSTREIK FÜR DIE MILITANTEN VON ACTION DIRECTE

Der Hungerstreik...Interessiert weiterhin niemanden und vor allem nicht das Justizministerium wo man die Dinge gutgelaunt nimmt. Die Verwaltung ließ zu, daß N.M. - krank geworden - zum Hospital von Fresnes transportiert wurde um dort Untersuchungen unterzogen zu werden. Aber die Ärzte von Fresnes hätten erachtet daß die junge Frau...In ihre Zelle nach Fleury gebracht werden könnte. Sie wurde also aufs Neue vom Knast-Hospital zum Knast geschleppt. ...Nach Chalandon ...Ist ihr Gesundheitszustand "nicht alarmieren. J.M.R., G.C. und J.A. bleiben im Knasthospital von Fresnes hospitalisiert". Sie fahren fort jede ärztliche Kontrolle zurückzuweisen und befinden sich im Zustand extremer Schwäche präzisiert ihr Anwalt, RA Ripert ...- für den man fortfährt sich "billigen oder niedrigen Einschüchterungsmanövern" gegen seine Klienten hinzugeben. "Nach 68 Tagen Hungerstreik weigert man sich (noch) immer ihre Situation, ihren Gesundheitszustand und ihre Forderungen in Augenschein zu nehmen" schließt RA Ripert.

(Libération, 8.2.88)

ZAHLN RÜCKWÄRTS FÜR DIE CHEFS VON AD

Der nächste Prozeß, Mitte Februar, steht in Frage, mangels der Angeklagten. RA Ripert: "...angesichts ihres Gesundheitszustands werden sie vollständig unfähig sein zu erscheinen..." "Im Streik seit 72 Tagen sind (sie) in einem kritischen Zustand, sie wiegen kaum 40 kg und sind von nun an unfähig sich zu erheben oder was immer es auch sei zu tun." Zum Hin- und Zurück-Transport Fleury - Fresnes - Fleury von N.M: "Diese Entscheidung ist nicht akzeptierbar" meint RA Ripert der die "von der Strafvollzugsverwaltung ausgeübten verächtlichen und niederen Pressionen um die politischen Gefangenen zu zwingen ihre Bewegung aufzugeben" denunziert. Justizverwaltung: "...die Ärzte, die nicht Mitglieder der Verwaltung sind, wissen was sie tun." Kein anderer Kommentar vom Pressedienst / Außergewöhnliche Länge des Hungerstreiks / Morbide Infos zu Irland 1981, die ersten Töten am 45., der letzte am 71. Tag / hätten alle Zuckerwasser getrunken / AD hat die Schwelle überschritten.

Libération fragt ob die 4 den Hungerstreik nicht total geführt hätten. RA Ripert: "Sie führen ihn ohne den Schatten eines Zweifels" und fügt hinzu, daß sie um am Prozess teilnehmen zu können, Stärkungsmittel genommen haben. "Der Verfallsprozess wurde so verlangsamt" sagt Ripert, der für sehr bald die Anweisung zur Zwangsernährung für die 4 erwartet (V.B.) (Zusammenfassung)

(Libération, 10.2.88)

SCHWERE STRAFEN FÜR AD

...N.M. tritt zuerst ein. Eine desartikulierte Gliederpuppe zwischen den Armen eines Gendarmen und eines Doktors. Dann

J.M.R., zusammengefallen auf einem Rollstuhl. 2 Gendarmen führen ihn zu seinem Platz und halten ihn gerade. Absolute Stille, fast respektvoll. Die Journalisten stehen. Die Anwälte sind aufgerichtet. In der Box gegenüber haben die Angeklagten aufgehört sich untereinander zu unterhalten. 3 Frauen weinen im Publikum. Einen von ihnen murnelt leise "es ist eine Schande, eine Schande...". Mütter der Angeklagten. Dann J.A., auch sie getragen, der Kopf rollt den Schritten ihrer Wächter folgend von rechts nach links. Schließlich G.C., Rollstuhl, die Augen geschlossen.

Einige sprechen von durchscheinender Haut, von vorstehenden Knochen, toten Blick. Andere suchen Adjektive und Bilder vergeblich. Die Ziffern sprechen besser: C., 71 kg wiegt heute 39, R. 65 kg ist runter auf 38.

Am Mittag des Vortags hatte der letztere eine Krankheit. Die 4 haben dann akzeptiert bis Mitternacht Infusionen zu erhalten um ihrer Verurteilung beizuwohnen. Am 74 tag ihres Hungerstreiks regt ihr Zustand keinen Kommentar mehr an. Sie haben die langsame Geste, bewegen sich in Zeitlupe, Ökonomen der geringsten ihrer Bewegungen. Sie machen Angst, ganz einfach.

10 Jahre Knast für jeden von ihnen ...Maximum ... Urteil das von den 4 in vollständigster Gleichgültigkeit aufgenommen wird. Nächste Woche Prozess vor den Spezialgerichten...

10 Jahre für R.S. Auch keine Überraschung. Der Mann bekennt sich zu AD und hat seine Taten nie abgeschworen.

10 Jahre für V.S. Waffenlager in seiner Wohnung, die Weigerung mit den Bullen zu kollaborieren, Schweigen bei der Verhandlung.

10 Jahre für C.H. 6 Jahre für N.H.
8 Jahre für H.B.; 7 Jahre für J.As.; 5 Jahre für D.P.;
7 Jahre für B.B.; 5 Jahre für A.B.; 7 Jahre für S.N.

...
Um tatsächlich sicher zu sein, daß die Organisation sich in Zukunft nicht restrukturiert, sind alle Angeklagten außerdem zu 5 Jahren Aufenthaltsverbot in bestimmten Departements verurteilt, um sie voneinander zu isolieren und auf das zu reduzieren was sie ganz einfach sind: Individuen.
(Sorg Chalandon)
(Zusammenfassung)

(Libération 13./14.2.88)

Noch einige Ergänzungen aus dem Libération-Artikel:

C. Halfen wird als der große Verführer von Paula Jacques, Dan Franck und F. Germain bezeichnet.

Die 8 Jahre für H.Besse weil sie sich während der Verhöre zu AD bekannte, als Hehlerin für amtliche Dokumente und Verteilerin militanter Literatur und überhaupt weil die als "alter Hase" der "sehr geschätzt" wird, gilt.

Bei D. Poirre und J. Asselmeyer wegen Verbreitung der Ideologie von AD und weil sie ihnen geholfen hätten.

Bei A. Benoit und B. Baudrillard hat der Richter Sprengstoff, der nicht im Durchsuchungsprotokoll auftauchte sondern erst 10 Tage später bei den beschlagnahmten Sachen sich einfand, nicht gewertet. Ebenso die von den Zeugen zurückgenommenen (da nur auf Erpressung der Bullen zustande gekommenen)

Aussagen. Verurteilt weil sie beigegeben hätten AD zu helfen ihre Ideen bekanntzumachen.
(Zusammenfassung)

HILFERUF DER ELTERN ROUILLAN

...
Mutter: "Das letzte Mal als ich ihn gesehen hatte habe ich mir gesagt, daß er nicht mehr viel Zeit hat. Und ich habe gesehen, daß er es auch wußte. Er hat 30 kg verloren und ich weiß, daß er bis zum Ende gehen wird. Ich richte seine Handlungen nicht. Ich sage nur, daß die Art wie man sie isoliert nicht normal ist. Wenn man wenigstens das abschaffen könnte...Ich weiß, daß sie eine lange Agonie begonnen haben aber das kommt von sehr weit (ca vient de tres loin?). Vorher wußte ich, daß er durch Kugeln sterben kann, heute so...Das ist etwas was ich schon sehr lange fühle. Eines Tages habe ich ihm gesagt, du wirst wie August Blanc enden, der 30 Jahre seines Lebens im Knast verbracht hat. ..."

Vater: "Es gibt keinen Grund ihm das politische Statut zu verweigern, weil es für ihre Taten keine anderen Gründe gibt. Ihre Isolation ist nicht berechtigt."

Sie wollen die Mauer des Schweigens brechen, haben an viele Persönlichkeiten geschrieben, niemand antwortet...Mutter: "Ich kann selbst nicht an ein Wunder glauben. Ich weiß, daß es keins geben wird. Das einzige ist was sein Anwalt mir gesagt hat: Es scheint, daß man in Frankreich die Leute nicht so sterben läßt."

(J.-M. Marion)
(Zusammenfassung)

(Libération, 13./14.2.88)

... HÖCHSTSTRAFEN FÜR 8 HAUPT-MITGLIEDER ...

"Exemplarische Strafen in einem beispiellosen Prozess: das 1. Mal das eine terroristische Organisation als solche und nicht bei der Gelegenheit des eine oder anderen Attentats abgeurteilt wird."

... Andere Prozesse folgen... "Der Prozess vor der 14. Kammer hat für seinen Teil erlaubt, die terr. Organisation in ihrer Gesamtheit flachzulegen, ihre Mechanismen aufzudecken und die Rolle von jedem zu bestimmen, eingeschlossen die der Sympathisanten, die die für das klandestine Leben der Chefs unverzichtbare Bewegung bilden."

... "Gegen jede Erwartung haben, R., M., A., und C., im Hungerstreik seit 1.12. und im Hospital von Fresnes, der Verhandlung beigegeben. "Der Teint wächsern, der Gang schwankend unterstützt von Wächtern, flankiert von einem Arzt betreten sie die Panzerglasbox. Der Arzt übergibt ihnen mehrmals Medikamente und Mineralwasser. Der Schwächezustand von R. und seinen Komplizen war evident, was sie aber auf jeden Fall nicht hinderte laut herauszulachen und zu klatschen als der Präsident die Verhandlung mit einem Dank an die Ordnungskräfte für ihre Effektivität schloß..." ...
(Philippe du Tanne)

(Zusammenfassung)

(Figaro, 13./14.2.88)

Medizinische Experten am Bett der Chefs von AD - 78. Hungerstreiktag. J.M.R. konnte nicht zum Justizpalast gebracht werden. Ein Arzt hat ihn transportunfähig erklärt. Er wiegt 38 kg, sein Freund G.C. 39 kg. J.M.R. sollte zur Verlängerung des Haftbefehls zum Justizpalast...Transportunfähig...Am 13.2.88 war ein vom Justizministerium angeforderter Experte bei J.M.R. und N.M. Magensonde wäre ins Auge gefaßt worden, aber R. hat abgelehnt. Libération berichtet sich daß die Infusionen vom 12.2.88 doch gegen den Willen der 4 gemacht wurden (12 Stunden lang). R. hat 27 kg, C. 32 verloren.

Nicht der erste Hungerstreik von AD. Am 15.9.85 war ein Hungerstreik gegen Isolations-Haftbedingungen (von Bruglière verordnete). Am 4.10 haben 635 Gefangene in Fleury aus Solidarität und um die allgemeinen Haftbedingungen zu denunzieren das Essen abgelehnt. Erreicht wurde Besucherlaubnis für direkte Angehörige.

Vor ihrer Hospitalisierung waren N.M. und J.A. strikt isoliert auf D 11 im MAF-Fleury...die bis auf die Beiden unbelegt war...getrennt durch leere Zellen zwischen ihnen. N.M. hatte noch keinen einzigen Besuch, Eltern haben keinen Antrag gestellt.

R.S., ist heute auf D 5 von Fleury im ehemaligen QHS. Nachdem er vorher ab und zu mit Anderen Hofgang hatte, jetzt seit 7 Monaten Total-Isolation, Mobiliar in der Zelle ist festgeschraubt. J.M.R. hätte in Fresnes vorher die selben Bedingungen wie Baudrillard, C.Halfen, V.Spano und G.Cipriani gehabt (was nicht stimmt, C. war die ganze Zeit in Totalisolation in Fleury). Halfen und Spano seit 4 Jahren drin werden innerhalb 3 Stationen oft verlegt. 1 Stunde Hofgang mit 3 oder 4 Anderen. Als DPS keine Gemeinschaftsveranstaltungen. Spano hat selten Besuch, Eltern leben in Italien. Die Mutter von C. mußte 8 Monate auf eine Besucherlaubnis warten. Die Eltern der Halfen-Brüder brauchen immer 2 Tage für Besuche in den verschiedenen Knästen.

D.P. und A.B. wurden permanent durch halb Frankreich verlegt. P. war erst in Totalisolation in Fleury, verschiedene Hungerstreiks und ein Durststreik, Heute im MAF Fresnes in allgemeinen Bedingungen / A.B. 7 Mal verlegt, 6 Monate isoliert, heute in allgemeinen Bedingungen in MAF Fleury / Salvatore Nicolsa seit 3 Jahren ohne Besuch, für seine Freundin wird es verweigert, er wie auch N.H. unter allgemeinen Bedingungen, H.Besse war lange im Knasthospital Fresnes, sie wurde letzte Woche nach Versailles verlegt.

(D.C. und S.Ch.)
(Zusammenfassung)

(Libération 16.2.88)

N.M. VOR RICHT

...Heute wegen Schüssen bei ihrer Festnahme von 1980 vor Gericht, am 18. und 19. zusammen mit R.S. und J.F.Gailhac wegen Mordversuch an einem 'widerspenstigen' Hausbesitzer, ihr Erscheinen wird wegen des Hungerstreiks in Frage gestellt. RA Ripert kündigt an, daß er, falls sie zwangsvorgeführt wird, er als "Zeichen des Protestes" nicht an der Verhandlung teilnehmen könnte. Nächste Woche noch ein Prozess gegen J.M.R., R.S., die H.-Brüder, V.S. und die 'Reulge', in mehreren Monaten Prozesse wegen Besse etc. Dann die Festnahmestory von 1980 plus Amnestie plus ihrer Haftentlassung damals aus medizinischen Gründen und Stichelei gegen den damaligen "polit. Kontext" = PS N.M. wurde schon 1985 wegen der selben Schießerei bei der Festnahme in Abwesenheit zu lebenslänglich verurteilt. (Zusammenfassung)

(Figaro, 17.2.88)

DIE HUNGERSTREIKER VON AD UNTER INFUSION

Infos aus ärztlichen Kreisen am 16 wären J.M.R. und G.C. unter die 40 kg Grenze abgemagert. 78. Hungerstreiktag. Justizkanzlei hat angekündigt seit dem Wochenende seien alle 4 für 3 Stunden am Tag unter Infusionen. Minister weigert sich zu sagen ob sie zugestimmt haben.. RA Ripert sagt, daß man sie fesselt, wenn sie sich weigern. J.M.R. am 15.2 transportunfähig. (Zusammenfassung)

(Le Monde, 17.2.88)

PROZESS UNTER INFUSION FÜR N.M.

Auf einem Rollstuhl erschien N.M. gestern, am 79. Hungerstreiktag, vor dem Sondergericht in Paris wegen ihrer Beteiligung an einer Schießerei. Sie mußte dann unter Infusion genommen werden aber die Verhandlung ging weiter. Urteil: 12 Jahre.

Schwurgericht von Paris 13.15. Uhr. Ein Bulle mit kugelsicherer Weste, MP vor dem Bauch ist der erste in der Tür die zur Box der Angeklagten führt. Folgen ein Arzt und 2 Wächter. Man schätzt den verfügbaren Platz für einen Rollstuhl ab. Geklingel. Der Präsident Jean Saurel hält seinen Eintritt an der Spitze von 7 Richtern ab, die den "speziell zusammengesetzten" Gerichtshof für TE-Affären bilden. N.M. kommt ihrerseits, geschoben von den 2 Wächtern, gefolgt von 3 Elitegardien. Gesicht von Kreide. Alabaster. Kümmerlicher Körper, eingehüllt in einen viel zu großen Mantel. Hosen flatternd. Hände auf den Knien. Und Anfang eines Prozesses unter Infusion.

"Sind sie N.M. ohne Beruf?" "..." Stimmt das?" Das kleine Gesicht unter einem Büschel schwarzer Haare willigt mit einer kaum wahrnehmbaren Bewegung des Kopfs ein. RA Ripert erhebt sich und fordert die Einstellung... "Meine Klientin, die auf einem Rollstuhl erschien, ist heute an ihrem 79. Hungerstreiktag um gegen ihre Haftbedingungen zu protestieren. Es ist an der Zeit zu sagen, daß dieser Hungerstreik keine Sache des Vergnügens ist."

Der letzte N.M. betreffende medizinische Bericht datiert vom letzten Samstag: sie wurde zu erscheinen fähig erklärt. Ihr Erscheinen ist vor allem für die justizielle Dramaturgie unverzichtbar, mit Sorgfalt programmiert damit die Verantwortlichen von AD die Gerichtssäle in der schweren Vorwahlzeit monopolisieren.

Heute die Schießerei bei M.N.'s Festnahme 1980. Donnerstag ein Mordversuch in einem besetzten Haus, nächste Woche Überfälle etc. Zerschlagen die Hungerstreikenden diese schöne Mechanik? Das ist der Einsatz in diesem ersten Prozess. Nach der Intervention von RA Ripert beantragt der Generalanwalt Daniel Barreyre ein Arzt zu bestimmen, um zu wissen ob "die Angeklagte in einem um Verhandlung zu folgen genügendem physischen und intellektuellen Zustand ist".

Das Gericht benennt 2 und unterbricht die Verhandlung. Um 13.25 Uhr hält Doktor Riveline seinen Bericht: "Sie ist sehr dünn (?!). Sie hat eine schwache Spannung und ein Herz das etwas beschleunigt schlägt. Sie ist physisch nicht in gutem Zustand. Aber in intellektuellen Hinblick ist sie in perfektem Zustand. Sie kann verstehen unter der Bedingung, daß die Verhandlung nicht lange und mit Unterbrechungen sei..."

Präsident: "Kann sie auf Fragen antworten?"

Experte: "Ja, wenn die Sitzungen nicht lang sind. Sie ist vollkommen bewußt. Aber sie ist ermüdbar."

RA Ripert: "Die Unterbrechungen, wie lange?"

Experte: "Von 1/4 Stunde bis 3/4 Stunde, das hängt ab... Die Zeit daß sie sich erholt."

Der 2. vom Gericht bezeichnete Experte ist viel kürzer: "Sie kann erscheinen. Ihr état de denutrition majeur beeinträchtigt ihre Wachsamkeit nicht. Kurze Unterbrechungen von 5-10 Minuten werden genügen... Sie könnte ein Zeichen geben wenn sie schwach würde."

RA Ripert: "Kann sie sich lange ausdrücken?"

Experte: "Es wird nicht sein, die die Verhandlung in der Hauptsache machen wird."

Ärzte oder Gehilfen der Anklage? Ein unangenehmer Eindruck stellt sich ein.

Engste Allianz zwischen der Justiz und den weißen Kitteln.

RA Ripert gibt sich nicht zufrieden: "Es ist nicht denkbar, daß sie N.M. so aburteilen würden. Der Prozess wäre ungerecht." Die Geschichte dauert bereits 8 Jahre. Ist es so dringend die alten Rechnungen abzubüßen? Höchste Dringlichkeit für den Generalanwalt: "Ich beantrage mit Blick auf die vollständig klaren Erklärungen der Ärzte über den Einstellungsantrag hinwegzugehen."

Unterbrechung. Nach 5 Minuten reiht sich der Präsident Saurel hinter den Generalanwalt ein: "Es wäre möglich jedesmal wenn es notwendig wäre zu unterbrechen..."

Getragem von ihren Wächtern kommt N.M. wieder in die Box. Man setzt sie auf die Bank der Angeklagten. Sie legt ihren Kopf mit der Seite auf die Laufstange. Ein Arzt setzt sich ans andere Ende, fixiert sie mit den Augen, bereit einzugreifen... Lesung des Stops der Einstellung (arrêt de renvoi). M. betrachtet die Decke, wackelt mit dem Kopf, amüsiert sich mit dem Micro. Zu ihren Füßen hat sie eine neue Flasche Mineralwasser und eine Zuckerwasserlösung. Ist es der Effekt der Vitamine die sie vor diesem Prozess einnehmen mußte um "in Form" zu sein? Sie erscheint in einem übersinnlichen Zustand zu schweben, fast euphorisch. Sie lächelt zu den Bullen amüsiert sich über die Fragen die man ihr stellt. Antwort "ja" oder "ja vielleicht...das ist möglich" in einer kindlichen Art.

Man erinnert ihr ihren Vater, Bürochef in der Fabrik. Ihre Mutter, Verkäuferin in der Galerie Lafayette, gestorben 1975. Glückliche Kindheit. BEPC. 6 Jahre Klavier...Angestellte bei der B.N.P. Cedetiste militante (?). Freundin von R. ... Der Vater: "Sie schlen die Gesellschaft nicht leicht zu nehmen. Sie machte altruistische Vorschläge..."

Ihre Schwester: "Sie hätte eine Linderung im Leben nötig gehabt. ...Sport oder Religion..."

Der Psychiater: "Sie scheint durch eine tiefliegende Angst nach dem Tod ihrer Mutter zerstört zu sein. Sehr emotional. Gefährlich. Und daß ich 'gefährlich' in einen Bericht schreibe ist sehr selten."

... Um 16.15 Uhr verschwindet sie plötzlich hinter dem Luftseil. Der Arzt beantragt eine Entspannungspause. Das Warten zieht sich. Nach einer halben Stunde kommt ein Mann mit einem Glasgefäß und Nadeln vorbei. RA Ripert geht nachsehen. N.M. ist im Wartesaal der Angeklagten auf den Boden gelegt. So schwach daß man ihr eine Infusion machen muß. Mehrere Nadeln waren notwendig, ihre Venen sind in einem schlechten Zustand. Der Gerichtshof kehrt zurück aber N.M. bleibt ausgestreckt hinter der Verkleidung. Präsident Saurel schlägt vor ohne die Angeklagte fortzuführen. "Sie bleibt weiter müde sagt man uns. Also werde ich die Verhandlung in ihrer Abwesenheit fortsetzen. Man wird sie informieren..." Im Zuschauerraum ist die Bestürzung total. Um ans Ende ihrer Prozesses zu kommen, sind die Richter bereit einen selten verletzten Grad zu überspringen: die Schuldigkeit einer Frau zu verhandeln die außerhalb des Gerichtssaals ausgestreckt mit einer Nadel im Arm, verbunden mit einem Schlauch die sie vaille que vaille (?), wieder "aufpumpt".

RA Ripert entrüstet sich: "Sie können unter diesen Bedingungen die Verhandlung nicht wiederaufnehmen. Mein Einstellungsantrag ist vollkommen begründet. Ich stelle ihn nochmals."

Replik des Generalanwalts: "Im Augenblick hat die Angeklagte es nötig sich etwas zu entspannen. Wenn es ihr besser geht, werden Sie ihr mitteilen was geschehen ist, vielleicht über den Gerichtsdiener..." Unterbrechung. Gereiztes Selbstgespräch des Generalanwalts: "Man muß Schluß machen. Dieses Dossier schleppt sich dahin..."

Um 19.00 Uhr kündigt Saurel seine feste Absicht an die Affaire heute Abende zu beschließen. RA Ripert entscheidet den Saal zu verlassen. Er ist commis d'office (?) "Sie lehnen ab? Wir werden einen Spruch des Präsidenten der Anwaltskammer beantragen."

Aber da wird N.M. aufs Neue in die Box getragen. "Ich werde nicht mehr auf ihre Fragen antworten. Man profitiert von meiner nicht nur physischen Schwäche. Ich bin nicht in der Lage so zu antworten wie ich wollte, einen Diskurs zu haben der mit meiner Integrität als politische Militante korrespondiert."

Saurel geht aufs Neue zu den Zeugen über während der Generalanwalt an seinem Strafantrag feilt. Abends, nach 35 Minuten

des Wohldurchdenkens entscheiden sich die Richter für 12 Jahre.

(Libération, 18.2.88)

APPELL

Seit 83 Tagen sind zwei Frauen und zwei Männer, Mitglieder der aufgelösten Gruppe "Action Directe" im Hungerstreik. Inzwischen wiegen Joelle Aubron, Georges Cipriani, Nathalie Menigon, Jean-Marc Rouillan, jeder nur noch weniger, als 40 kg. Sie sind in Lebensgefahr.

Seit mehreren Monaten fordern sie die Aufhebung der strengen Isolationsmaßnahmen, die ihnen jeden Kontakt untereinander sowie mit anderen Gefangenen verbieten.

Die französische Regierung, die auf der strikten politischen Ablehnung von Action Directe beharrt, rechnet damit, die Situation auf Kosten des Lebens der vier Hungerstreikenden lösen zu können.

Sie stehen jetzt, im Angesicht des Todes, vor der Alternative, in der Isolation zu bleiben - die schwere körperliche und seelische Erkrankungen hervorruft - oder den selbstmörderischen Hungerstreik fortzusetzen. Wir lehnen Methoden und Ideologie der Action Directe ab. Doch halten wir es angesichts der Gefahr, in der die vier Personen schweben, für dringlich, das Schweigen zu brechen.

Angeblich verhindern Sicherheitserfordernisse normale Haftbedingungen für die Gefangenen der Action Directe.

Aber die Aufrechterhaltung der Isolation unter den gegenwärtigen Bedingungen ist unerträglich - vor allem angesichts der sehr langen Strafen, die sie erwarten. Außerdem stünde diese in völligem Gegensatz zur Philosophie des europäischen Rechts, welches die moralische und körperliche Integrität der Gefangenen garantiert. Die Zusammenlegung der Gefangenen ist daher die einzige konkrete, ins Auge zu fassende Lösungsmöglichkeit. Die Unterstützung dieser Forderung ist ein Erfordernis der Menschlichkeit und Vernunft.

Fortlaufende Unterschriften:

(L M, 19.2.88)

AD: ZWEI EINBRÜCHE AUF DER WAAGSCHALE

Jean-marc rouillan (84. tag hungerstreik) erschien gestern mit regis schleicher, claude und nicolas halfen und vicenzo spano vor dem sondergericht. maitre ripert hat erneut vergeblich die vertagung der sache gefordert.

...Jean-marc rouillan, 36 Jahre, an der gleichen stelle wie nathalie menigon, liegend auf seinem justizbett, bevor der kämpfer von AD hereinkommt, von zwei krankenpflegern unterstützt, kommt noch ein arzt mit flaschen mit glucoseflüssigkeit. ... im hintergrund des gerichtssaals bildet eine gruppe von anwälten einen block. sie sind da, um schweigend gegen "das erscheinen der hungerstreikenden vor dem sondergericht" zu demonstrieren "die aufgrund ihrer geistigen und körperlichen schwächung nicht in der lage sind, frei ihr recht auf verteilung auszuüben". auszug eines textes, der von 14 mitgliedern der anwaltskammer, bei der ungefähr 5000 anwälte eingeschrieben sind, unterschrieben wurde...

maitre ripert: "mein mandant fürchtet nicht die auseinandersetzung mit der justiz, aber er ist im 84. tag seines hungerstreiks. die isolation meiner mandanten ist in resolutionen der UNO und vom europäischen gerichtshof als 'verstoß gegen die menschenwürde' verurteilt worden. in frankreich darf die isolation 3 monate nicht überschreiten. bevor sie verlängert wird, muß eine beratung der strafvollstreckungskommission mit ärztlichen sachverständigengutachten stattfinden. diese gutachten müssen gemacht werden". nach Me. ripert, erhält Jean-marc rouillan seit dem 11. februar jeden tag infusionen, um diesem prozeß die ehre zu geben.

das gericht bestimmt doktor diamant-berger, chefärztin im hotel dieu, ihr gutachten über den geistigen zustand von Jean-marc rouillan zu geben. am letzten donnerstag hatte sie sich beim zweiten prozeß von nathalie menigon dieser aufgabe entzogen, indem sie sich auf ihre rolle als behandelnde ärztin berief. ...

Jean-marc rouillan hat jede kleinste untersuchung verweigert, außer blutdruckmessung. der puls ist gut, 90 pulsschläge in der minute, sein bewußtsein ist erhalten, der dialog vollkommen möglich und sogar zusammenhängend. bei beachtung von pausen alle 45 minuten oder jede stunde... "die ungefähr 10 protestierenden anwälte verlassen den saal. "das ist ein wahrer skandal, eine komödie diese experten!" ruft einer von ihnen.

... von Me ripert über die auswirkungen der 84 tage hungerstreik befragt, versichert der experte (anm.: jetzt einer, der psychologische gutachten über J.M.R. für den prozeß vorgetragen hatte): "das hat bedeutenden auswirkungen sowohl auf seine aktuellen als auch auf seine zukünftigen geistigen fähigkeiten". die rolle des arztes in dieser sache? "eine fachgeisel".

(Libération, 23.2.88)

HENRI LEFEBRE "OBJEKTIVER KOMPLIZE"

...ein text, den er gestern veröffentlicht hat.

philosoph und soziologe, in der 30er jahren mit den surrealistischen verbunden, mitglied der KPF bis 1958, unterzeichner des "manifest der 121", 1968 den situationisten nahe, ist henri lefebvre in erster linie der autor von "kritik des alltagslebens" und "das mystifizierte bewußtsein". er ruft die auf, die es gut finden, nach ihm und seiner frau, catherine regulier-lefebvre zu unterschreiben.

der philosoph, der meint, daß die proteste "gegen die behandlung der mitglieder von ACTION DIRECTE dem ernst der situation nicht angemessen sind", schreibt:

als marxistische und revolutionäre intellektuelle, können wir nicht umhin, zur sympathie mit der ideologie und den aktionen der militanten überzugehen, die heute von der justiz und dem französischen staat gefoltert werden. wir beurteilen es als

weniger niederträchtig, einen anschlag gegen das leben großer waffenschleher wie den general audran oder streikbrecher wie georges besse verübt zu haben als gegen französische bürger, die von jetzt an bekannte "weiße folter" anzuwenden. diese praxis, die aufgrund entsprechender äusserungen der minister chalandon und pandraud noch verschärft wurde, bedroht ganz frankreich, die citoyenneté (anm.: die tatsache bürger zu sein) und die bürgerrechte sind infragegestellt und nicht nur die menschenrechte.

wir fügen hinzu, um unserem verantwortungsbewußtsein ganz gerecht zu werden, daß die mitglieder von ACTION DIRECTE und ihre bewegung, ob man will oder nicht, teil einer strömung in der öffentlichen meinung sind, die im namen einer zukünftigen kommunistischen gesellschaft handelt, und daß wir zu dieser strömung gehören, selbst wenn es nichts homogenes gibt. deshalb ziehen wir es vor, eher als objektive komplizen der terroristen von ACTION DIRECTE zu gelten, als uns durch unser schweigen auf der seite der unterdrücker zu finden."

(Libération, 23.2.88)

ATTENTAT IN PARIS ALS "REAKTION" AUF DEN PROZESS VON AD

... In flugblätter erklärt die organisation: "ein staat, der waffen verschleibt, eine gesellschaft, die profit mit dem tod macht, dürfen sich nicht über reaktionen auf den prozeß von AD wundern. wir sind keine sympathisanten von ACTION DIRECTE, aber wir fordern die abschaffung der hochsicherheitstrakte und der isolationstrakte. wir sind gegen die sprache eines kannibalen-staates."

(Libération, 23.2.88)

"MAN VERSUCHT, MEINE KLIEN TEN ZU ZERSTÖREN"

Am Freitag wird im Prozeß gegen Mitglieder der "Action Directe" das Urteil erwartet/ Die taz sprach mit dem Anwalt Bernard Ripert über die Situation der Häftlinge, die sich angeblich seit 71 Tagen im Hungerstreik befinden.

Wenn die 14. Strafkammer des Pariser Justizpalastes am Freitag das Urteil in dem ersten Prozeß gegen Mitglieder der französischen Untergrundorganisation "Action Directe" spricht, werden die Hauptangeklagten abwesend sein. Jean-Marc Roullan, Joelle Aubron, Nathalie Menigon und Georges Cipriani befinden sich angeblich seit 71 Tagen im Hungerstreik. Bis auf Nathalie Menigon wurden die Hungerstreikenden bereits letzte Woche in Krankenhäuser eingewiesen. Anwalt Bernard Ripert rechnet damit, daß man noch in dieser Woche beginnen wird, die Angeklagten zwangszu ernähren. Dann müßte sich auch endgültig entscheiden, ob es eine Solidaritätsbewegung für die AD-Mitglieder hinter Gittern geben wird. Maitre Ripert hofft darauf. Seine jetzige Verteidigungsstrategie zielt bereits auf die Schwurgerichtsverfahren gegen die Hauptangeklagten, die am 17. bzw. 22. Februar eröffnet werden. Währenddessen aber warten die im laufenden Prozeß wegen "Beteiligung an einer Kriminellen Vereinigung" angeklagten mutmaßlichen AD-Mitglieder mit Spannung auf das Urteil am Freitag. Die taz sprach gestern mit Maitre Ripert, der zur Zeit als einziger Anwalt den Kontakt zu Jean-Marc Roullan, Joelle Aubron, Nathalie Menigon und Georges Cipriani hält und sie kürzlich besucht. taz: In welchem Gesundheitszustand befinden sich die Angeklagten?

Bernard Ripert: Ihr Gesundheitszustand ist sehr schlecht. Sie sind sehr müde und extrem geschwächt. Sie befinden sich an diesem Dienstag im 71. Tag ihres Hungerstreiks. Davon sind sie gezeichnet.

Wie verhalten sich die Ärzte?

Die Angeklagten verweigern alle medizinischen Kontrollen. Gerade deshalb versucht man Druck auf sie auszuüben. So zum Beispiel im Fall Nathalie Menigon: Als ich sie Samstagmorgen besuchte, bekam sie einen Schächeanfall. Bewußtlos wurde sie von den Wärtern abgeschleppt, und dann im Laufe des Tages ins Krankenhaus gebracht. Am Abend aber überführte man sie wieder ins Gefängnis, mit der Begründung, sie lehne medizinische Hilfe ab. In Wirklichkeit war dies ein Vorwand, ihr zunächst anstrengende Transporte zuzumuten und dann die Aufnahme im Hospital abzulehnen, obwohl ihr Zustand besorgniserregend ist.

Wurden die Gefangenen bereits zwangsernährt?

Bis Samstag, und seitdem habe ich keine Nachricht, war man soweit nicht gegangen. Ich glaube allerdings, daß man im Laufe dieser Woche die Zwangsernährung anordnen wird. Jedoch bereits heute verweigert man Joelle Aubron die Einnahme der Vitamine B6 und B12 zum Erhalt ihrer geistigen Fähigkeiten. Wieder lautet die Begründung, daß Joelle Aubron alle medizinische Hilfe ablehne. Ich denke, daß die Ärzte wie auch die Gefängnisleitung mit dem Leben meiner Klienten spielen, um Druck auszuüben, daß sie ihre Aktion abbrechen.

Kann man ihre Erklärung als ein Dementi der Aussagen der Gefängnisleitung verstehen, die vergangene Woche Zweifel an der Durchführung des Hungerstreiks erhob, weil Vitamine bei den Angeklagten gefunden wurden?

Dabei ging es um Vitamine, die man Joelle Aubron aufgrund ihrer Bronchitis gab. Es ist völlig unzulässig, daß die Gefängnisleitung sich nun erlaubt, Zweifel an der Wirklichkeit des Hungerstreiks zu verbreiten, der seit 71 Tagen dauert, und der nunmehr, wenn nichts passiert, unwiderrufliche Folgeerscheinungen für meine Klienten haben wird. Ich bin einverstanden, daß die Gefängnisleitung das Photo meiner vier Klienten publiziert, damit jeder über ihren Zustand urteilen kann. Das allerdings wird wohl nie geschehen.

Kommt die Zwangsernährung für die Angeklagten überraschend? Nein. Bei zurückliegenden Hungerstreiks ist es auch soweit gekommen. Man wird ihnen diese Behandlung aufzwingen, die nur sehr schwer zu ertragen ist, die aber für die Gefängnisleitung das einzige Mittel ist, die Aktion der Hungerstreikenden zu beenden.

Werden die Angeklagten nun nicht mehr in der Lage sein, vor Gericht zu erscheinen?

Ich denke, daß sie in der Tat nicht mehr dazu in der Lage sein werden. Wir werden sehen, ob man sie dann mit ihren Magensonde vor Gericht schleppt.

Sie haben angekündigt, sich dann der Fortsetzung der Prozesse

zu widersetzen?

Ja, natürlich. Wie, das werden sie bei der Verhandlungseröffnung vor dem Schwurgericht verfolgen können.

Sie sagten auch, sie kämpften für das Leben ihrer Klienten. Was heißt das nach der jüngsten Entwicklung heute für sie?

Zur Zeit ist es klar, daß ich wenig Mittel habe, diesen Kampf zu führen. Die gesamte Presse macht ein totales Black-out. Mehr als siebzig Tage Hungerstreik, und niemand kümmert sich, niemand spricht davon. Ich versuche auf meiner Ebene diese Mauer des Schweigens zu brechen, um jene in diesem Land zu erreichen, die noch denken, daß meine Klienten unabhängig von dem Gegenstand der Anklage - das Recht auf Leben im allgemeinen und das Recht auf ein politisches Leben im Gefängnis haben. Die Forderungen meiner Klienten beziehen sich auf ihre Situation im Gefängnis als politische Gefangene. Mit ihren Familien will ich gemeinsam versuchen, über ihr Schicksal zu informieren, auch, damit die Isolationshaft ein Ende nimmt. Diese Haftbedingungen betrachte ich im Einklang mit den internationalen Instanzen als wahrhafte Folter. Wer unterstützt Ihre Aktion?

Es gibt Unterstützungsbewegungen in Belgien und der Bundesrepublik. Die Vereine von Familienangehörigen aus diesen Ländern haben uns ihre Solidarität signalisiert. Dazu kommen weitere politische Gruppen aus der Bundesrepublik.

Bleibt Hoffnung?

Ich habe wenig Hoffnung. Man versucht, meine Klienten zu zerstören. Und wahrscheinlich wird dies gelingen, sowohl auf psychologischer wie physischer Ebene. Doch die Druckmittel, die Beschuldigungen und Verfälschungen der Gefängnisleitung lassen meine Klienten und mich gleichgültig.

(TAZ, 10.2.88)

ENDE DES HUNGERSTREIKS DER ACTION-DIRECTE-CHEFS

Kein Nachgeben der Behörden

Laut einer Mitteilung des Justizministeriums willigten sie am Freitagabend ein, wieder Nahrung zu sich zu nehmen. Laut einer Erklärung von einem ihrer Anwälte "suspendieren" sie hingegen bloss "vorläufig" ihre Aktion, mit welcher sie den Status "politischer Häftlinge" zu erlangen sowie die Aufhebung der ihnen auferlegten Einzelhaft zu erzwingen versucht hatten. Alle vier Anführer von Action Directe, erhielten schon seit einiger Zeit Transfusionen von Glukose und Vitaminen aller Art. Ohne diese partielle künstliche Ernährung hätten sie ihren entsprechend nicht vollständigen Hungerstreik nicht so lange durchhalten können.

(NZZ, 28.3.88)

ERKLÄRUNG

65 tage hungerstreik für die vier inhaftierten militanten/innen von ad.

den komplot des schweigens brechen !

65 tage. seit genau 65 tagen befinden sich Jean-marc roullan, nathalie menigon, joelle aubron und georges cipriani, inhaftierte militanten/innen von action directe, in einem unbegrenzten hungerstreik.

vor einer woche wurden Jean-marc und georges, total kraftlos, in ein gefängnis-krankenhaus von fresnes verlegt. joelle und nathalie waren am diensttag noch immer in ihren zellen von fleury-mérogis.

seit 65 tagen befinden sie sich im hungerstreik, aber der komplot des schweigens besteht weiterhin.

das schweigen der medien, das schweigen der parteien - von links wie von rechts - das schweigen der macht. schweigen und zynismus:

der justizminister hat sich am letzten weekend nicht gefürchtet zu behaupten dass "der gesundheitszustand der streikenden zufriedenstellend sei".

obszöner witz oder der freudeschrei einer regierung die nur "zufrieden" sein kann wenn diese militanten/innen sich im todeskampf befinden?

was wollen die vier militanten/innen von action directe die sich in einem unbegrenzten hungerstreik befinden?

- die zusammenlegung durch den statut des politischen gefangenen

- die sofortige schliessung der isolationstrakte der sécurité renforcée

erinnert euch daran daß sich die gefangenen seit jahren, und besonders diesen sommer, gegen die isolation jeglicher art auflehnen.

welche justiz findet also in frankreich statt?

diese justiz die den politischen militanten/innen von action directe die zusammenlegung durch die erhaltung des statuts des politischen gefangenen verweigert, ist die selbe die die mörder von kanakischen militanten in hienghiene freiläßt, die mit oder ohne verfahren die bullen freiläßt die jugendliche und/oder ausländer ermorden, die die michel droit schützt der sich weigert chalandon anzuklagen, der die mörder von malik oussekine noch immer nicht angeklagt hat.

in welchem namen verweigert diese klassenmacht und -justiz die forderungen der militanten/innen von action directe?

im namen des terroristischen staates der für die sprengung des rainbow warrior verantwortlich ist? im namen des staates der "skandale" jeder art: boulin, chailier, gordji, luchaire? im namen des staates der den gewerkschaftlichen und politischen militanten lucien barbier ermordet hat?

ist es auch im namen dieses staates daß die zeugen die zum prozeß geladen werden, unter druck gesetzt werden?

der hungerstreik der militanten/innen von action directe für die erreichung ihrer forderungen ist rechtmäßig.

diese militanten/innen sind entschlossen ihn bis zu seinen äußersten konsequenzen zu führen.

alle diejenigen die heute für eine veränderung der gesellschaft kämpfen können vor der physischen und moralischen zerstörung

der militanten/innen von action nicht untätig bleiben.

erinnern wir uns an bobby sands und an holger meins !

für die sofortige schließung der isolationstrakte und der sécurité renforcée !

für das recht auf zusammenlegung !

informationskollektiv über den streik.

ERKLÄRUNG

acht wochen hungerstreik für die inhaftierten militanten/innen von ad.

ist es ein isolierter kampf?

die vier militanten/innen die sich im hungerstreik befinden, machen durch ihre forderung der schließung der isolationstrakte da weiter wo sich tausende gefangene in diesem herbst in dem untersuchungsgefängnis besancon und in der zentrale von saint-maur eingesetzt haben, in diesem sommer in fleury-mérogis und in den baumettes. die abschaffung des isolations-systems war eine ihrer ersten forderungen. sie übernehmen auch den relais von azita monachipour und von dominique poirré, von umberto passigatti, von philipe le moual und von roberto pelli, von vierzig gefangenen der d 1 in fleury, von den DPS in fresnes, den gefangenen von bourg-en-bresse die sich während dem ganzen jahr in "hofstreiks", hungerstreiks befanden um die abschaffung des "einzelarrests" (des kerkers) und des isolationssystems zu erreichen.

das was Jean-marc roullan, nathalie menigon, joelle aubron und georges cipriani wollen ist das was all die anderen gefangenen wollen die kämpfen: daß sie nicht mehr die "weiße folter" erleiden müssen - so wird das isolationssystem in den anderen europäischen ländern bezeichnet -.

diejenigen die sich weigern, obwohl sie inhaftiert sind, ihre identität zu leugnen, diejenigen die sich weiterhin zu ihren taten und ihren ideen bekennen, diejenigen die hartnäckig ihre würde verteidigen.

ein sicherheitssystem?

gegen diese gefangenen ist die erbitterung der macht und der gefängnisverwaltung unbegrenzt. wenn es sich dann auch noch um militanten/innen von action directe handelt...

seit dem ersten tag ihrer inhaftierung sind Jean-marc roullan, nathalie menigon, joelle aubron und georges cipriani 24 stunden auf 24 total isoliert, sie sind von jedem kontakt mit den anderen häftlingen sowie von der außenwelt abgeschnitten, ohne besuch für verschiedene von ihnen, ihre post kommt verspätet an, sie ist der zensur unterworfen, sie wird zurückgehalten, bücher und zeitungen werden verboten und beschlagnahmt, unaufhörliche durchsuchungen usw.

sind es "sicherheits"maßnahmen? wie wenn die sicherheit des gefängnisses es benötigen würde daß man die gefangenen zerstört !

wie wenn man sie, um zu verhindern daß sie flüchten, am denken hindern müßte, ihnen das verstehen zu verbieten, ihnen das sprechen abzulernen !

nein, isolation ist keine einfache "sicherheits"maßnahme: die isolation ist das mittel mit dem die macht versucht diejenigen physisch und psychologisch zu zerstören dessen revolte und politischer einsatz durch die "normale" haft nicht gebrochen wurde.

diejenigen zu "brechen" die sich weigern zu bereuen, sich bestechen zu lassen und eine gesellschaft zu verherrlichen die sie verwerfen. um diejenigen zu zerstören die dickköpfig nachdenken, diejenigen die hartnäckig darauf bestehen zu handeln, und um die anderen zu terrorisieren...

deshalb ist es richtig die abschaffung der isolationstrakte zu fordern.

seit acht wochen befinden sich die vier inhaftierten militanten/innen von action directe im hungerstreik. damit die isolationstrakte geschlossen werden, um zusammengelegt zu werden. um ihre physische und psychologische unversehrtheit zu schützen, um ihre politische identität zu schützen. dieser kampf muß bei uns die breiteste unterstützung finden. die unterstützung, natürlich, all derjenigen - arbeiter oder arbeitlose, franzosen oder ausländer, jung oder nicht, die die krise des kapitalistischen systems voll erleiden müssen, die die kosten für die politischen des "aufschwungs" tragen müssen die durch die aufeinanderfolgenden regierungen in bewegung gesetzt wurden.

denn es ist genau weil sie die politischen der arbeitslosigkeit, der armut und des krieges verweigert haben, weil sie diese gesellschaft verändern wollen, daß die militanten/innen von action directe heute inhaftiert sind.

und es ist weil sie sich weigern zu bereuen, weil sie sich weigern die arme hängen zu lassen daß man sie isoliert und daß man versucht sie zu zerstören.

wir fordern mit den vier hungerstreikenden:

- DAS RECHT AUF ZUSAMMENLEGUNG FÜR ALLE !

- FÜR DIE ABSCHAFFUNG DER ISOLATION !

commission prison-répression.

ERKLÄRUNG

durch den prozeß gegen die militanten von action directe versuchen die justiz, die medien, die macht ihren kampf zu entstellen, diese militanten als verrückte, als psychisch erkrankte vorzustellen.

aber wir behaupten daß es kommunistische militanten sind, was man auch immer von ihrer politischen strategie und kampf-formen denken mag zu denen sie sich entschieden haben. wir unterstützen sie weil sie das system der ausbeutung, der unterdrückung, der niederwerfung bekämpfen das wir alle als arbeiter, als arbeitslose, als ausländer erleiden müssen.

- die hinrichtung von besse, direktor von renault, war eine aktion gegen einen boss der für tausende entlassungen verantwortlich war, es war eine aktion gegen die ausbeutung die die arbeiterklasse erleidet.

- die hinrichtung des general audran, war eine aktion gegen den imperialismus, gegen die waffenhändler die die kriege

in der welt mit waffen versorgen und die die verantwortlichen für die millionen opfer dieser kriege sind.

- das attentat gegen das nationale amt der einwanderung war eine aktion gegen den rassismus und die ausbeutung die die ausländer in frankreich erleiden mußten.

es ist weil sie den kapitalismus in frage stellen, es ist weil sie sich keinen illusion über die bürgerliche demokratie machen, es ist weil sie einen widerhall bei denjenigen finden können die, immer mehr, die opfer dieses systems der ausbeutung sind, daß die militanten von action directe eine gefahr für die macht darstellen. aus diesen gründen ereifert sich der staat gegen sie, aus diesen gründen unterstützen wir die militanten von action directe im hungerstreik.

klassenjustiz

straflosigkeit für die mörder von 10 kanakischen militanten in hienghlene.
straflosigkeit für die polizisten die unsere genossen machoro, nonaro ermordet haben.
straflosigkeit für die bullen die jugendliche, ausländer, lucien barbler, militanter arbeiter in amlens, ermordet haben.
straflosigkeit für die autoren und die regierungsverantwortlichen des attentats gegen rainbow warrior.

so mild die justiz auch für die bullen, die faschisten, die bosse ist, so machen wir uns keine illusion über das strafmaß gegen die militanten von action directe.

zusammenlegung durch den statut des politischen gefangenen von allen inhaftierten militanten in frankreich.
sofortige schließung der isolationsstrakte der sécurité renforcée

revolutionäre kommunistische militanten.

REIHENWEISE REIFEN ZERSTOCHEN

Auf dem Gelände eines Autohauses an der Bayreuther Straße führten sich Unbekannte auf wie die Vandalen. Sie besprühten das Gebäude und zwei Autos mit politischen Parolen. Außerdem zerstörten sie an den abgestellten Neufahrzeugen 50 Reifen. Sie richteten einen Schaden von 18 000 Mark an.

(Erlanger Nachrichten, 17.3.88)

Zum Hintergrund:
es handelt sich um ein autohaus des französischen staatskonzerns citroen.
die "parole" lautet:
"unsere solidarität mit dem hungerstreik der gefangenen aus action directe"

SOLIDARITÄT MIT DEN HUNGERSTREIKENDEN GEFANGENEN AUS ACTION DIRECTE !!

Im moment sind die gefangenen aus der kommunistischen guerilla, ACTION DIRECTE, in frankreich bald 91 tage im hungerstreik für die durchführung ihrer forderungen:

- zusammenlegung der gefangenen in kollektiven, den vorschritten für politische gefangenen gemäß
- schließung der hochsicherheitsstrakte.
- konkrete situation der gefangenen ist, dass sie in langwieriger und totaler isolation in hochsicherheitsstrakte sind. Das bedeutet, dass sie keine möglichkeiten haben zusammen zu sein/diskutieren, kein fysischer kontakt mit anderen menschen + das die gewalte auf brutaler und zynischer weise die gefangenen schikanieren, durch die dinge, die die gefangenen brauchen um sich als menschen zu entwickeln: briefwechsel, informationen, besuche, das recht auf bücher.....
- Der hungerstreik ist die offensive der gefangenen im kampf
- gegen isolation und die unmenschlichen verhältnisse und schikanen
- für kollektivität und das festhalten ihrer revolutionären identität.

Nach 91 tage, wo sie ungefähr die hälfte ihres gewichts verloren haben, sagen die gefangenen, dass sie, wenn nötig, zum tod weitergehen. Dazu sagt das überschwein robert pandreau, französischer minister für sicherheit: "wir können nicht leute hindern eine schlank-kur durchzumachen".

Wir haben scherben eingeworfen und farbe geworfen bei der französischen botschaft, in solidarität mit dem konkreten kampf der gefangenen für zusammenlegung in kollektiven. Es stärkt uns, in unserem kampf hier für kollektivität, dass sie ihre identität unter so brutalen bedingungen festhalten können.

Um 6/2 herum haben 3 gefangene aus der RAF sich den hungerstreik angeschlossen, und auch ausserhalb der knäste sind in brd und frankreich aktionen gewesen im verhältnis zum kampf der gefangenen.

Die konkrete aktion ist für uns ein schritt zum aufbauen der kollektivität und das zerbrechen der isolation der gefangenen.

Isolation, nicht nur als wir sie im knast sehen, aber als wir sie überall im system sehen. Die isolation hängt unlösbar mit dem kapitalistische/imperialistische gesellschaftsmodell zusammen. Die generationen werden voneinander isoliert, von der krippe bis zum altersheim, die kernfamilien leben als isolierte, selbstgenügende einheiten. Der alltag des menschen, die arbeit, das heim, die freizeit ist voneinander isoliert. Konsum ist das leben, das das system den menschen zum anbieten hat: die biere, das fernsehen, das weihnachtseinkaufen. Konsum wird der rahmen für gemeinschaft. So werden menschen von sich selbst und einander entfremdet, und es wird leichter für das system einzelne gruppen einzukreisen und anzugreifen. Eine der extremsten formen von isolation in westeuropa ist die iso-tortur von revolutionären gefangenen. Der staatsterror, womit der französische staat versucht die gefangene zu zerstören, ist nicht weiter weg als wir dieselbe grundsätzliche mechanismen hier in dänemark und überall in westeuropa prak-

tisiert sehen können.

Durch die überstaatlichen apparaten, eg und nato, koordinieren die westeuropäischen staaten ihre aufrührbekämpfung und die konterrevolution gegen den widerstand in westeuropa und die befreiungskämpfe in der "3.welt".

Ein klares beispiel von der internationalen zusammenarbeit der herrschenden war, als die dänische grenzpolizei - bei der anti-eg-demo in kopenhagen in dezember - deutsche an der grenze zurückhielten und sie zurückschickten mit stempel in den ausweisen, dass sie in dänemark unerwünscht waren. So versuchen sie zu verhindern, dass wir quer über die grenzen zusammenkommen. Auch in dänemark versuchen die schweine mit staatsterror und repression leute und gruppen auseinander zu zersplittern und isolieren, den widerstand zu zerschlagen und leute vor kämpfen zu erschrecken: brutale razzien in flüchtlingslager, polizeimord an einem flüchtling, ausweisungen, hetze, endlose polizeieinsätze gegen arbeiterkämpfe und blockaden, iso-verhaftungen und konstruierte anklagen, willkürliche hausdurchsuchungen bei leuten und kollektiven, beschlagnahmungen, räumungen von besetzten häusern und razzien im jugendhaus. Die razzien im jugendhaus sind ein klares beispiel davon, wogegen der angriff des staates gerichtet ist: das jugendhaus ist jahrelang der rahmen vieler menschen für entwicklung draussen und gegen die kontrolle der herrschenden gewesen. Durch die diskussionen, die wir in verbindung mit dieser aktion gehabt haben, ist es uns klar geworden, dass es schwieriger ist kollektivität zu praktizieren als zu sagen. Aber zusammen anzugreifen sehen wir als teil des aufbaus der kollektivität, die für uns notwendig für den kampf ist, und wofür wir gleichzeitig kämpfen.

SOLIDARITÄT MIT ALLEN REVOLUTIONÄREN KRÄFTEN INNERHALB UND AUSSERHALB DER KNÄSTE !!!

SOLIDARITÄT IST ZUSAMMEN ZU KÄMPFEN !!!

ZUSAMMENLEGUNG IN KOLLEKTIVEN - FÜR ALLE REVOLUTIONÄRE GEFANGENE IN WE !!!

ERKLÄRUNG DER ANGEHÖRIGEN DER POLITISCHEN GEFANGENEN ZUR AKTION IN HAMBURG AM 29.2.1988 ANLÄSSLICH DER SAN JOSE KONFERENZ

Wir sind heute in hamburg in der nähe des kongreßzentrums, weil sich da die außenminister der 12 EG-Staaten mit Außenministern aus Lateinamerika zur 4. "San Jose Konferenz" treffen.

Wir fordern hier vor der internationalen Öffentlichkeit von den für die isolation der politischen gefangenen in ganz Westeuropa Verantwortlichen:

- ZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN GROSSE GRUPPEN
- FREILASSUNG VON GÜNTHER SONNENBERG
- OPERATION VON ANGELIKA GODER OHNE STAATSSCHUTZKONTROLE IM KRANKENZIMMER

Seit dem 1.12.1987 sind 4 Gefangene aus Action Directe in Frankreich im Hungerstreik. Wir unterstützen Ihre Forderungen:

- ZUSAMMENLEGUNG ALLER GEFANGENEN MILITANTEN entsprechend dem Statut für politische Gefangene
- Schließung der quartiers d'isolement de sécurité renforcée

Wir wollen nicht mehr nur auf Veranstaltungen darüber reden, wie hart die Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand sind, wie sie sich immer verschärfen und daß wir ihre Zusammenlegung wollen, damit sie die Bedingungen haben, um ihre politische Identität behalten und entwickeln zu können. Sondern wir wollen mit unserer Aktion jetzt anfangen, die Zusammenlegung der politischen Gefangenen durchzusetzen. Wir wollen so lange mit unseren Aktionen öffentlich präsent sein und so den Druck erzeugen, bis die Forderungen der politischen Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand erfüllt sind.

Grußadresse der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD an Joelle Aubron, Georges Cipriani, Nathalie Ménigon, Jean-Marc Rouillan

Hamburg, den 29.02.1988

Wir, die Angehörigen der politischen Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand, haben heute in Hamburg eine Aktion gemacht, bei der wir auch die Erfüllung Eurer Forderungen, für die ihr seit dem 1.12.1987 in einem kollektiven Hungerstreik kämpft, verlangt haben. Unsere Aktion haben wir anlässlich der 4. San José Konferenz in Hamburg gemacht. Wir haben uns in der Nähe des Konferenzortes auf einer Brücke angekettet und dort 2 Transparente aufgehängt und 1 Transparent haben wir gehalten.

Auf den Transparenten stand:

-4 Gefangene aus Action Directe seit dem 1.12.1987 im Hungerstreik für Zusammenlegung - wir Angehörigen fordern die sofortige Erfüllung ihrer Forderungen.

-Wir Angehörigen fordern: Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand, Freilassung von Günther Sonnenberg

-Wir Angehörigen fordern: sofortige vertrauensärztliche Untersuchung von Günther Sonnenberg, sofortige Operation von Angelika Goder ohne Staatsschutzkontrolle im Krankenzimmer.

Ca. 1 Stunde lang haben wir auf der Brücke gestanden, dort mehrmals unsere Beiträge verlesen (1 Beitrag zu der Aktion, 1 Beitrag zu Günther Sonnenberg) und Parolen gerufen. Die Beiträge haben wir auch an die Passanten verteilt. Obwohl die Polizei in der Nähe war, hat sie nicht eingegriffen. Einige Journalisten sind zu uns gekommen und haben Fotos und Interviews gemacht. In 2 Privatsendern sind die Interviews einige Stunden später in vollem Wortlaut gesendet worden. Wir haben auch in den Interviews betont, daß es uns besonders wichtig ist, mit unserer Aktion Euren Hungerstreik und Eure Forderungen zu unterstützen.

Solche öffentlichen Aktionen werden wir regelmäßig machen, bis die Zusammenlegung durchgesetzt ist.

Am späten Nachmittag, also nach unserer Aktion war in Hamburg eine Demonstration anlässlich der San José Konferenz unter der Parole: "Freiheit für Zentralamerika - No Pasaran- Pasaremos!!!" Unsere Aktion zur Zusammenlegung war so verbunden mit der Mobilisierung des Widerstandes gegen die (Innen- und Außen)Politik der EG-Staaten.

Viele aus dem Widerstand haben uns gesagt, daß sie unsere Aktion stark finden, auch weil sie am gleichen Tag wie die Demonstration stattfand.

Schon am Tag vor der Demonstration haben wir auf einer Veranstaltung, an der Vertreter der FMLN und der URNG und Nicaraguas teilgenommen haben, von Eurem Hungerstreik berichtet und eine Solidaritätserklärung zu Eurem Streik vorgelesen, für die wir Unterschriften sammeln. Es gab viel Beifall für unseren Beitrag.

In Solidarität im Kampf für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen in der BRD und in Frankreich grüßen wir Euch

Die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD
Postlagerkarte 05 02 05
7500 Karlsruhe

UNSERE SOLIDARITÄT MIT DEN GEFANGENEN MILITANTEN AUS ACTION DIRECTE IM HUNGERSTREIK seit dem 1.12.1987 für die Durchsetzung ihrer Forderungen:

- Zusammenlegung entsprechend dem 'Statut für politische Gefangene' von allen gefangenen Militanten, die von den verschiedenen 'normalen' Gerichten oder Sondergerichten verfolgt werden.

- sofortige Schließung der 'quartiers d'isolement de sécurité renforcée

Die Isolation, der die Gefangenen Militanten aus Action Directe und andere gefangene Militante in Frankreich untereinander und nach draußen unterworfen sind, zerstört ihre Gesundheit und zielt darauf, ihre politische Identität zu brechen.

Wir wollen, daß die politischen Gefangenen in Frankreich die Bedingungen haben, die sie vor der zerstörerischen Wirkung der Isolationsfolter schützen und die sie brauchen, um ihre politische Identität erhalten und entwickeln zu können, d.h. daß sie die Möglichkeit der Kommunikation, der Diskussion und der politischen Auseinandersetzung untereinander und mit allen, die draußen die Diskussion mit ihnen wollen, haben.

In der BRD sind die politischen Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand seit Jahren der Isolationsfolter unterworfen. Genau wie wir haben immer mehr aus dem Widerstand und aus den sozialen Bewegungen die Forderung der politischen Gefangenen - ihre Zusammenlegung in große Gruppen - begriffen und sie in politischen und militanten Initiativen aufgegriffen.

Aus dieser politischen und praktischen Solidarität mit den politischen Gefangenen hier in der BRD kommt unsere Solidarität mit den gefangenen Militanten aus ACTION DIRECTE, die jetzt mit einem Hungerstreik für die Veränderung ihrer Bedingungen im Gefängnis kämpfen.

AN GRUPPEN, INITIATIVEN, LÄDEN USW. IN DER BRD

In den letzten Wochen haben wir mitbekommen, das viele sich hier mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus AD auseinandersetzen. Wir haben überlegt, daß eine Möglichkeit, die Solidarität mit den französischen Gefangenen öffentlich zum Ausdruck zu bringen die ist, den beiliegenden Text mit Unterschriften von Gruppen, Initiativen, Läden usw. hier in der BRD in der Zeitung Libération zu veröffentlichen. (Wenn's nicht anders geht, auch als Anzeige).

Ein weiteres Ziel dieser Veröffentlichung sehen wir darin, zu der Diskussion in Frankreich um den Hungerstreik der Gefangenen aus AD und ihre Forderungen (die Diskussion ist dort inzwischen seit den Prozessen gegen die Gefangenen sehr intensiv in den Medien und auch unter den fortschrittlichen, liberalen, linken Kräften und Intellektuellen, wie sie in den Bewegungen läuft wissen wir leider nicht) beizutragen, indem wir unser Verhältnis zum Kampf der politischen Gefangenen hier und auch in Frankreich zum Ausdruck bringen.

Wir wollen, daß ihr euch überlegt, ob ihr das so gut findet und den Text auch unterschreiben könnt.

Vielleicht fallen Euch auch noch andere Gruppen, Initiativen usw. ein, an die ihr diesen Brief und den Text weitergeben könnt. Antwortet uns dann so schnell wie möglich, schreibt an unser Postfach oder an die Anwaltsadresse (da könnt ihr auch anrufen und Bescheid sagen, wenn ihr unterschreiben wollt).

Liebe Grüße an Euch alle

Die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD
Postlagerkarte 05 02 05
7500 Karlsruhe

Rechtsanwälte Rainer Koch und Kollegen,
Sandweg 50
6000 Frankfurt am Main 1
Tel 069/490330

UNSERE SOLIDARITÄT MIT DEN GEFANGENEN MILITANTEN AUS ACTION DIRECTE IM HUNGERSTREIK seit dem 1.12.1987 für die Durchsetzung ihrer Forderungen:

- Zusammenlegung entsprechend dem 'Statut für politische Gefangene' von allen gefangenen Militanten, die von den verschiedenen 'normalen' Gerichten oder Sondergerichten verfolgt werden.

- sofortige Schließung der 'quartiers d'isolement de sécurité renforcée

Die Isolation, der die Gefangenen Militanten aus Action Directe und andere gefangene Militante in Frankreich untereinander und nach draußen unterworfen sind, zerstört ihre Gesundheit und zielt darauf, ihre politische Identität zu brechen.

Wir wollen, daß die politischen Gefangenen in Frankreich die Bedingungen haben, die sie vor den zerstörerischen Wirkungen der Isolationsfolter schützen und die sie brauchen, um ihre politische Identität erhalten und entwickeln zu können, d.h. daß sie die Möglichkeit der Kommunikation, der Diskussion und der politischen Auseinandersetzung untereinander und mit allen, die draußen die Diskussion mit ihnen wollen, haben.

In der BRD sind die politischen Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand seit Jahren der Isolationsfolter unterworfen.

Genau wie wir haben immer mehr aus dem Widerstand und aus den sozialen Bewegungen die Forderung der politischen Gefangenen - ihre Zusammenlegung in große Gruppen - begriffen und sie in politischen und militanten Initiativen aufgegriffen.

Aus dieser politischen und praktischen Solidarität mit den politischen Gefangenen hier in der BRD kommt unsere Solidarität mit den gefangenen Militanten aus ACTION DIRECTE, die jetzt mit einem Hungerstreik für die Veränderung ihrer Bedingungen im Gefängnis kämpfen.

ERKLÄRUNG

Zur Unterstützung des hungerstreiks der Action Directe und aller kämpfenden gefangenen in den Knästen wurde in freiburg nachfolgendes Flugblatt und plakate flächendeckend in wohnsiedlungen französischer militärs/soldaten, an kasernen und an deutsch-französischen schulen verteilt und plakatiert. Der hungerstreik wird noch immer durch gezielte desinformationspolitik und nachrichtensperre sowohl in frankreich als auch hier in der brd totgeschwiegen. dies ist ein ausdruck der zusammenarbeit der schweine auf ökonomischer, politischer und militärischer ebene, abgesichert durch die vereinheitlichung und koordinierung von aufstandsbekämpfungsmaßnahmen im rahmen von eg und nato. darin nehmen frankreich und brd als kernstaaten der eg führende rollen ein. gegenüber einem immer perfekter werdenden technik- und militärrapparat, der auf die völlige isolation und ausrottung jeglicher befreiungskämpfe abzielt, stehen die sich international entwickelnden kämpfe auf legaler und bewaffneter ebene, wo sich widerstand gegen die umstrukturierungspläne formiert. Abgezielt war die aktion auf den militärrapparat als einer der wichtigsten stützen des imperialismus, der nur als diszipliniert-hierarchische organisation funktionsfähig ist. Zum einen, weil er gegenüber jeglicher art von angriff empfindlich ist, und andererseits, weil wir darin eine möglichkeit sahen, die informationssperre auch in frankreich zu durchbrechen. Bei der aktion ging es darum, die trennung von "legalem" und bewaffnetem kampf zu durchbrechen hin zu einer kontinuierlichen praxis, in der sich die kämpfe von guerilla, gefangenen und dem widerstand aufeinander beziehen und so zusammen wirken.

wir unterstützen die forderungen der gefangenen aus ad und anderen kämpfenden gefangenen

DIE ZUSAMMENLEGUNG EUROPaweit DURCHSETZEN! AUSGEHEND VON DEN STADTTeILEN UND FABRIKEN DEN REVOLUTIONÄREN KAMPF FÜHREN!

Action Directe beendet viermonatigen Hungerstreik

Heute, am 26. März 1988, haben wir beschlossen, den Hungerstreik einzustellen, den wir seit dem 1. Dezember 1987 kollektiv und einheitlich für zwei Forderungen geführt haben:

- Zusammenlegung der politischen Gefangenen
- Sofortige Aufhebung der Isolationshaft.

Im Laufe des Kampfes wurde unsere Entschlossenheit nicht gebrochen, aber Entwicklung und Ausweitung dieses Kampfes ... sind heute in eine neue Phase getreten, die sich auf die „Bewußtmachung“ ebenso stützt wie auf den Elan, die sich in unserem Kampf entwickelten...

Die Tatsache, daß unser Leben nicht mehr durch die Folgen des Hungerstreiks bedroht ist, darf nicht die tägliche Realität der Folter und Auslöschung Tuzender von Gefangenen in Isolationshaft vergessen machen...

Brechen wir das Schweigen, das der Staat über die Realität der imperialistischen Gefängnisse verhängt, über die Haftbedingungen, das Schicksal der revo-

lutionären Gefangenen, über ihre Ziele und Forderungen.

Wir als Kommunisten und entschlossenste Fraktion der gefangenen Proletarier müssen uns vereinigen, organisieren und die Kräfte und Initiativen in den Kämpfen gegen das Befriedungs-, Terror- und Individualisierungssystem der Gefängnisse bündeln...

Wie wir bereits in unserer Erklärung vom Dezember 1987 bekräftigten, kann der Kampf um die Zusammenlegung und gegen die Isolationshaft nicht der einzige Kampf sein: tatsächlich richtete sich unser Kampf in seiner Entschlossenheit konkret gegen das zentrale Projekt der Bourgeoisie, die revolutionären Gefangenen und den proletarischen Widerstand im imperialistischen Gefängnis zu zerschlagen: es war ein vereinheitlichendes und organisierendes Moment in der revolutionären Befreiungspolitik, in der Entwicklung des Bewußtseins und der Organisation des gefangenen Proletariats.

Gefangene von Action Directe

PRESSESPIEGEL

'KNIPSELKRANT'-VERFAHREN

Nach mehreren Gerichtsverfahren gegen Handverkäufer der Zeitschrift 'Radikal' hat die Bundesanwaltschaft unter dem gleichen Tatvorwurf "Werbung für eine terroristische Vereinigung" (Paragraph 129a) nun ein Ermittlungsverfahren gegen einen Bezieher der holländischen Zeitschrift "Knipselkrant" eingeleitet.

Bereits im Sommer letzten Jahres waren auf Antrag des Generalbundesanwaltes mehrere Ausgaben des "Knipselkrant", die sich als Diskussionsforum autonomer und antilperialistischer Gruppen versteht, beim nordrhein-westfälischen Zollamt in Rheine beschlagnahmt worden. Als Anlaß für die Einleitung des 129a-Verfahrens diente eine abgedruckte Erklärung der Roten Zora zu ihrem Brandanschlag auf die Textilfirma "Adler". Neben dem presserechtlich Verantwortlichen der in Holland hergestellten Zeitschrift hat die Bundesanwaltschaft Ende Januar auch ein Ermittlungsverfahren gegen einen Kieler Bezieher der "Knipselkrant" eingeleitet. Er sollte eigentlich jeweils fünf Exemplare zugesandt bekommen, die aber bereits auf dem Postweg beschlagnahmt sind.

(TAZ, 19.2.88)

Terroristen-Prozeß in Stammheim fortgesetzt BKA: KOOPERATION VON RAF MIT ACTION DIRECTE

Nach Erkenntnissen des BKA wurden im Juni 1984 bei Ecausines (Belgien) 815 Kilogramm Sprengstoff entwendet. Dieser Sprengstoff tauchte bei insgesamt zwölf versuchten Anschlägen wieder auf, zu denen sich die AD, RAF und die belgische Terrororganisation CCC bekannten. In der Bundesrepublik sei der Sprengstoff unter anderem beim versuchten Anschlag auf die Nato-Schule in Oberammergau im Dezember 1984 wiedergefunden worden. Außerdem habe die Polizei zahlreiche belgische Identitätspapiere bei Mitgliedern von RAF und AD gefunden. Diese Papiere hätten gleiche Fälschungsmerkmale aufgewiesen, sagte ein BKA-Beamte.

Nach weiteren Aussagen wurden in einem Bauernhof in der Nähe von Orleans, der von der Action Directe als konspirative Wohnung benutzt wurde, drei Pistolen aus einem Raubüberfall im November 1984 in Maxdorf gefunden. Eine weitere Pistole aus diesem Diebstahl habe die Angeklagte bei ihrer Verhaftung im August 1986 in Rüsselsheim bei sich getragen.

(Ruhrnachrichten, 30.3.88)

SPUREN IM SCHNEE FÜHRTE ZU DEN ATTENTÄTERN

W.Kahl. Einer der früheren Komplizen Ulrike Meinhofs in der agierenden "Baader-Meinhof-Bande", Heinrich Jansen, ist unter dem Verdacht terroristischer Anschläge als Mitglied einer neuen linksextremistischen Gruppierung in der Bundesrepublik festgenommen worden.

Zusammen mit den 40 Jahre alten Wahl-Frankfurter, der bereits eine zehnjährige Haftstrafe verbüßt hat, wurden der 24-jährige Bernhard Daniel Rosenkötter sowie der Schweizer Staatsangehörige Michael Max Dietiker dem Ermittlungsrichter zum Erlaß eines Haftbefehls vorgeführt.

Durch Fußstapfen im Neuschnee hatte die Dreiergruppe in der Nacht zum Dienstag die Fahnder nach den Urhebern eines 600 000 Mark Schaden anrichtenden Brandanschlags auf einen Landmaschinenbetrieb des französischen Automobilkonzerns Renault im hessischen Wetteraukreis auf ihre Spur gezogen. Feldmarschmäßig ausgerüstet mit Kompassen, Handfunkgeräten und Generalstabkarten wurden die Verdächtigen, zehn Kilometer vom Tatort Rosbach entfernt, bei Friedberg gestellt.

In dem Auftreten einer neuen eigenständigen Gruppierung im Rahmen des RAF-Umfeldes mit Solidaritätsaktionen für ausländische Terroristen sehen Sicherheitsexperten die Suche nach einer gemeinsamen "Front" von Terroristen in Frankreich, Italien, Irland und der spanischen linksextremistischen Grapo. Bei konspirativen Treffen in West- und Südeuropa stellten Angehörige des deutschen RAF-Umfeldes den ausländischen Gesinnungsgenossen das "Frontkonzept der "RAF" dar.

(Die Welt, 3.3.88)

ATOMKRAFTGEGNERINNEN IM VISIER

Die Hamburger Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA). Der Vorwurf: die BBA soll das "INFO-Zeitung für den organisierten Durchbruch" verbreitet haben. In der Nummer 12 dieser Schrift vom Oktober des letzten Jahres waren Erklärungen der "Revolutionären Zellen" und der "Roten Zora" abgedruckt.

Sabine Kologge von der BBA-Ladengruppe gestern dazu: "Wir haben im Laden allein 70 bis 80 Zeitschriften. Wir lehnen es prinzipiell ab, eine Zensur vorzunehmen, ehe wir ein Blatt ins Regal legen."

Auf der Suche nach dem "INFO" hatte die Bremer Kriminalpolizei im Januar die Türschlösser des BBA-Ladens aufgebrochen und war auch fündig geworden.

(TAZ)

WURDE DER ALS STARTBAHN-ATTENTÄTER VERHAFTETE FRANK HOFFMANN VON GENOSSEN VERPFIFFEN?

Der junge Deutsche, der nachts durch die Beursstraat in der Amsterdammer Altstadt bummelte, wurde plötzlich attackiert. Eine Frau riß ihm die Brille herunter und forderte: "25 Gulden, sofort." Das Opfer rannte weg, kam allerdings nicht weit: Uniformierte Polizisten, die ebenso überraschend aufgetaucht waren wie die Angreiferin, spürten hinterher und hielten den Deutschen fest.

Der überfallene Bundesbürger, der keine Papiere bei sich hatte

und sich zunächst als Nikolaus Lutz ausgab, war Frank Hoffmann aus Mörfelden-Walldorf, gesucht wegen Mordverdachts. Die Festnahme Hoffmanns, versichert die Amsterdammer Polizei, sei "purer Zufall" gewesen. Bei einer Routineüberprüfung des Überfallopfers auf der Polizeiwache Warmoesstraat sei einem Beamten die Ähnlichkeit zwischen Hoffmann und einem deutschen Fahndungsphoto aufgefallen, das er wenige Tage zuvor gesehen habe.

Auch nach Hoffmanns Verhaftung muß sich die deutsche Justiz noch gedulden. Zwar hat die Bundesanwaltschaft die Auslieferung des Ex-Studenten beantragt. Doch Hoffmann kann, wenn das Amsterdammer Gericht dem deutschen Ersuchen stattgeben sollte, Berufung bis zum Hoge Raad in Den Haag, dem obersten holländischen Gerichtshof, einlegen - eine Prozedur, die das Auslieferungsverfahren über ein Jahr verzögern kann.

Laut Eichlers Aussage hat Hoffmann ihm den Rucksack mit den verräterischen Handschuhen und der Sig-Sauer-Pistole in den Hände gedrückt, nachdem die tödlichen Schüsse gefallen waren. Sinn der Übergabe-Aktion: Eichler habe die Waffe schnellstens "verschwinden" lassen sollen. Hoffmann, der nach der Bluttat noch eine Woche bei seiner Mutter gewohnt hatte, tauchte nach Eichlers Erzählung unter.

Ob Hoffmanns Verhaftung tatsächlich bloß ein Zufall war, wie die Holländer behaupten, oder ob der Überfall in der Amsterdammer Altstadt womöglich in Zusammenarbeit mit deutschen Fahndern inszeniert war, ist noch unklar. Holländische Beamte räumten jedenfalls ein, daß es Hinweise auf Hoffmanns Anwesenheit gegeben habe.

(Der Spiegel, 28.3.88)

Postadresse:
FRANK HOFFMANN
HUIS VAN BEWARING
Groningen

Kontakt:
Arrestantengroep Frank
Postbus 10184
Amsterdam

Anwalt:
P.H.Bakker-Schut
Nw. Zijds Voorburgwal 68-70
1012 SE Amsterdam
Niederlande

SYMPATHISANTEN DER RAF FESTGENOMMEN

Die Kriminalpolizei hat, wie erst gestern bekannt wurde, am 17. Februar im Stadtgebiet fünf Personen festgenommen, die dem Umfeld der terroristischen Rote Armee Fraktion (RAF) zugeordnet werden.

Die drei Frauen und zwei Männer im Alter zwischen 27 und 43 Jahren waren am 30. März 1987 vom Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Koblenz wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung zur Unterstützung der terroristischen Vereinigung RAF" zu Haftstrafen zwischen neun und 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden. Da die Rechtsanwälte der Betroffenen gegen das Urteil Revision eingelegt hatten, blieben die Verurteilten vorläufig auf freiem Fuß.

Der Bundesgerichtshof hat die Revision Ende Januar abgelehnt, so daß das Urteil rechtskräftig wurde. Der folgenden Vorladung zum Strafantritt waren die fünf Männer und Frauen jedoch nicht gefolgt, so daß die Polizei die Verurteilten abholen mußte. Bei der gut vorbereiteten Aktion wurde kein Widerstand geleistet.

(24.2.88)

PRESSEMITTEILUNG

am mittwoch, dem 17. februar wurden 5 leute aus dem antilperialistischen widerstand in kaiserslautern, im rahmen einer großangelegten bullenaktion aus ihren wohnungen heraus verhaftet und in verschiedene knäste in rheinland-pfalz verschleppt. (dieter r. nach frankenthal, isolde b., karin m. und susanne p., sowie dieter f. nach zweibrücken)

hintergrund dieser machtdemonstration des staatsschutzstaates, war ein prozeß vor dem staatsschutzsenat des oberlandesgerichtes koblenz, der im märz letzten jahres stattgefunden hat. die 5 genossen/innen wurden damals wegen 'mitgliedschaft in einer kriminellen vereinigung'(Par. 129 strafgesetzbuch) zu 'unterstützung einer terroristischen vereinigung'(Par. 129a stgb) zu haftstrafen zwischen 8 und 18 monaten ohne bewährung verurteilt.

es handelt sich hierbei um einen direkten angriff auf unsere politik, d.h. die antilperialistische diskussion, das zusammenschließen der kämpfe, der wille zur front in westeuropa-der staatsschutz reagiert wie überall in der brd, mit terror und kriminalisierung.

d.h. hier meinten sie eine veranstaltung während des letzten hungerstreiks der gefangenen aus guerilla und widerstand im winter 84/85, in deren mittelpunkt die forderung nach ihrer zusammenlegung in große gruppen stand, sowie eine weitere veranstaltung, in der hauptsächlich der ermittlungsterror der politischen bullen gegen die 5 genossen und allen leuten, die in irgendeiner form mit den fünf etwas zu tun haben, durchleuchten wurde, sowie dessen politische hintergründe.

weitere anlagepunkte waren:

- das verteilen des aufrufs zur bundesweiten demonstration im januar 1985 in karlsruhe zur bundesanwaltschaft. die dominierende forderung war auch hier die zusammenlegung der politischen gefangenen in große gruppen.
 - die verbreitung zweier papers, die im zusammenhang zu der veranstaltung zu dem hungerstreik der gefangenen aus raf und antilperialistischen widerstand, die an der universität kaiserslautern stattfand, standen.
 - sowie die verbreitung der zeitung für die antilperialistische front in westeuropa 'zusammen kämpfen' nr. 1.
- das ziel des staates widerstand zu zerschlagen, hinter glitter zu bringen, ist ihre reaktion auf die erweiterung und das zusammenschließen der kämpfe, wie wir es bundesweit erleben.

natürlich sagen wir nicht, daß der revolutionäre prozeß bereits diese stärke erreicht hat. um zu verhindern, daß leute von uns eingeknastet werden können, aber dazu ist jeder fight ein abschnitt zu diesem teilziel, - bis zur klassenlosen gesellschaft.

d.h. jetzt für uns in kaiserslautern, in einer veränderten und sicher schwieriger gewordenen situation uns unsere handlungsfähigkeit zu erkämpfen und uns nicht vom staatsschutzterror lähmen zu lassen, wie das kaninchen vor der kobra. und dazu war es uns erst mal wichtig, ne kurze presseerklärung abzugeben, um zu dokumentieren, daß der wille zum widerstand auch in kaiserslautern, der stadt mit der größten us-militärgemeinde in europa, weiterlebt.

dieter r. befindet sich in frankenthal in einzelhaft, er hat keinen hofgang und keinen umschluß. karin m. wurde nach ner woche in die jva lübeck verlegt und befindet sich in einzelhaft. isolde b. und susanne p. sind zusammen auf ner zelle. sie stellten einen antrag auf zusammenlegung mit gefangenen aus guerilla und widerstand in ne große gruppe. dies wurde abgelehnt: es gibt keine politischen gefangenen. dieter f. ist wie isolde b. und susanne p. in zweibrücken. er hat einzelhaft und lehnt hofgang ab, weil sich im gleichen stock (!), der kronzeuge peter becker aus pirmasens befindet, der dieter 1982, auch wegen ner 129/129a sache zu 3 jahren haft ohne bewährung verhalf.

ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS GUERILLA UND WIDERSTAND !

SOFORTIGE FREILASSUNG VON GÜNTHER SONNENBERG !

UNGEHINDERTER ZUGANG ZU POLITISCHEN INFORMATIONEN UND UNBEHINDERTER POST- UND BESUCHSVERKEHR !

'NORMALE' U-HAFT FÜR ULLA PENSELIN

Nachdem Ingrid Strobl Haftverbesserungen zugestanden worden waren, haben sich jetzt auch die Haftbedingungen für Ulla Penselin gelockert. Nach Angaben ihres Anwaltes Manfred Boddeling darf seine Mandantin zukünftig an Gemeinschaftsveranstaltungen wie dem Gottesdienst, dem Hofgang, den Sport- und Musikangeboten teilnehmen. Ulla Penselin darf darüber hinaus in größerem Umfang Besuch ohne Trennscheibe empfangen und Privatkleidung tragen. Nach wie vor darf sie allerdings nicht mehr als 20 Bücher in ihrer Zelle unterbringen. Zeitungen unterliegen weiter der Kontrolle, und Beamte überwachen ihre Besucher. Sie darf sich auch nicht mit Gefangenen treffen, die aufgrund des Paragraphen 129a in Untersuchungshaft einsitzen.

(TAZ, 8.3.88)

DIE ERKLÄRUNG DER AUTONOMEN AN ANDREAS EICHLER

Andreas, wir wissen, daß du kurz nach deiner Verhaftung Frank belastet hast. Danach hattest du dich gefangen. Kurz vor deinem Selbstmordversuch hast du weitere Aussagen gemacht.

Du hast dich selbst in Widersprüche verstrickt, die dich für die Bullen erpressbar gemacht haben. Die Bullen handeln jetzt mit den neuen Namen, die sie mit deinen Aussageprotokollen belegen.

Die Schritte, die du jetzt gegangen bist, waren in die falsche Richtung. Du weißt das. Wenn dich auch sonst nichts mehr abhält, weiter in die Richtung des Staatsschutz zu gehen, dann vielleicht deine Selbstachtung. Und noch eines, die von uns, die ganz konkret etwas gegen den Mord- und Rädelführerwurf in der Hand haben, werden nicht diese Selbstgefährdung in Kauf nehmen, wenn du durch Aussagen sie oder andere für Jahre im Knast verschwinden läßt. Andreas, weder du noch wir können die Verantwortung für das abwälzen, was den 2.11. und die Folgen möglich gemacht hat. Lediglich um einen Preis, der Selbstverleugnung und des Verrats. Wir haben niemanden den Bullen ausgeliefert und wir verlangen das auch von dir.

(TAZ, 14.3.88)

IMPRESSUM International Institute DOCOM

REDAKTION Niederlande

Drs. Decoy, Administrator
Drs. W.J. de Jong, Redaktionsmitarbeiter
DOCOM/Groningen

Frankreich

Prof. Lancomte, L.T., Dienstchef französisch
DOCOM/Paris
Griechenland

Mr. P.Y. Anthoradikkl, Auslandsredaktor
DOCOM/Athene

England

Mr. P.K. Thompson, Inlandsredaktor
DOCOM/London

B.R.D.

Dr. A.P. Ranitz von Hebel, Inlandsredaktor
DOCOM/Hamburg

U.S.A.

Mr. G.R. Donovan, Wirtschaftsredaktor

Wellesley College

Alle Rechte vorbehalten
Gesamtherstellung Benson & Hedges/Amsterdam
ISSN 0166-2449

HINTERGRÜNDE DES GRIECHISCHEN LINKSTERRORISMUS "Unschlagbarkeit" der "Revolutionären Organisation 17. November"

Die am 1. März erfolgte Ermordung des Industriellen Alexandros Athanasiadis durch Linksterroristen beschäftigt weiterhin die griechische Öffentlichkeit.

Zu dem Mord am 1. März bekannte sich sozusagen erwartungsgemäß die "Revolutionäre Organisation 17. November". Diese linksextremistische Terrorgruppe ist seit 1975 tätig. Bis heute hat sie vierzehn Anschläge verübt und zehn Personen ermordet; bei Bombenanschlägen wurden dreissig Menschen (meistens amerikanische Militärs) verletzt. Die Organisation begann ihre Aktivität am 23. Dezember 1975 mit dem Mord am CIA-Chef in Griechenland, Richard Welsh. Zu ihren meistens mit professioneller Perfektion verübten Terrorakten gehört unter anderem der Anschlag auf den amerikanischen Offizier George Tsantes am 15. November 1983.

Die "Revolutionäre Organisation 17. November" verbindet ihre Gewalttaten mit Indoktrination. Die Urhebererklärung zu dem Attentat auf Athanasiadis erinnert an diejenigen zu ihren Anschlägen auf den Zeitungsherausgeber Nikos Momferatos (21. Februar 1985) und den Industriellen Dimitrios Angelopoulos (8. April 1986). In allen drei Fällen sind die Opfer zu "negativen Symbolfiguren" stilisiert worden. Momferatos im Pressewesen, Angelopoulos und Athanasiadis im Wirtschaftssektor. Athanasiadis, heisst es, sei ein typischer Exponent der "Lumpengrossbourgeoisie".

Hier wird die Frage der "problematische" weil überschuldeten Unternehmungen angesprochen, die eine Struktur schwäche der griechischen Wirtschaft darstellen und der Regierung Papandreu viel Kopfzerbrechen bereiten. Der Staat hat einige davon übernommen (etwa das Rüstungsunternehmen Pycal, dessen Generaldirektor Athanasiadis früher war), was allerdings noch nicht zur Gesundung geführt hat. Die Organisation "17. November" behauptet, die Profite würden legal und illegal ins Ausland verbracht. Im Gegensatz zur Darstellung seiner Mörder galt Athanasiadis als aufgeschlossener und bei seinem Personal sehr beliebter Arbeitgeber; er wurde offenbar als Opfer ausgesucht, weil er ein Neffe des einstigen Grossunternehmers Prodromos Bodosakis war, der ein Leben lang die Zielscheibe der Polemik der griechischen Kommunisten darstellte.

Die griechische KP (KKE) verurteilt die Aktivität des "17. November" scharfsteins.

(NZZ, 10.3.88)

ATHENS TERRORISTS KILL BUSINESSMAN

The terrorist group 17th November claimed it 11th victim yesterday when it shot dead a leading Greek industrialist Mr Alexandros Athanasiadis.

Mr Athanasiadis, aged 59, managing director of the Hellenic Chemical Products and Fertilizers firm and director of Greece's largest holding, the Bodossakis Foundation, was shot five times as he was driving to his office. The two male assailants sped away on a motorcycle through the residential Psycho suburb.

Mr Athanasiadis was targeted because "he was a classic capitalist, indifferent to the health of the workers and the environment", said a typewriter leaflet that claimed responsibility for the assassination on behalf of the leftwing 17th November organisation.

The organisation, which takes its name from the crushed student uprising against the military junta in November 1973, first struck in 1975, killing the CIA station chief in Athens, Richard Welsh.

Other victims have included a US naval officer, a Greek policeman, an industrialist and a newspaper publisher.

Little is known about 17th November. The only information to date has come from its own proclamations, which employ Marxist-Leninist slogans.

(Guardian, 2.3.88)

LINKE GRUPPE BEKENNT SICH ZU BOMBENANSCHLAG VON ATHEN

Eine bisher nicht in Erscheinung getretene linke Gruppe namens Revolutionäre Volkssolidarität hat sich zu dem Bombenanschlag auf ein von Amerikanern besuchtes Lokal in Glyfada bei Athen bekannt. Nach Angaben der Polizei rief eine Frau die Athener Zeitung Eleftherotypia an und erklärte, der Anschlag habe einem Nest nordamerikanischer Agenten gegolten, um Solidarität mit den palästinensischen und nicaraguanischen Volk zu demonstrieren. Bei dem Anschlag waren am Samstag 13 Menschen - vier amerikanische Soldaten, zwei Briten und sieben Griechen - verletzt worden.

DER KAMPF GEGEN DEN TERROR AUF SEE Unterzeichnung einer Konvention in Rom

Auf dem Kapitol in Rom ist an Donnerstag eine internationale Konvention unterzeichnet worden, die dem Terrorismus in der Seeschifffahrt weltweit einen Riegel schieben soll. Sie ist das Ergebnis einer zehntägigen Konferenz.

Den Anstoss zu der neuen Konvention, die eine Lücke in der internationalen Bekämpfung des Terrorismus schliesst, hatte 1985 die Entführung des italienischen Kreuzfahrtschiffes "Achille Lauro" gegeben.

Delegationen beteiligten sich aktiv an der Arbeit der Konferenz. In der Konvention verpflichten sich die Staaten in doppelter Weise, Terroristen selber vor Gericht zu stellen oder sie an zuständige Staaten auszuliefern. Es werden die Kriterien terroristischer Umtriebe auf Schiffen formuliert. Die Staaten werden ersucht, ihre Gesetzgebung auf terroristische Delikte auszuweiten, und zwar in dreifacher Art: auf Schiffe, die ihre Flagge führen, auf ihre territoriale Zuständigkeit und auf ihre Staatsbürger. Auch die Rechte und Verpflichtungen des Kapitäns bei der Übergabe von Terroristen an Behörden werden festgelegt.

(NZZ, 10.3.88)

ÜBER DEN VERLAUF DER DEMO 29.2.88:

Wir schätzen den Verlauf der Demo als katastrophal ein, und denken, daß wir uns genauestens mit allen ihren Aspekten auseinandersetzen müssen.

Zum Verlauf der Demo selbst:

Der Treffpunkt Neuer Pferdemarkt war weiträumig von Polizeikontrollen umgeben. In der Schanzen- und Wohlwillstr. sammelten sich Leute, die falls die Kräfteverhältnisse es zulassen würden, die Sperren durchbrechen sollten. Um ca. 17.00 Uhr formierte sich der behelmte revolutionäre Block, und machte einen Versuch die Sperre Wohlwillstr. zu durchbrechen. Noch bevor dieser 200-300 Leute starker Block die Bullensperre erreichte, setzten sich die Bullen in Bewegung, und griffen den Block ihrerseits an.

In kürzester Zeit war der Block auseinandergeprügelt und befand sich auf der Flucht.

Es waren 3000 Bullen für diese Demo eingesetzt worden. Auf unserer Seite wurden vielleicht 800-1000 Leute mobilisiert, die nicht einmal als einheitliche Demo in Erscheinung traten. Selbst wenn der RB (Revolutionäre Block) es geschafft hätte, die Bullensperre zu durchbrechen, hätte er damit auch schon seine ganze Wirkung erschöpft; gewissermaßen einen Sieg errungen, der ohne Wert für den Rest der Demo gewesen wäre, da es zu keinem Zeitpunkt eine formierte Ansammlung von Leuten gab, die sich hinter dem Block hätten sammeln können. Denn ein solcher Block kann nur dann einen Sinn haben, wenn er dem Rest der Demo zum Durchbruch hilft; um danach sowohl die Anderen vor Angriffen zu schützen, als auch von den Anderen geschützt zu werden. Der RB hat aber einen Durchbruch gemacht, der als einziges Ergebnis gehabt hätte, daß er sich als die Demo formiert hätte, um sich selbst zu schützen und sich schnurstracks in einen Kessel zu begeben, der den Polizeistrategen höchste Freude bereitet hätte. Angesichts eines Kräfteverhältnisses von 10:1 ist das lächerlich und das militärische Scheitern absehbar, von der politischen Ebene ganz zu schweigen...

Denn das Vermitteln von Inhalten fällt natürlich unter den Tisch, wenn man darauf reduziert wird nur noch sich selbst zu schützen. Es war klar, daß die Bullen die Demo zerschlagen wollten, was bei 3000 Bullen auch kein Problem ist. Nicht klar war, daß wir so wenige sein würden. Blödsinn wäre es die geringe Anzahl von Demonstranten für das Scheitern der Demo verantwortlich zu machen, und daraus zu schließen, daß sich ein paar Demonstranten mehr besser hätten wehren können, denn Kalkül von Bullenseite war von vorneherein die Demo zu zerschlagen.

Wenn man die Frage nach dem Scheitern der Demo stellt, darf man sich nicht auf den Aspekt der Quantität bzw. den Mangel daran, festlegen, da bei einer solchen Analyse nur die Erkenntnis herauskommt, daß eben zu wenige da waren, und daß man das nächste Mal eben besser mobilisieren müsse, da man dann schon in der Lage wäre die Auseinandersetzung zu führen. Diese Erkenntnis ist rein technokratischer Natur, indem sie nicht darauf antwortet, warum selbst enge Verbündete nicht gekommen sind, sondern unterstellt, daß aufgrund diverser widriger Umstände diese Leute nicht zum Zuge gekommen sind.

-viele Leute waren aber gar nicht anwesend!

-Die Leute die anwesend waren, schlossen sich dem Block nicht an, noch richteten sie im nachhinein gewaltige Schäden an. Sie sahen die Zerschlagung kommen, blieben aber passiv, obwohl (das unterstellen wir) fast nur Leute herumstanden die sonst keine Berührungängste zur Gewalt hin kennen (uns eingeschlossen).

Der unterschiedlich verklausulierte Vorwurf:

Diese Leute hätten eben aktiv werden müssen, dann wäre auch mehr passiert/also sind letztendlich die passiv gebliebenen die Verantwortlichen, heißt das Problem auf einer rein pragmatischen Ebene abhandeln; die Lösungsvorschläge für eine solche Erkenntnis sind dann auch nur pragmatischer Natur: Man müsse die Kommunikation zwischen den Gruppen verbessern, die Leute müssen entschlossener handeln, mehr Mittel einsetzen, etc., obendrein haben die Bullen den Lautsprecherwagen in eine ungünstige Position gebracht, der Funk ist gestört worden, es herrschte Unklarheit über die Bewegung der einzelnen Gruppen und dergleichen flauen Teilaspekte mehr.

Das eigentliche Problem wird dadurch nicht berührt (denn Fakt war und ist, daß die wenigen Leute nicht aktiv geworden sind). Eine Demonstration ist Ausdruck der Stärke und Entschlossenheit politischer Vorstellungen, ergo bieten sich zwei Erklärungen an:

1. Wir waren tatsächlich nur sehr wenige die das notwendige Bewußtsein hatten, und auch bereit waren in der stattgefundenen Form zu demonstrieren, um unsere Inhalte adäquat auszudrücken.

2. Die gewählte Form war falsch, und viele Leute haben diese Form nicht als notwendigen Ausdruck ihrer polit. Vorstellungen anerkannt.

Falls die 1. Behauptung stimmen sollte, befindet sich die hamburger Linke zu Themen wie Internationalismus oder bewaffneten Widerstand, in einem Bewußtseinsdefizit, daß es eher angeraten erscheinen läßt, die Schotten ganz dicht zu machen, den Dingen ihren Lauf zu lassen, und sich mit dem Studium der Klassiker zu amüsieren.

Well wir davon lieber nicht ausgehen wollen; nun zum 2. Erklärungsmodell:

Um die gewählte Form verstehen zu können, müssen wir uns mit der Vorbereitungsphase der Demo auseinandersetzen, da in ihr die Entscheidungen gefallen sind, die zur Niederlage führten.

Zum 1. Vorbereitungsstreffen war mobilisiert worden um eine Anti-Repressions-Demo vorzubereiten. Telle des Spektrums präsentierten zur Eröffnung die Möglichkeit das Treffen zwischen EG-Außenminister und Contadora am 27.2. - 29.2.88 zum Anlaß zu nehmen: Nicht nur eine Internationalismus-Demo solidarisch mit den Befreiungsbewegungen Zentralamerikas zu machen, sondern auch die staatliche Repression bzw. das Vermummungsverbot aufzugreifen.

Der reale Zusammenhang der Unterdrückung der revolutionären Bewegungen Zentralamerikas als auch die Unterdrückung der revolutionären Tendenzen innerhalb der BRD, die beide als

Ursache das Machtstreben des BRD-Imperialismus haben, wurden als Begründung angeführt.

Es ist auch Tatsache, daß der Gegner sowohl in El Salvador als auch in der BRD identisch ist. Doch auch wir glauben, daß wer nicht den Kampf gegen den BRD-Imperialismus (oder wie es immer so schön heißt: "Im Herzen der Bestie") führt, den Gegner falsch einschätzt oder sich eines mangelnden Bewußtseins schuldig macht.

Das Problem war aber, daß zum Vorbereiten einer Anti-Repressions-Demo aufgerufen worden war; von einer Vermummungs-Demo mit aufklärerischem/militäntem Charakter zu einer Groß-Demo auf der ein notwendiger Zusammenhang zwischen Repression hier und der revolutionären Bewegung Zentralamerikas hergestellt wurde, war ein Weg von vier Wochen.

Konsequenterweise hätte letztere in der City stattfinden müssen. Aber aufgrund der taktischen Einschätzung wurde sie nach St.Pauli verlegt wo der RB in alle Winde zerstreut wurde. Ergebnis war, daß weder für den einen noch für den anderen Inhalt hinreichend mobilisiert wurde, so daß auch weder der eine noch der andere vermittelt werden konnte. Ausschlaggebend für das Scheitern war nicht nur die kurze Vorbereitungsphase, sondern auch die Art in der im Kreis Widersprüche zum Ausdruck gebracht wurden, nämlich nur zaghaft. Auch wir haben den Fehler gemacht, daß wir unsere Zweifel nicht ausgedrückt haben, und wir müssen diesen Vorwurf allen machen, die inhaltlich mit dem Aufruf übereinstimmten und ihn strategisch für falsch hielten. Zu diesem Komplex gleich weiteres. Zuerst möchten wir noch die Art und Weise kritisieren in der auf Widersprüche eingegangen wird. Es hat am Anfang kurze und starke Widersprüche gegen den Aufruf vermummt zu kommen, gegeben. Darauf ist unserer Meinung nach nicht inhaltlich eingegangen worden; zu diesem Zeitpunkt sind bereits viele abgesprungen. Später erfolgte Fragen u.a. zur praktischen Machbarkeit der Demo sind einfach abgeblüht worden, und zwar mit Phrasendrescherei. Es ist öfters die Frage gestellt worden, was denn passieren würde, wenn die Bullen tatsächlich übermächtig wären, und die Demo noch vor ihrer Entstehung zerschlagen würde. Darauf hat es mehrmals die ausgesprochen kurzschichtige Antwort gegeben: "Das lassen wir uns nicht gefallen!" Die Demo hat bewiesen, daß man sich genau das gefallen lassen mußte und noch ein bißchen mehr. Es ist ein Irrtum zu glauben, dadurch, daß während eine Linie ausdiskutiert und als richtig anerkannt wird, alle Widersprüche zum Ausdruck gekommen sind. Sie sind es nicht.

Worin bestand also jener grundlegende Widerspruch, der diese Demo zum Scheitern verurteilte, und der unserer Einschätzung nach auch für die Zukunft Gültigkeit behalten wird?

Es ist unser nicht vorhandenes Verhältnis zur Vermummung, als ein taktisches Problem, aber nicht das zur Gewalt als ein politisches.

Für uns ist Gewalt kein Problem, sie ist eindeutig gerechtfertigt angesichts der täglichen Gewalt der herrschenden Klasse. Unser Ziel muß sein Gewalt als legitimes Mittel der Auseinandersetzung, anzuwenden und ihre Legitimität darzustellen und zu propagieren. Wenn man so will: "anschlagsrelevante" Themen müssen wir uns nicht suchen, wenn der ganze Staat anschlagsrelevant ist.

Die Vermummung macht nur Sinn, wenn man sich tatsächlich in einer hinreichend starken Position befindet um Gewalt anzuwenden. Die Vermummung an sich ist noch kein politischer Inhalt, sie kann nur bei Straftaten schützen und eine Position symbolisch darstellen.

Der symbolische Charakter der Haßkappe liegt darin, daß wir Gewaltbereitschaft demonstrieren, und damit einen Widerstand ausdrücken, der, wenn er massiv auftritt (wie auf Hafendemos), die Bullen verunsichert. Das macht aber nur Sinn, wenn wir tatsächlich stark genug sind eine Auseinandersetzung aufzunehmen und das sind wir zur Zeit nicht. Zumindest nicht so stark, daß wir die Vermummung als "Recht" auf einer Demo durchsetzen können; vielmehr demonstrieren wir den Bullen unsere Schwäche, wenn wir das versuchen würden, da viele Leute, zwar bereit sind für radikale Inhalte auf die Straße zu gehen, aber keine Notwendigkeit sehen, das unbedingt vermummt zu tun.

Es zeugt nicht von realistischer Einschätzung der eigenen Kräfte, wenn die Bullen in der Vorbereitungsphase ankündigen diese zu zerschlagen, wenn Vermummte mitdemonstrieren und die Inhalte in den Hintergrund treten, weil viele eine militante Auseinandersetzung nicht tragen wollen/können.

Unsere Mittel müssen von unseren Inhalten bestimmt sein, das ist ein vielbekannter und richtiger Satz.

Nun ist es aber wahr, daß es keinen zwangsläufigen Grund gibt in Hamburg eine Demo für den bewaffneten Widerstand in Zentralamerika vermummt durchzuführen, und damit die Vermummungsfrage zu einem Knackpunkt aufzuwerten.

Daß der Staat verstärkt an Tiefenforschung in unseren Zusammenhängen interessiert ist und auch daher die Vermummung verbietet, ist klar und betrifft uns alle. Auch wir haben damit Probleme, glauben aber, daß man zur Not auf der praktischen Ebene damit umgehen kann.

Jeder der sich theoretisch und praktisch mit diesem Staat auf Kriegsfuß befindet, muß sich auch darüber klar sein, daß er erfaßt und zuzuordnen ist; die Erfassung auf Demos kann unserer Meinung nach nicht als Grund für eine unbedingt notwendige Vermummung auf Demos ausreichen, da sie nur ein Teilaspekt darstellt.

Wenn wir die Isolationsstrakte der Bullen etwas entgegen setzen wollen, müssen wir uns in der nächsten Zeit darüber klar sein auf die Mummie zu verzichten, aber ihre Akzeptanz zu erhöhen.

Wenn wir ein Bündnis erhalten wollen, müssen wir uns vor allem aufeinander verlassen können; nur dann wird es uns gelingen unsere Positionen den anderen zu verdeutlichen und sie zu radikalisieren.

Unser Ziel muß eine Radikalisierung in der Breite sein, die es uns einmal wieder möglich machen wird, die Formen unter denen wir demonstrieren selbst bestimmen zu können, und nicht die Radikalisierung einer Spitze die naturgemäß immer kleiner wird.

Oder glaubt jemand, daß der Wettlauf zwischen Bullen und RB einen solchen Reiz hat, daß sich der Block von Demo zu Demo vergrößern wird???

Solange wir glauben solche Auseinandersetzungen führen zu können, werden sie auch Bilder von flüchtenden Demonstranten, Militanten als Erfolg und Legitimation präsentieren können. Die Herrschenden wollen uns auf die Vermummung reduzieren;

daß wir ihre Taktik nicht mitspielen und weitergehende Inhalte und auch Methoden, müssen wir ihnen beweisen.

Wir würden eine langfristige Kampagne und Diskussion zu den neuen Gesetzen und ihrer erfolgten Anwendung, mit einer breiten Demo als nächstes Ziel, ansetzen.

Auch der 1. Mai als Anknüpfungspunkt sollte diskutiert werden, da sich die Gesetze ja nicht nur gegen uns richten, sondern langfristig zur Anwendung gegen Streikende oder Massenerhebungen benutzt werden sollen. Nicht umsonst hat es Erwägungen zum Thema Polizeieinsatz im Ruhrpott, im Falle einer Radikalisierung der Streikenden, von Bullenseite aus gegeben.

Im Gegensatz zu uns pflegen Polizeistrategen nämlich durchaus über Zeiträume von Jahrzehnte zu planen. Daran sollten wir uns ausnahmsweise ein Beispiel nehmen.

Einige Genossen und Genossinnen.

ERKLÄRUNG

Seit den Schüssen an der Startbahn müssen wir in erschreckendem Maße feststellen wie sich Leute, die sich als Teil der Startbahnbewegung verstehen, Leute aus diesem und anderen politischen Zusammenhängen verhalten. Bei einigen dieser Leute handelt es sich um Fotografen aus den eigenen Reihen. Einer ist Roberto Cosh der ein Teil seiner Fotos an den "Stern" verkauft hat. Aus Sicherheitsgründen fand bei ihm eine autonome Hausdurchsuchung statt, bei dem sämtliche Fotos von ihm (zu seinem und unserem Schutz) mitgenommen und weggeschafft wurden. Roberto ist seit dem nicht mehr an der Startbahn gesehen worden. Ein anderes Fotografenpärchen ist Klaus Wenzel und seine Freundin Regina. Diese beiden waren seit Jahren fest in den Startbahnwiderstand integriert und haben Fotos gemacht, an der Startbahn, in Wackersdorf und sonstwo. An ihrer Glaubwürdigkeit wurde fälschlicherweise nie gezweifelt. Wir wissen nicht wieviel sie von den Zeitungen kassiert haben, jedenfalls war es genug den Widerstand zu verraten. Erschreckend ist auch die Dreistigkeit und Selbstverständlichkeit mit der die Beiden ein paar Sonntage später mit Fotoapparaten an die Startbahn kamen und sich ganz cool und locker zu ihrem Deal äußerten: "Wenn der Spiegel die Fotos nicht bekommen hätte, so wären sie von den Bullen sowieso beschlagnahmt worden." - die Leute, die auf den Fotos abgebildet sind, könnten sich nun im Spiegel erkennen und sich darauf vorbereiten, was auf sie zukommt. Auf die Forderung hin, die Kohle auf ein Prozesshilfekonto einzuzahlen sagte K.W.: "Er hätte auch seine Auslagen, wir könnten ja seinen Rechtsanwalt fragen." Außerdem sagte er "wenn er an der Startbahn nicht mehr fotografieren dürfte, bräuhete er auch nicht mehr rauszugehen."

Wir gehen davon aus, daß die Beiden nicht so dumm und naiv sind, daß sie diese Rechtfertigungen selber glauben. Durch den Verkauf von Fotos haben sie Bullenfunktionen übernommen. Wie er sein Rausgehen zur Startbahn begründet zeigt auch, das es nichts mit politischem Handeln zu tun hat, sondern, daß es ihm nur um die Fotos geht.

K.W. ist ein Verräter. Er hat sich durch den Verkauf von Fotos klar gegen uns gestellt und gezeigt, wen er im Ernstfall unterstützt. Er hat uns verkauft, uns gegen stinkendes Geld ausgeliefert, uns in die Hände der Fahnder gegeben. Er hat den Film verkauft, in vollem Bewußtsein, daß Leute von uns vom 2.11. drauf sind und daß die Bullen sich den Film holen werden (ist ja auch juristisch abgesichert) und daß der Spiegel mit den Bildern seine Hetze weiter gegen uns betreiben wird. Er hat das Vertrauen mißbraucht, daß ihm von uns jahrelang entgegengebracht wurde. Für seine Bereicherung hat er es in Kauf genommen das Leute von uns in den Knast kommen. Er hat deutlich gezeigt, auf welcher Seite der Barrikade er steht. K.W. steht auf der anderen Seite der Barrikade, er ist ein Verräter. In anderen Situationen kann es notwendig sein, Verräter mundtot zu machen. In einer solchen Phase des revolutionären Kampfes befinden wir uns nicht, aber wir müssen Konsequenzen ziehen, um uns und andere vor (weiterem Verrat von) Harry zu schützen. Er ist politisch zu isolieren und auszuschließen. An ihn dürfen keinerlei Infos und seien es nur die Harmlosesten, herangetragen werden. Er muß aus unseren Reihen ferngehalten werden und überall wo er auftaucht muß deutlich gemacht werden wer er ist - ein Verräter.

Ein erster Schritt war der Beschluß der VV vom 18.12.87 Klaus Wenzel aus dem Raum zu werfen. Der in diesem Rahmen auch geäußerte Vorwurf, die Bewegung ginge nun dazu über, sich selbst zu zerfleischen, ist unserer Meinung nach voll daneben. Die Startbahnbewegung hat eklatante Fehler gemacht, angefangen von nicht beendeten Diskussionen, über unklare Aktionen bis zu dem verschwommenen Feindbild Staat, Justiz, Bullen, etc... Die Fehler der Vergangenheit schlagen auf uns zurück, Leute sitzen wegen dieser Fehler im Knast, Verräter bekommen Bullenschutz (z.B. Mike Kurt) andere sahen Kohle ab (wie die Fotografen). Wenn wir diese Konsequenzen ziehen so sind das die ersten kleinen Schritte die wir tun. Wir sind es den Leuten an der Startbahn und aus dem gesamten Bundesgebiet schuldig, vor Verrätern zu warnen.

Die nächsten Schritte werden folgen, die Diskussionen gehen weiter. Das Aussagekarussell dreht sich noch, das Bewußtsein über den Feind ist bei den meisten Menschen verschwommen. Die Konsequenz ihrer Aussage ist für sie nicht absehbar. Deshalb kann es hier nur eine Antwort geben. Kein Dialog mit den Schweinen! Zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich zu ziehen. Konkret gegenüber Verrätern und bei den Bullen/der Staatsanwaltschaft. Dabei unterscheiden wir aber in Verräter, die ihre Aussage in vollem Bewußtsein gemacht haben, aus den verschiedensten Gründen wie z.B. Haftverschönerung, Geld; und den Leuten, die aus Unwissenheit geredet haben, weil sie das erste Mal eingefahren sind o.ä. Mit ihnen müssen wir diskutieren und verhindern, daß sie sich zum Werkzeug der Herrschenden, in Prozessen gegen uns machen lassen.

Verräter politisch isolieren!
Keine Aussagen bei Polizei und Staatsanwalt!
Freiheit für alle Gefangenen vom 2.11.!
DER KAMPF GEHT WEITER!

Autonome aus der Startbahnbewegung

In der Nacht zum 1.3.1988 wurden in der BRD drei Genossen verhaftet.

Ihre Namen sind:

BERNHARD ROSENKÖTTER - ALI JANSEN - MICHEL DIETIKER

Generalbundesanwalt Rebmann versucht, den Brandanschlag auf die Niederlassung der französischen Firma Renault in Rossbach als eine Unterstützungsaktion für den Hungerstreik der Gefangenen aus der kommunistischen militanten Widerstandsgruppe "Action Directe" in Frankreich den drei Genossen anzuhängen.

Seit dem 1. Dezember 1987 sind Gefangene aus der "Action Directe", denen in Paris der Prozeß gemacht wird, im kollektiven Hungerstreik. Ihre Forderungen sind:

1. Zusammenlegung aller gefangenen Militanten unter dem Statut der politischen Gefangenen.

2. Die sofortige Abschaffung der Isolationsstrakte.
(Das Modell Deutschlands zur Widerstandsbekämpfung wird in Spanien, Italien und besonders Frankreich exzessiv praktiziert!)

Nach über 90 Tagen Hungerstreik besteht äußerste Lebensgefahr für die Gefangenen. Obgleich die Gefangenen auf Bahren in den Gerichtssaal getragen werden müssen, bezeichnen die Gerichtsmediziner die Hungerstreikenden als verhandlungsfähig. Die Anträge der Verteidiger, den Prozeß wegen Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten aufzuschieben, wurde vom Gericht abgelehnt.

Anlaßlich des Hungerstreiks der kämpfenden Gefangenen haben seit Januar 1988 bis heute Leute aus unterschiedlichen Zusammenhängen in Frankfurt und anderen Städten solidarische Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Die Skala der Aktivitäten zur Unterstützung des Kampfes der Gefangenen reicht von Veranstaltungen über Solidaritäts-Hungerstreiks in BRD-Knästen bis hin zu militanten Aktionen.

In einer Frankfurter Veranstaltung im Januar 1988 wurde unter anderem erklärt:

(...)unsere Solidarität mit den Gefangenen aus der "Action Directe" ist begründet in dem Bewußtsein darüber, daß wir auf der gleichen Seite im Klassenverhältnis dafür kämpfen, ausgehend von unserer gelebten Wirklichkeit, revolutionäre und gesellschaftliche Prozesse voranzutreiben und uns darin zu entwickeln.

Die Herrschenden in Westeuropa greifen die Gefangenen an, in der Hoffnung, sie klein zu kriegen - und damit das, was sie an revolutionäre Perspektive verkörpern, aus der Welt zu schaffen. Der Angriff richtet sich auch gegen den gesamten revolutionären Widerstand und gegen die bewaffnet kämpfenden Organisationen. In diesem Sinne sind die revolutionären Gefangenen Geiseln, weil sie direkt für den Staat greifbar sind.

Das heißt, daß der Angriff auf uns und der Angriff auf die

Gefangenen nicht voneinander zu trennen ist!

Diesen Zusammenhang zu sehen halten wir für absolut notwendig, denn nur so können wir dem Versuch der Herrschenden etwas entgegensetzen, uns voneinander zu isolieren, um uns getrennt zu schlagen.

Der Angriff auf die Gefangenen und der Angriff auf die Widerstandsbewegungen findet zu einem Zeitpunkt statt, wo die Zuspitzung der ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche in den verschiedenen europäischen Ländern zu Kämpfen gegen die Umstrukturierung geführt haben - in militanten Massenkämpfen in Spanien, in Streiks in Griechenland, in breiten und militanten Kampagnen und Demos gegen die NATO in beiden Ländern. Der Widerstand zeigte sich auch in autonom organisierten Streiks, wie z.B. in Frankreich der Streik der Eisenbahner oder auch jetzt die Mobilisierung der Menschen im Ruhrgebiet, der Arbeiter im Kohle- und Stahlsektor.

Je ungeschminkt auch in den Metropolen die kapitalistische Menschenverachtung zutage tritt, je brüchiger und unglaubwürdiger die Perspektiven werden, die sie den Menschen andrehen wollen, desto mehr wird jeder für die Herrschenden zur Bedrohung, der konsequent für eine kommunistische Gesellschaft kämpft. Je weniger sie selbst an Orientierung zu bieten haben, desto mehr fürchten sie die Orientierung, die von den revolutionären Kräften ausgeht.

Deshalb wird für die Herrschenden die Bekämpfung der Revolutionäre in den Knästen und auf der Straße wichtiger denn je, weil sie fürchten, daß der Funke überspringen könnte, daß die revolutionären Bewegungen und kämpfenden Organisationen einerseits und der ausgebeutete und unterdrückte Teil der Gesellschaft andererseits sich verstärkt aufeinander beziehen könnten.

Wir arbeiten dafür, daß die Menschen anfangen, sich mit revolutionären Inhalten und Zielen auseinanderzusetzen. Wenn wir von uns her die Regionalisierung und Isolierung der verschiedenen Bereiche, in denen die Kämpfe laufen, durchbrechen, wenn wir uns z.B. die Frage stellen, was für einen Zusammenhang es gibt zwischen der Funktion des Frankfurter Flughafens als ökonomische und militärische Drehscheibe und der Stilllegung der Kohleförderung und der Stahlproduktion im Ruhrgebiet. Wir müssen uns fragen, was das militärische Sprungbrett nach Afrika mit der Sicherung billiger Rohstoffe für die Metropolen zu tun hat, um daran politische Aktionen zu entwickeln.

Die Auseinandersetzung an diesen Fragen als Voraussetzung für die Weiterentwicklung des revolutionären Kampfes zu einer entscheidenden Kraft an allen Punkten, wo Widerstand geleistet wird - das verstehen wir unter konkreter Solidarität mit den Kämpfen der Gefangenen!

SOLIDARITÄT MIT UNSEREN GEFANGENEN GENOSSEN

BERNHARD ROSENKÖTTER - ALI JANSEN - MICHEL DIETIKER

VERANSTALTUNG ZUR ZUSAMMENLEGUNG

am 30.12.87 in Hamburg

Es geht uns in dieser Veranstaltung um folgendes:

- wie die Bedingungen der Gefangenen in der BRD sind
- darum, unsere Erfahrungen, die wir im Kampf um die Durchsetzung der Hafenstraße gemacht haben, euch zu vermitteln, weil wir denken, daß sie für alle wichtig sind, weil sie verallgemeinbar sind für jeden Kampf, in dem es darum geht, unsere Ziele wirklich durchzusetzen.

Ein Ziel ist es für uns, die Zusammenlegung durchzusetzen, also das Kräfteverhältnis zu entwickeln, das das möglich wird. Wir wollen dann an einem konkreten Vorschlag diskutieren, daran, zum EG-Gipfel im Juni in der BRD eine Demo mit dem Schwerpunkt 'Zusammenlegung' zu machen.

Allgemein sieht die Situation der politischen Gefangenen in der BRD so aus, daß sie immer noch einzeln isoliert sind, außer drei Kleingruppen in Celle, Lüneburg und in Westberlin. Aber auch diese Gruppen werden angegriffen und sollen nach und nach aufgelöst werden.

Als Günther Sonnenberg, Gefangener aus der RAF, 1977 verhaftet wurde, trug er sehr schwere Verletzungen durch einen Kopfschuß davon. Gegen die Folgen muß er noch heute kämpfen. Eine Wiederherstellung seiner Gesundheit ist unter den Isolationshaftbedingungen ausgeschlossen.

Seit 10 Jahren gibt es deshalb die Forderung nach seiner Freilassung, denn nur unter diesen Bedingungen kann er gesund werden. Für ihn ist diese Forderung oder zumindest die Zusammenlegung mit anderen Genossen total zentral. 1985 hatte er einen epileptischen Anfall, und nur diese eine Mal konnte durch breite Solidarität und Mobilisierung durchgesetzt werden, daß er von einem Arzt seines Vertrauens untersucht wurde. Seitdem ist er ohne ärztliche Betreuung, weil der Staat keinen Arzt seines Vertrauens zu ihm läßt.

Angelika Guder, auch Gefangene aus der Guerilla, seit fast 9 Jahren in der Kleingruppe in Westberlin, braucht dringend eine Operation an der Hüfte, weil sie sonst bald nicht mehr laufen kann. Der Knast beabsichtigt, vor und nach der Operation Wachpersonal in ihrem Krankenzimmer zu stationieren. Sie will dagegen eine Operation unter menschenwürdigen Bedingungen, d.h. ohne Bewachung im Zimmer.

Gerade zu den Forderungen der politischen Gefangenen, die medizinische Behandlung brauchen, gibt es seit Jahren eine breite Mobilisierung zu ihrer Durchsetzung. Obwohl uns diese Forderungen sehr am Herzen liegen, müssen wir heute sagen, daß wir noch nicht die Stärke erreicht haben, um diese Forderung materiell durchzusetzen.

Generell, das gilt für alle Gefangenen, kann man sagen, daß der Staatsschutz unsere Diskussionen mit ihnen sofort zerstört will, sobald sie merken, daß ein politischer Prozeß miteinander läuft, z.B. wenn wir eine politische Initiative von uns mit ihnen diskutieren wollen. Dann wird die Diskussion darüber kriminalisiert, z.B. bekam eine Genossin Schreibverbot mit einem Gefangenen, weil sie in ihren Briefen intensiv über den Kampf um die Hafenstraße diskutiert hat.

Während des Hungerstreiks 84/85 kam der Kampf insgesamt auf ein neues Niveau. In den Gefängnissen kämpften die Gefangenen aus Guerilla und Widerstand gemeinsam für ihre Zusammenlegung und in Frankreich traten die Gefangenen aus Action Directe ebenfalls für ihre Zusammenlegung in den Hungerstreik. Draußen wurden die ersten Schritte für eine revolutionäre antikapitalistische Front in Westeuropa geschaffen: Militante aus dem Widerstand, RAF und Action Directe kämpften zusammen. Dazu kam eine breite politische Solidarität hier und international mit den Forderungen der Gefangenen.

Dadurch kam der BRD-Staat unter starken politischen Druck. Auch auf internationaler Ebene wurde seinen Lügen nicht mehr geglaubt. Vor dem UNO-Menschenrechtsausschuß befragt, log der Vertreter der BRD, daß kein gemeinsamer politischer Prozeß isoliert sei.

Um die Isolation zu verschleiern, aber nicht aufzuheben, kam der Staat nun mit dem Scheinangebot des Normalvollzugs für einzelne Gefangene. Was sie Normalvollzug nennen, ist ein ausgeklügeltes Programm: sie wollen die politischen Gefangenen mit speziell ausgesuchten Gefangenen zusammenbringen, mit Spitzeln, Faschisten oder ganz angepaßten Gefangenen, bei denen sie sicher sind, daß kein gemeinsamer politischer Prozeß möglich ist.

Die Genossen sollen weiter voneinander isoliert bleiben. Selbst wenn eine politische und menschliche Beziehung zwischen sozialen und politischen Gefangenen entsteht, werden die sozialen Gefangenen verwahrt, bestraft und in andere Knäste verlegt.

Eine weitere Verschärfung bedeutet auch, daß im Rahmen dieses Scheinangebots von den Gefangenen Zwangsarbeit gefordert wird. Das lehnen sie natürlich ab und deswegen kommt es wiederum zu Einkaufssperren, Hofgangssperren, Radiosperren. Das Ziel des Staates ist, daß er mit allen Mitteln verhindern will, daß im Knast ein revolutionärer Pol, ein kämpfendes Kollektiv von Gefangenen entsteht. Denn in ihrer kollektiven Arbeit strahlen die revolutionären Ziele aus, die Menschen sind identifizierbar mit dem Ziel: Umwälzung der imperialistischen Lebensrealität, Befreiung für alle Menschen im Norden und im Süden aus diesem abgehalfterten, faulenden, nur noch Zerstörung produzierenden System. Das ist genau das, was die Bourgeoisie befürchtet: die Anziehungskraft, die selbstbestimmtes und kollektives Leben hat.

Das haben sie, aber auch wir, im Kampf um die Hafenstraße erfahren. Wo Menschen dafür kämpfen, sich als Menschen gegen den Machtapparat durchzusetzen, können sich andere in dem Kampf wiedererkennen. Das setzt Energie frei und mobilisiert, und das können sie mit ihrer Maschine nicht mehr stoppen. Wenn die Menschen spüren, daß Sieg möglich ist, haben die Schweine strategisch schon verloren.

Der Stand der Diskussion um die Zusammenlegung ist, daß wir uns einig sind, daß wir sie durchsetzen wollen.

Letztes Jahr während der Sylvestertage haben wir unter anderen als Ziele formuliert, die Hafenstraße und die Zusammenlegung durchzusetzen. Im Kampf um die Hafenstraße konnte ein Erfolg errungen werden auch wenn die Konfrontation weiter geht. Daß die Zusammenlegung nur als Machtfrage gestellt durchgesetzt werden kann, ist zwar eine alte Gewißheit, jedoch hatten wir bei den letzten Sylvestertagen noch keine konkreten Vorstellungen davon. Da waren wir letztes Jahr noch etwas

ratlos, jetzt gibt es vielfältige Kampferfahrungen, wodurch wir ein Stück weiter gekommen sind. Erfahrungen im Kampf um die Hafenstraße, die wertvoll sind für die weiteren Kämpfe.

1. Initiative erobern - Initiative behalten

Eine wesentliche Erfahrung, die wir aus den Kämpfen im letzten Jahr ziehen, war, daß der politische Prozeß seine Lebendigkeit daraus gewonnen hat, daß es immer wieder um neue Offensive und praktische Schritte ging. Es war auch ein zäher und widersprüchlicher Prozeß unter uns, die abwartende Haltung Staat und Senat gegenüber zu überwinden und sie weiter unter Druck zu setzen, um sie zur Entscheidung zu zwingen. Wir haben erfahren, daß die politischen Grenzen, die uns lähmten, nur zu durchbrechen sind, indem wir aus den vorangegangenen Schritten gelernt haben, neue, weitergehende zu entwickeln.

Ein Beispiel dafür ist die Entwicklung nach der Wiederbesetzung der geräumten Wohnungen im Juli. Die Wiederbesetzung war mit der Vorstellung verbunden, innerhalb der nächsten zwei Wochen eine Entscheidung zu erzwingen: entweder Räumung oder Vertrag. Es kam aber nicht zur Entscheidung. Die SPD setzte auf Zermürbung und Hinhalten. Zuerst waren unserer Überlegungen nur: wie reagieren wenn sie kommen? Erst die Aktion gegen den SPD-Parteitag und die SPD-Büros und die Demo am 1.8.87 konnten als Initiativen von außerhalb die Stagnation überwinden und die Mobilisierung wieder in Schwung bringen.

2. Lernen, den politischen Prozeß offenzuhalten

Einige von uns waren am Anfang sehr skeptisch und zurückhaltend gegenüber dem breiten politischen Spektrum. Wir konnten uns daran keinen gemeinsamen bestimmten Kampf vorstellen, sondern nur ein taktisch bestimmtes Verhältnis miteinander. Im Verlauf des letzten Jahres haben wir festgestellt, daß unsere schematischen Vorstellungen den Prozeß nicht erfaßten. Entscheidend war, daß ein politischer Prozeß in Gang gesetzt wurde.

Was für uns eine neue Erfahrung war, aus der wir lernen konnten und können ist, daß ganz bewußt ein politischer Handlungsraum geschaffen wurde, indem jede und jeder von seinem Punkt und seiner Praxis heraus aktiv und initiativ werden konnte. Nur so konnte für viele eine subjektive Entwicklung ablaufen, weil sie sich für das gemeinsame und konkrete Ziel "Hafenstraße durchsetzen" entschieden und in die Konfrontation gestellt haben.

In der praktischen Umsetzung der gemeinsamen Kampfschritte wurde das Kennenlernen und der politische Lernprozeß untereinander möglich. Das war das treibende Moment, der die staatlichen Spaltungsversuche scheitern ließ. Ein Beispiel hierfür ist, daß das Demoverbot im November nicht gewirkt hat. Trotz vieler Widersprüche war gemeinsames Handeln möglich. Es gab auch um die Barrikaden politische Kontroversen, aber der subjektive Wille sich und die Häuser gemeinsam durchzusetzen war stärker als die Widersprüche untereinander.

Diese Fähigkeit den politischen Prozeß offenzuhalten hat unter uns einige Diskussionen ausgelöst. Wir glauben, daß diese Erfahrung z.B. auch im Kampf um die Zusammenlegung wichtig ist.

3. Unsere revolutionären Ziele durchsetzen, heißt zu lernen an ihnen die Machtfrage zu stellen!

In der Woche vom 11.-18. November war der Hafen Thema Nr. 1 in allen BRD-Zeitungen, im Fernsehen, im Radio. Die Nachrichten überschlugen sich stündlich, die Berichterstattung war permanent.

Daran konnte jede/r die politische Dimension erkennen, die der Kampf im November gewonnen hatte. Die Auseinandersetzung war ein Machtkampf geworden: "Setzen wir uns durch oder setzt der Staat sich durch?"

Das war das Ergebnis eines veränderten Kräfteverhältnisses, das in bewußten Schritten hergestellt wurde. In jedem dieser Schritte, ob Wiederbesetzung der ehemals geräumten Wohnungen im Juli oder beim Barrikadenbau im November, lag die Bestimmung sie zu einer Entscheidung zwingen zu wollen, entweder zu räumen oder nachzugeben. Durch diese Konfrontation und die breite politische Solidarität wurde der politische Preis einer militärischen Lösung in jeder neuen Runde des Kampfes höher.

Im gleichen Maße wie sie Schwierigkeiten bekamen ein militärisches Zuschlagen politisch zu legitimieren, setzte sich die Legitimität des Widerstandes durch. Soweit wir uns erinnern wagten sich nach der Wiederbesetzung die Bullen monatelang nicht mehr zu einem Einsatz in die Hafenstraße hinein. Bundesanwalt Rebmann mußte tatenlos an der Hafenstraße vorbeifahren, obgleich ein Transparent zur Zusammenlegung aus einem Fenster hing. Deswegen hat er ein 129a Verfahren eingeleitet.

Im Schutz des neuen Kräfteverhältnisses konnte der illegale Sender "Radio Hafenstraße" senden, mobilisieren und Aktionen koordinieren. Gleichzeitig standen die Barrikaden eine Woche, die sonst innerhalb einer Viertelstunde abgeräumt gewesen wären. Die konkreten Verluste und die politischen Konsequenzen im Falle einer militärischen Räumung waren für den Apparat einfach unkalkulierbar geworden. Was die Schweine "rechtsfreier Raum" nannten, war die Durchsetzung eines anderen vom Widerstand bestimmten Rechts, worüber sie in dem Moment keine Macht mehr hatten. Das war der antagonistische, strategische Moment, in dem unser Ziel eines selbstbestimmten Lebens ein Stück Gestalt annahm. Das hat sie zum Schäumen gebracht. Soweit die positiven Erfahrungen. Im Kampf um die Hafenstraße gab es aber auch einige Schwächen.

Schwachpunkte und Schwierigkeiten nämlich über das konkrete Ziel "Häuser durchsetzen" hinaus weitergehende politische Ziele und Initiativen entwickeln. Das ist uns sehr wichtig, da wollen wir weiter kommen und die Ansätze, die es gibt weiterentwickeln.

Das ganze Jahr über war die Forderung nach Zusammenlegung integrierter Teil der Praxis des Widerstandes. Ein anderer Versuch in dem wir angefangen haben weitergehender zu diskutieren fand an einem Wochenende zur imperialistischen Umstrukturierung statt. Was bisher als Diskussion angefangen hat und was wir in politische Praxis umsetzen wollen.

Insgesamt ist die Situation, daß eine konterrevolutionäre Offensive gegen den Widerstand läuft. Den Angriffen des Staateschutzes müssen wir die Entwicklung unserer Kämpfe und unsere politische Einheit entgegensetzen. Wir begreifen es

als ein konkretes Ziel uns so zu organisieren, daß sie mit ihrem Ziel der Zerschlagung unserer Strukturen nicht durchkommen. Es geht nicht nur um die Verteidigung bestehender Strukturen. Wir wollen miteinander neuen Boden erkämpfen. Eine wichtige Sache ist uns dabei mit euch und allen Genossen/innen aus anderen westeuropäischen Ländern zusammenzukämpfen.

Auf der Demo am 1.8.87 haben wir vorm Knast gesagt, daß Zusammenlegung durchzusetzen noch schwieriger wird als Hafenstraße durchzusetzen, weil wir mit ihrem Gesamtsystem konfrontiert werden. Es ist NATO-Beschluß den Widerstand in allen NATO-Staaten zu zerschlagen und die Zusammenlegung, die Forderung der politischen Gefangenen in ganz Westeuropa und überall, nicht zuzulassen.

Wir werden die Zusammenlegung nur mit allen Kräften der revolutionären Front vereint durchzusetzen: mit der Guerilla, den kämpfenden Einheiten, mit den Militanten und politischem Widerstand, den Gefangenen/innen und den Genossen/innen in Westeuropa, die für das gleiche Ziel kämpfen.

Wir haben einen praktischen Vorschlag im Auge, den wir gerne diskutieren wollen. Im Juni findet in Hannover die EG-Gipfel unter BRD-Präsidentschaft statt.

Unser Vorschlag ist eine Demo oder einen anderen praktischen Schritt gegen den Gipfel mit dem Schwerpunkt "Zusammenlegung der politischen Gefangenen Frauen und Männer in Westeuropa - gegen die Isolation in den NATO-Knasten zu machen". Für die Durchsetzung der Zusammenlegung, daß soll der Angriff gegen den EG-Gipfel und ein gemeinsam bestimmter offensiver Schritt sein.

WEITERES ZUR REPRESSION IN BONN

Die repression durch die politische Polizei (14.Kommisariat/Sonderaufklärungskommission) nimmt weiter an Ausmaß zu.

Wie bekannt, wurden in der Nacht zum 11. Januar 1988 zwei Frauen durch die Polizei verschleppt und über 15 Stunden ihrer Freiheit beraubt. Der Vorwurf des 14.K/SFK war, daß sie sich zu einer bestimmten Zeit zufällig in einer Gegend aufhielten in deren Nähe eine Parole auf einer Hauswand gesprüht worden war. Obwohl nach Angaben der Polizei nach einem Mann gefahndet wurde, wurden die beiden Frauen verhaftet, für die "Terroristenkartell" ermittlungsdienstlich erfaßt. Bei den sich anschließenden Hausdurchsuchungen wurde Belastungsmaterial beschlagnahmt, daß "dienstlich sein könnte um die Sachbeschädigung nachzuweisen": private Briefe, Flugblätter, Zeitschriften, Ausarbeitungen fürs Studium, Ausbildungsmaterial...

Wegen einem privaten Brief, den ein Freund an eine der beiden Frauen geschrieben hatte, wurde er jetzt zum Objekt ihrer Ermittlungen gemacht, weil er seine Adresse angegeben hatte auf dem Brief!

Am 27.1.1988, also 17 Tage nach der Sprühaktion, kamen vier Beamte des 14.K/SFK pünktlich um 8.30 Uhr zu ihm zum Frühstück, um, wie sie angaben, sogenanntes Belastungsmaterial bezüglich der Sachbeschädigung sicherzustellen, wobei einer der Bullen erstmal mit gezogener Waffe die Wohnung durchsuchte. Alles per Durchsuchungsbeschuß vom Amtsgericht Bonn, gezeichnet Richter Paehler. Neben x-beliebigen Sachen, die für eine Sachbeschädigung dienlich sein könnten, nahmen sie zwei Presseerklärungen zu den Verhaftungen der zwei Frauen mit und durchsuchten Flugis, Post und ähnliches von ihm und seinem Mitbewohner.

Es wird immer ersichtlicher, was die Interessen der Herren des Morgengrauens waren - von Anfang an. Sie ermitteln nur vorgegebenermaßen wegen der Sachbeschädigung. Auf dessen Grundlage haben sie sich auch den Durchsuchungsbefehl für seine Wohnung erschlichen. Es ging ihnen darum in die drei Wohnungen einzudringen, um Informationen zu sammeln: wer, wann, wo, mit wem verkehrt; mit was sich die Menschen beschäftigen, was sie diesbezüglich lesen, um zu erfahren was sie denken könnten.

6 Tage nach der Hausdurchsuchung bei ihrem Freund, drangen das 14.K/SFK bei ihr zum zweitenmal ein - diesmal in ihrer Abwesenheit. Dadurch, daß sie arbeitet und alleine wohnt, fällt es den Bullen leichter diese Frau unter Druck zu setzen. Mit diesem Einbruch haben sie psychologischen Terror ausgeübt, der sie in beständige Angst versetzen soll. Wir haben uns verschert, daß es niemand anderes gewesen sein kann, als das 14.K/SFK. Es gab für das 14.K dafür verschiedene Gründe: erneute Informationsbeschaffung über Menschen; ein Racheakt, weil sie anderen Menschen erzählt hat warum und wie sie mit einer anderen Frau verhaftet wurde und wie das mit den Hausdurchsuchungen abgelaufen ist. Sie wollten andeuten, daß sie nirgends sicher ist, niemals und mit niemanden, wenn sie weiter das erzählt was passiert ist.

Für uns stellt das einen männertypischen Angriff dar, dem Frauen in vielen Formen alltäglich ausgesetzt sind: z.B. durch das Auflauern in Wohnungen, auf Straßen, Annäherung, Vergewaltigungen, sexuelles Freiwild sein, u.v.m. Diese dreckigen Methoden sind Bestandteil der patriarchalen Unterdrückung.

Für diese Vorfälle, speziell hier in Bonn, machen wir verantwortlich: Die Chefin der K14-Sturmtruppe ZIMMERMAN, ihre Handlanger im Dienst KOK BRENNER, KHK ROCKEL, u.a. Nachdem diese zweite Aktion des K 14 bekannt wurde, haben wir uns dazu hingesezt und was geschrieben, um die Sache öffentlich zu machen. Wir wissen, daß Öffentlichkeit den Bullen schadet, weil ihre Handlangerfähigkeit und ihre Menschenverachtung offensichtlich wird. Sie werden gezwungen sich immer deistler zu rechtfertigen - durch Lügen, Verdrehungen und durch das Weglassen von Tatsachen.

Diese Geheimdienstmethoden waren bisher meistens nur bekannt aus Chile, El Salvador, Guatemala, Iran, Türkei... und sollten hier nach der GeStaPo begraben sein. Aber diese Methoden der Verschleppung und des Verschwindens, wie auch von zwei Menschen in Duisburg, die sie jetzt eingesperrt haben, holt diese braune Vergangenheit in den grauen Alltag zurück. Nicht als Ideologie aber als Methode!

Die Gefahr, die sie im Vorfeld zu bekämpfen versuchen, besteht darin, daß Einzelne anfangen überhaupt nachzudenken, sich kritisch mit der Situation in der BRD, sowie sich mit ihrer Rolle in der internationalen Verwertungslogik des Kapitals auseinanderzusetzen; daß darüber Menschen zusammenkommen und anfangen sich gemeinsam zu wehren - gegen die weltweite

Vernichtung der menschlichen Lebensgrundlagen.

Bei Ulla P. und Ingrid S. war die Begründung für ihre Verhaftung, daß sie sich mit "anschlagsrelevanten Themen" beschäftigen: Gen- und Reproduktionstechnologie, Flüchtlingspolitik, Bevölkerungspolitik... und zudem gegen "Imperialistische Ausbeutung der 3. Welt kämpfen". Es wurde ihnen vorgeworfen, daß sie sich eine "Tarnexistenz" aufgebaut hätten (Druckereibetrieb, und einen "normalen" Beruf), desweiteren, daß sie öfters zu Kongressen und Veranstaltungen gefahren sind und obendrein noch andere Menschen kannten, die das gleiche taten - das sind die staatlichen Kriterien für eine TERRORISTISCHE VEREINIGUNG! Das sind ihre Raster, nach denen sie vorgehen können, anhand der Par. 129, 129a, 88, 88a, 130...um zu kriminalisieren, zu verfolgen und um "diese Elemente mit allen Mitteln zu vernichten". Eines ihrer beliebtesten Mittel ist die Isolationshaft, mit ihr versuchen sie Menschen von innen her zu töten, ohne dabei äußere Spuren hinterlassen zu müssen, indem sie den Menschen das wegnehmen, was einen Menschen ausmacht: Wärme, Kommunikation, Gefühle, Reflexe, soziale Bedingungen... Isolationshaft ist Folter!

Wir fordern hiermit: Freilassung aller politischen Gefangenen in den Knästen der BRD!
Die ersatzlose Streichung der Par. 129, 88, 130...und die Einstellung sämtlicher Verfahren, die sich auf ihnen aufbauen!
Schluß mit Verschleppung, Bespitzelung und anderen Geheimdienstmethoden!

SCHLUSS MIT DER GANZEN UNTERDRÜCKUNG !!!

Kontaktadresse: Ermittlungsausschuß Bonn, c/o DE SCHNÜSS, Wolfstr. 41, 5300 Bonn 1

REDET DARÜBER - SCHAFFT ÖFFENTLICHKEIT ORGANISIERT EUCH !!!

V.I.S.d.P.: Milene Köppinger, Espenweg 24, 5300 Bonn 1

VERSUCH einer kurzen EINSCHÄTZUNG

der einstellung des ermittlungsverfahrens gegen jens (bielefeld)

In den letzten tagen stellte die staatsanwaltschaft bielefeld das ermittlungsverfahren gegen jens und eine frau, gegen die ebenfalls ermittelt wurde, endgültig ein. übrig bleibt ein strafbefehl gegen jens wegen des diebstahls des zur verdämmung gedachten feuerlöschers.

zur vermittlung der einschätzung stellen wir nochmal kurz den verfahrensablauf dar:

am 5.12.86 wurde jens und ein weiterer mensch (der nach einigen stunden freigelassen wurde) verhaftet, nachdem der staatsschutz ein bekennerscheiben zu einem geplanten sprengstoffanschlag auf siemens gefunden hatte; tatvorwurf: "mitgliedschaft in einer 'eigenständigen' terroristischen vereinigung" (Par. 129a stgb) und "vorbereitung eines sprengstoffanschlags" (Par. 311b stgb) - die ermittlungen liefen auch gegen eine weitere frau u.a.; jens machte eine aussage.
am tag darauf wurde er vor den ermittlungsrichter am bundesgerichtshof nach karlsruhe verschleppt, der haftbefehl erließ und ein 9-punkte-haftstatut anordnete. anschließend wurde jens in die jva frankenthal gebracht.
am 9.2.87 gab die bundesanwaltschaft das ermittlungsverfahren an die generalstaatsanwaltschaft düsseldorf wegen "minderer bedeutung" nach Par. 142 abs.2 nr. 2 gvg ab.
am 2.4.87 stellte die generalstaatsanwaltschaft düsseldorf das ermittlungsverfahren nach Par. 129a stgb ein und gab das restermittlungsverfahren nach Par. 311b stgb an die staatsanwaltschaft bielefeld ab.
am 22.4.87 wurde im zweiten haftprüfungstermin der haftbefehl gegen jens ohne aufgaben aufgehoben - jens kam raus.
im dezember 1987 wurde das ermittlungsverfahren gegen die o.g. frau eingestellt.
im februar 1988 wurde das ermittlungsverfahren nach Par. 311b stgb gegen jens von der staatsanwaltschaft bielefeld eingestellt und ein strafbefehl wegen des diebstahls des feuerlöschers in höhe von 60 tagessätzen a 20,- dm erlassen.
den verfahrensablauf und schließlich die einstellung der ermittlungen seitens der staatsschutz-behörden nachzuvollziehen und einzuschätzen, heißt, uns den kopf des staatsschutzes zu machen. das wollen wir nicht, weil es uns nichts bringt und auch nicht nach vorne bringt. es geht nicht darum zu (er-)klären, warum der staatsschutz welche informationen wie gegen einzelne von uns und der revolutionären widerstand insgesamt benutzt. es geht uns darum, die fragen, die sich in der auseinandersetzung mit den ereignissen (verhaftung und aussage, prozeß und jetzt kein prozeß, verhalten und entwicklung in bielefeld...) für die entwicklung des revolutionären prozesses ergeben/stellen, zu diskutieren.

die einstellung des ermittlungsverfahrens ist der VERSUCH der TOTALEN ENTPOLITISIERUNG.

insofern, als daß der staatsschutz versucht, dadurch dem revolutionären widerstand gerade hier in bielefeld, wo die schweine mit ihrer relativ "welchen" staatsschutzlinie "erfolgreich" sind, die schärfe zu nehmen, indem sie der konfrontation, die ein prozeß bedeutet, und damit den darin enthaltenen entwicklungsmöglichkeiten und realen entwicklungen den boden zu entziehen.

die organisierung gegen den angriff des staatsschutzes (= gegen den prozeß) und für den kampf um unsere bedingungen hätte eine politische wirkung entfaltet und ein schritt in der (gesamt-)weiter-entwicklung sein können, und zwar hinsichtlich der praxis für eine veränderte umgehensweise mit prozessen in dem sinne, diese offensiv und als angriff auf den staatsschutz zu begreifen und zu führen, und somit auch hinsichtlich der agitation und mobilisierung: unsere vorstellung war, an dem tag und zu der zeit, wo der prozeß hatte stattfinden

sollen, eine veranstaltung durchzusetzen - die veranstaltung gegen den prozess und damit gegen das staatsschutzprojekt. die veranstaltung als politisch offensiven schritt, gegen die entpolitisierung, um die bedingungen zu schaffen, um unsere inhalte zu vermitteln und zu diskutieren; als möglichkeit, uns kollektiv zu verhalten, auch um die individualisierung, auf die die repression zielt, zu durchbrechen.
wir wollen uns nicht an ihrem prozeß orientieren, sondern wir sehen in der veranstaltung die möglichkeit, das aufzuarbeiten, weiterzuvermitteln und weiterzuentwickeln, was im zusammenhang mit der festnahme offen geworden ist: unsere strukturen und handlungsfähigkeit sowie aussage/n und kritik und selbstkritik.

entpolitisierung, d.h. nicht nur die schärfe der konfrontation sondern die konfrontation an sich zurücknehmen (: der prozeß findet nicht statt -) und diese staatsschutzlinie entwickelt ihre wirkung: demobilisierend und desorientierend.
sich/uns da rauskämpfen, d.h. uns in der konfrontation, die wir wollen als bedingung und terrain der gemeinsamen entwicklung in und für den kampf, neu zu bestimmen.

die frage, die sich stellt: warum sie jetzt keinen prozeß wollen, bedeutet, danach zu fragen, was sie sich von der durchführung eines prozesses bzw. von dem fallen-lassen des prozesses versprechen. das ist eine politische kosten-nutzen-rechnung.

hinweis aus der bevölkerung, festnahme, fahndungserfolg gegen die kämpfenden einheiten, aussage... diesen erfolg hat der staatsschutz real und propagandisch verwertet gehabt.
sie werden recht schnell festgestellt haben, daß jens kein kämpfende einheit war/ist, daß er allein war, d.h. ohne feste verbindliche zusammenhänge, die für sie interessant gewesen wären - und daß sich für jens und für uns in der konfrontation und auseinandersetzung etwas entwickelt hat und entwickelt: die vorstellung, gemeinsam den prozeß der entwicklung in und für den revolutionären kampf zu bestimmen und zu führen.

den prozeß jetzt durchzuziehen, hiesse, daß sie ihren erfolg "aufs spiel setzen", weil klar ist, daß wir uns dazu und dagegen politisch bestimmen und verhalten, und darin bricht dann auch ihr projekt: fahndungserfolg/aussage, demoralisierte genoss/inn/en, integration oder kriminalisierung.

den prozeß dennoch durchzuziehen, hiesse, daß sie die linie der entpolitisierung aufgeben, weil dieser prozeß nur politisch zu führen ist - als das resultat unserer gemeinsamen politischen bestimmung gegen den prozeß - und das steht ihrem "erfolg" entgegen und das wissen sie auch, schließlich konnten sie die entwicklung der auseinandersetzung mit jens, als er in u-haft war, verfolgen und kriegten auch die laufende auseinandersetzung mit gefangenen genoss/inn/en mit.

was hätten sie vom prozeß gehabt: einen von uns politisch bestimmten und offensiv geführten prozeß samt mobilisierung und auseinandersetzung und dann, die verurteilung von jens; ein genosse im knast und dadran die entwicklung in der auseinandersetzung und in der konfrontation.

wir denken, das wollen sie nicht - da bleiben sie bei dem, was sie haben, die propagandistische ausschaltung des fahndungserfolges und der aussage. es ist eine politische defensive, wenn der staatsschutz die konfrontation zurücknimmt.

daß jens nun nicht abgeht, eröffnet bezüglich der auseinandersetzung und der gemeinsamen entwicklung eine andere, eine konkretere perspektive.

die bis jetzt geführte diskussion an der prozeßvorbereitung beinhaltet auch die organisierung einer konkreten initiative gegen den prozeß: die veranstaltung - die bedingungen haben sich nun verändert, was bedeutet, daß wir unsere auseinandersetzung auch anders bestimmten. die vorstellung und organisierung einer veranstaltung (gegen den prozeß und für die entwicklung) bricht sich in dem fallen-lassen des prozesses nicht-wir werden die veranstaltung machen.

**wer den kampf nicht teilt, der wird teilen die niederlage nicht einmal den kampf vermeldet, wer den kampf vermelden will:
denn - es wird kämpfen für die sache des feindes
wer für seine eigene sache nicht gekämpft hat !**

NACHTRAG - VORTRAG ZUR VERHAFTUNG VON JENS IN BIELEFELD IM DEZEMBER 1986

das wir erst jetzt und das wir jetzt was sagen, macht eine erklärung notwendig.

wir, eine gruppe verschiedener menschen in bielefeld, bereiten uns auf den anstehenden prozess gegen jens vor. getroffen haben wir uns in diesem rahmen, weil jede einzelne und jeder einzelne sich in einer besonderen art und weise mit der verhaftung von jens, mit ihm, während der zeit der u-haft sowie danach, und den auseinandersetzungen, die sich daran in bielefeld entwickelt haben, auseinandergesetzt hat und auseinandersetzt. die fortführung dieser auseinandersetzungen, was heißt, dass wir jetzt gemeinsam den prozess vorbereiten, ist uns wichtig, weil wir aus der aufarbeitung dessen, was gewesen ist, aus unserer eigenen geschichte, lernen wollen, uns die gemachten erfahrungen für den gemeinsamen entwicklungsprozess aneignen und auch vermitteln wollen.
darüberhinaus begreifen wir den anstehenden prozess gegen jens nicht nur als eine speziell gegen ihn gerichtete maßnahme des staatsschutzes sondern als einen (stellvertretenden) angriff auf alle, die hier was anderes wollen und beginnen, sich praktisch für den revolutionären kampf zu organisieren.

was gewesen ist: eine kurz-chronologie:

- 05.12.86 festnahme von jens und eines weiteren menschen (der nach fünf stunden freigelassen wird), nachdem die schweine ein bekennerscheiben zu einem geplanten spreng-

stoffanschlag auf siemens gefunden hatten; tatvorwurf: "mitgliedschaft in einer 'eigenständigen' terroristischen vereinigung" (Par. 129a stgb) und "vorbereitung eines sprengstoffverbrechens" (Par. 311b stgb) - die ermittlungen richten sich auch gegen eine weitere frau u.a.; jens macht eine aussage.

vorführung vor den ermittlungsrichter am bundesgerichtshof karlsruhe: haftbefehl; anordnung eines 9-punkte-haftstatuts; jens wird in die jva-frankenthal gebracht. die bundesanwaltschaft (baw) gibt das ermittlungsverfahren an die generalstaatsanwaltschaft (gensta) düsseldorf nach Par. 142a abs. 2 nr. 2 gvg, wegen "minderer bedeutung", ab.

die generalstaatsanwaltschaft düsseldorf stellt das ermittlungsverfahren nach Par. 129a stgb ein und gibt das restermittlungsverfahren nach Par. 311b stgb an die staatsanwaltschaft (sta) bielefeld ab.

- 22.04 2. haftprüfungstermin: der haftbefehl wird ohne aufgaben aufgehoben - jens ist raus.

- dez. 87 das ermittlungsverfahren gegen die obengenannte frau wird eingestellt.

die frage, warum so wenig informationen in der ersten zeit nach jens' verhaftung und nach der freilassung gar keine kamen, zu beantworten, macht eine genauere darstellung der situation in bielefeld nötig.

im herbst 1986 begannen sich die bestehenden zusammenhänge und damit auch strukturen in bielefeld aufzulösen. auf der einen seite zogen sich verstärkt menschen, die seit längerer zeit politisch gearbeitet hatten, aus der 'scene' heraus, auf der anderen seite mobilisierten sich viele menschen (an der tatsache, dass die faschisten in bielefeld das nf-zentrum aufbauten), die für sich mit der politischen auseinandersetzung angingen. in dieser durch den 'generationswechsel' bzw. die fluktuation geschwächten 'scene' brach der "vergewaltigterdebatte" alles auseinander und zusammen - auch die zusammenhänge, die sich an der verhaftung von jens und in den auseinandersetzungen darum am entwickeln gewesen waren.

wichtig ist auch, dass jens aus keinen zusammenhängen heraus verhaftet wurde, die die in dieser situation notwendigen schritte hätten politische entwickeln, tragen und vertreten können. das heißt, es gab in bielefeld keine verbindlichen strukturen, die politisch tragfähig entwickelt worden waren und aus denen heraus ein adäquate handlungsfähigkeit möglich gewesen war. derartige bedingungen, also der aufbau von zusammenhängen und einer struktur, mussten erst entwickelt werden.

daraus ergab sich eine individuelle bzw. individualisierte heran- und umgehensweise bezüglich der anstehenden und notwendigen aufgaben, in der und aus der heraus sich die einzelnen bzw. vereinzelter menschen überfordert fühlten und waren und dementsprechend auch nicht handlungsfähig waren. dazu gehören auch die schwierigkeiten, mit der aussage von jens umzugehen sowie informationsmangel und vermittlungsprobleme (als ausdruck eben der mangelhaften struktur), was in der wirkung zu einer ungenauen vorstellung hinsichtlich der notwendigen schritte und des verhaltens führte.

das, was sich trotz dieser schwierigkeiten langsam zu verbindlicheren zusammenhängen formierte, löste sich dann an dem punkt, als jens rauskam, auf. es war völlig unklar, wie's nun weitergeht. da jens die vorstellung hatte, in eine andere stadt zu gehen, und da die, die sich bisher damit auseinandersetzen, anfangen, die 'alten' sachen (wieder) weiter zu machen. das änderte sich erst, als wir für uns gemeinsam die prozessvorbereitung bestimmten und mit der konkreten auseinandersetzung begannen.

der verlauf der ereignisse und unser verhalten und handeln dadrin hat uns klar und deutlich gemacht, dass es so nicht weitergeht; dass unsere politik an der aktualität von ereignissen und an der wie auch immer konkreten subjektiven betroffenen orientiert und so allen 'tagespolitischen' und 'gefühlsmässigen' schwankungen unterworfen ist; das wollen wir nicht mehr, und wir begreifen die aufarbeitung dessen, was gewesen ist, im rahmen der prozessvorbereitung und darüberhinaus, als möglichkeit, aus den fehlern und ungenauigkeiten zu lernen, uns gemeinsam zu entwickeln, kontinuierliche und verbindliche zusammenhänge aufzubauen, um als teil der revolutionären kämpfe handlungsfähig zu werden und so den revolutionären prozess voranzutreiben.

das vorgehen der staatsschutzorgane und der verlauf des ermittlungsverfahrens: die verhaftung von jens propagandistisch aufzublasen und zu verwerten: hinweis aus der bevölkerung festnahme/fahndungserfolg im zusammenhang mit den kämpfenden einheiten, aussage...

und dann die mehr oder weniger sang- und klanglose abgabe und reduzierung des verfahrens bis auf die niedrigste mögliche juristische ebene und dementsprechend dann auch die aufhebung des haftbefehls und das rauslassen von jens wirft die frage auf, wie das alles zusammenpasst bzw. was das soll. eine antwort darauf hiesse zu spekulieren, zu erklären, warum der staatsschutz was und wie genau macht - das können wir nicht und wollen wir auch nicht, uns 'ihren' kopf machen.
die abgabe des ermittlungsverfahrens durch die baw an die gensta wegen "minderer bedeutung" erklärt sich aus der tatsache, dass die zentrale befugnis des generalbundesanwaltes bzw. der bundesanwaltschaft, verfahren an sich zu ziehen, das resultat des besonderen politischen strafverfahrensrechtes ist. es handelt sich um eine zentralisierte institution der inneren kriegsführung, die alle politisch besonders bedeutsamen, und das heißt praktisch immer dann, wenn sie ihren handlungsspielraum ausweiten und verrechtlichen wollen (z.b. mit der konstruktion "gesamt-raf"), prozesse mittels sondergerichten und sonderstaatsanwaltschaften inszenieren soll. diese möglichkeit in dem kontext zu benutzen, scheinen sie für sich nicht gesehen zu haben.

zu der einstellung des ermittlungsverfahrens nach Par. 129a sagt die gensta, dass die für eine "eigenständige terroristische vereinigung" notwendige organisationsstruktur und nähe zur roten armee fraktion nicht zu beweisen sei und dass eine gemeinschaftliche vorbereitung noch kein organisatorischer zusammenschluss zu einer sogenannten "terroristischen vereinigung" sei. sie führen da noch eine reihe weiterer "ermittlungsergebnisse" an, so zum beispiel, dass in jens' adressbuch keine verschlüsselten aufzeichnungen seien und dass das gefundene bekennerscheiben kurz sei und passagen aus der erklärung des "kommando mara cago!" der roten armee fraktion zum angriff auf den siemens-manager becurts enthalte.

In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Tatsache, dass es in Bielefeld keine Hausdurchsuchungen, Vorladungen und ähnliche Staatsschutz-Initiativen wie zum Beispiel in anderen Städten nach Verhaftungen (Hannover, Duisburg) gegeben hat. unsere Einschätzung ist, dass den Schweinen der erreichte propagandistische Erfolg ausreicht, nachdem sie im Rahmen der Ermittlungen feststellten, dass es für sie aufröhlbare Zusammenhänge und Strukturen in Bielefeld nicht gibt und dass sich jens' Zusammenhänge erstmal formieren und entwickeln mussten. In dem Kontext eine auf der propagandistischen Ebene angesetzte Kriminalisierung durchzuziehen, hätte ein auf Konstruktion aufbauendes Vorgehen bedeutet. Jens hatte eine Aussage gemacht, in der er sich selbst belastet hatte, was ihnen Fakten in die Hand gegeben hat, mit denen sie anders vorgehen konnten, als nur auf Konstrukte zu setzen. hier ist es auch angebracht, darauf hinzuweisen, dass das Vorgehen des Staatsschutzes gegen Menschen aus dem Widerstand, die eine Aussage gemacht haben, eine andere Linie ist, als das stringente Durchziehen des Staatsschutz-Terrors gegen die standhaften Genossinnen und Genossen; die Schweine verfolgen damit unterschiedliche Ziele: Spaltung, Schwächung, Einbindung oder der Versuch der Vernichtung.

angesichts der Tatsache, dass Jens nach der Aussage unmittelbar nach der Verhaftung keine Aussage mehr gemacht hat und für ihn ein Prozess der Neu-Bestimmung begann, in dem er im Kampf um Identität, auch sein Verhältnis gegenüber den Schweinen neu und d.h. klarer bestimmte, denken wir, dass der Einstellung unter anderem auch das Kalkül zugrunde liegt, der sich entwickelnden Auseinandersetzung den Boden zu entziehen.

die Abgabe der Rest-Ermittlungsverfahren nach Par. 311b, wegen der Vorbereitung des Sprengstoff-Anschlages, an die Staatsanwaltschaft Bielefeld ist dann eine konsequente Entscheidung, dass sie ihn dann rausgelassen haben, begreifen wir ebenfalls im Kontext dieser Staatsschutz-Linie. es ist ein indirektes Angebot, mit ihnen doch noch zu kooperieren und zwar im Sinne des sich politisch rausziehens und sich im Prozess unpolitisch und konform zu verhalten, dafür ein gnädiges Urteil, das hiesse: Bewährung, zu kassieren und die Schweine können dann den Rechtsstaat hochleben lassen, und dass Aussagen sich doch lohnen und dieses System doch attraktiv sei.

darüber hinaus eröffneten sie sich damit auch nochmal die Möglichkeit, auf einer anderen Ebene zu gucken, mit wem Jens was zu tun hat und wie unsere Zusammenhänge aussehen. auch wenn sie da zu nichts kommen, wird das ein Aspekt sein; so ermitteln sie nämlich immer noch.

letztendlich lässt sich die Taktik des Staatsschutzes aber erst mit dem Vorliegen der Anklageschrift einschätzen: da werden sie sagen, was sie wollen. in der Ermittlungsakte lassen sich ja leider nur die von ihnen präparierten und als zur Veröffentlichung unbedenklich eingestuft und daher in ihrem Aussage-Wert sehr reduzierten "Ergebnisse" finden.

wir gehen davon aus, dass die Anklageschrift in den nächsten Monaten kommt und dementsprechend der Prozess dann stattfinden wird. im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Prozesses finden wir es wichtig, die Diskussionen zu vermitteln und Informationen zu verbreiten, um eine Auseinandersetzung zu ermöglichen.

"kritik ist eine Waffe und Selbstkritik

die Selbstbewaffnung, Revolution in einem selbst; in einem die herrschende Klasse stürzen in der Eroberung der proletarisch-revolutionären Macht ganz und gar - unter meiner Haut beginnt das befreite Gebiet, die selbständige rote Macht."

holger, 4.7.73

ERKLÄRUNG IN ZWEI PROZESSEN ZUR "VERMUMMUNG" "Anti-Carp-Demo" Berlin Januar 1988

wir wollen im Herbst dieses Jahres die IWF- und Weltbanktagung verhindern. in der Phase jetzt bestimmen wir jeden Schritt danach, wie wir das Kräfteverhältnis für uns entscheiden können, d.h. an jedem Punkt, sowohl an selbstbestimmten Schritten von uns als auch an dem, was die Schweine uns als Bedingungen vor die Füße knallen wollen, uns zu überlegen, wie wir daran stärker werden können. deshalb wollen wir uns hier zu den Prozessen, die an der anti-carp-demo und dem Vermummungsverbot hochgezogen werden sollen, verhalten. anhand der Prozesse, die jetzt laufen sollen, haben wir uns nochmal überlegt, was die Mobilisierung gegen den carp-kongress eigentlich war. es hat fast zwei Jahre lang Diskussionen um die IWF-Kampagne gegeben, an denen deutlich geworden ist, daß in einem Prozess von praktischen Initiativen wir unserem Ziel, den IWF-Kongress zu verhindern, naher kommen. die Mobilisierung gegen den carp-kongress war ein praktischer Schritt dahin, was die Parole "den Widerstand organisieren - carp- und IWF-Kongress verhindern" ausgedrückt hat. in der Mobilisierung gegen den carp-kongress haben wir einen Blick dafür gekriegt, eine ganze Phase gemeinsam bestimmen zu wollen mit dem konkreten Ziel, den IWF-Kongress zu verhindern, auch wenn das damals noch wenig inhaltlich gefüllt war, wie wir das anpacken wollen. mittlerweile haben wir neue Erfahrungen gemacht. der Kampf um die Hafenstraße macht deutlich, daß wir hier konkret gegenmacht entwickeln und die Bedingungen für uns verändern können.

die Diskussionstage in der Hafenstraße zu Sylvester, die Entwicklung einer gemeinsamen Praxis und der Austausch über die Situation in den verschiedenen Städten und international haben uns den Blick auf den Widerstand insgesamt ermöglicht und die Entwicklung einer konkreten Vorstellung der gemeinsamen Perspektive, jetzt den IWF zu verhindern, greifbar werden lassen.

mit dem Blick auf den Widerstand insgesamt meinen wir, daß es an der Zeit ist, uns das Bewußtsein und die Praxis darüber

anzueignen, zusammen ein revolutionärer Machtsfaktor hier zu sein und in dem Prozess, orientiert an dem Ziel der weltweiten Befreiung, voneinander zu lernen und jede und jeder von dem Punkt aus, wo sie steht, zum Angriff zu kommen. das ist zwar nichts Neues, weil wir schon einen Begriff davon haben, wie ein Zusammenkommen im revolutionären Prozess der Bestimmung von Schritten dahin machen wir uns auch einen Begriff von der Konfrontation, die das bedeutet, und daß die Schweine uns weghaben wollen. der Fehler in der anti-carp-IWF-Mobilisierung lag in unserer mangelnden politischen Einschätzung zum Kräfteverhältnis von Revolution und Staat zu der Zeit. und das haben wir mittlerweile kapiert, Angriffe der herrschenden nicht an isolierten Punkten wie carp/IWF oder Hafenstraße zu sehen, sondern als Angriffe auf den Widerstand insgesamt, die wir gemeinsam zurückschlagen werden in der Entwicklung unserer Kämpfe. genau daraus bestimmt sich auch unser Verhältnis zu den Prozessen jetzt und unsere Einschätzung zu der Zerschlagung der anti-carp/IWF-demo im letzten Jahr.

die Demo konnte sich zwar formieren, wurde aber praktisch zerschlagen, indem der vordere Block von der Demo abgetrennt und der Lautsprecherwagen beschlagnahmt wurden. der vordere Block wurde festgenommen und überprüft (150 Leute), später wurden Bußgeldbescheide verschickt, jetzt laufen Prozesse. der Angriff der Schweine auf die Demo bezog sich auf die Diskussionen und die Praxis, die sich in der anti-carp-Mobilisierung entwickelt hatten. es ging ihnen aber auch darum, der Entwicklung des Widerstands insgesamt im letzten Jahr eine Grenze zu setzen. die Massenmilitanz am 1. Mai hier in Kreuzberg hat sie total erschreckt. bei der Demo gegen Reagan hat ein Block von 3000 Militanten die Organisation des Widerstands ausgedrückt. der Kampf um die Hafenstraße hatte eine neue Qualität erreicht. der Angriff auf die Demo war ein Pilot-Projekt der Schweine und von höchster Stelle geplant und geleitet. Kewenig und Möllenbrock hatten bereits eine Stunde vor der Demo im Hochhaus Foto wegweg auf der Potse Stellung bezogen. Kittlaus und Ganschow sprachen sich während der Verhaftungen mit Zivils und Einsatzleitern ab, Panzerwagen und Wasserwerfer standen bereit. Videocomputer zur Auswertung von Bildmaterial waren im Einsatz, die erst im Dezember 87 von Zimmermann den Bereitschaftspolizisten der Länder übergeben wurden. die Formation der Bullen, die einen Kell in die Demo treiben sollten, war Generalstabmäßig vorbereitet.

die Zerschlagung der Demo war für die Schweine konkrete Maßnahme zur Durchsetzung des Vermummungsverbotes. in einer Situation, in der die Verschärfung des Vermummungsverbotes wegen der kontroversen Diskussionen unter den Schweinen politisch noch nicht durchgesetzt war, sollte die "polizeitaktische Maßnahme" praktisch die Verschärfung des Vermummungsverbotes forcieren.

jetzt in den Diskussionen nach Frankfurt, den Schüssen auf die Bullen, beziehen sich die Schweine in Fernsehsendungen (z.B. Report) und Zeitungsartikeln auf die Demo gegen den carp-kongress, sie benutzen die carp-demo als Legitimations- und Argumentationslinie gegen den Widerstand insgesamt. die Demo gilt für die Schweine als Beispiel dafür, wie mit dem "schwarzen Block" fertigzuwerden ist und als Beweis "daß unter den Masken gewalttäterInnen verborgen sind". die sogenannte "Geheimkonferenz" von Zimmermann in November 87, zu der Bullen und Innenminister aus unterschiedlichen Bundesländern geladen waren, hat wieder einmal deutlich gemacht, welchen Stellenwert die Auswertung der konkreten Erfahrungen der Bullen auf der Straße für die Bestimmung der nächsten politischen Maßnahmen gegen den Widerstand haben.

seit Wochen basteln die Schweine an Vorstellungen, um dem Widerstand hier neue Bedingungen zu setzen. dazu gehört die Verschärfung des Vermummungsverbotes und des Landfriedensbruch-Paragrafen; dabei von Überprüfung von "Reisechaoten"; Überlegungen, an Zentren des Widerstands wie z.B. in Wackersdorf ein generelles Demonstrationsverbot auszusprechen; Vorbeugehaft für Leute aus dem Widerstand. in den letzten Wochen haben sie nochmal die ganze Palette ihrer Vorstellungen, wie sie dem Widerstand hier eine Grenze setzen wollen, durchgeführt.

von September bis Dezember gab es Massenrazzien, die immer wieder mit irgendwelchen Konstrukten legitimiert werden. zeugenvorladungen wie z.B. in den Verfahren gegen die Radi wie auch im Prozess in Stammheim gegen Eva, Luiti und Chris, dienen der Ausforschung und Durchleuchtung des revolutionären Widerstands zur Vorbereitung von gezielten Schlägen. in der Verhaftung von Rico und Andrea wird das total klar. in dieser Entwicklung sehen wir auch die Prozesse gegen uns. daß wir uns gemeinsam dagegen verhalten, kommt aus dem Begriff, daß es wichtig ist, an jedem Punkt die konterrevolutionären Angriffe für uns umzudrehen und dadran stärker zu werden, und aus dem Bedürfnis, mit der Perspektive, revolutionäre Gegenmacht aufzubauen mit dem nächsten Ziel - den IWF zu verhindern - an jedem Punkt und mit unserer ganzen Kraft offensiv zu werden.

wir grüssen die Genossinnen und Genossen aus Action Direte. Joelle Aubron, Nathalie Menigon, Georges Ciprianl und Jean-Marc Rouillan, die heute den 51. Tag im Hungerstreik sind.

GEGEN STAATSGEWALT UND KRIMINALISIERUNG

129a Verfahren in Bielefeld wegen der radikal Nr. 133 was ist passiert? im September 1987 kamen zwei Bullen in den Infoladen anschlag, brachten den beschlagnahme-beschluß des BfG über die radikal Nr. 133 in den Laden und beschlagnahmten das lese-exemplar der Zeitung. sie verschwanden mit dem Hinweis, daß beim auftauchen weiterer Exemplare und deren Auslegung, dies strafrechtliche Folgen hätte. trotz dieser Aktion, die bundesweit lief, entschlossen wir uns, die radikal weiterhin offen auszulegen. zum einen, weil sie einen Teil unserer Diskussion darstellt, zum anderen, weil wir nicht bereit sind, uns der Zensur zu beugen. wir finden es wichtig und richtig sich gegen die Kriminalisierung, links-radikaler Meinungen und Nachrichten, zur Wehr zu setzen, in dem wir sie weiterhin öffentlich machen und vertreiben. wichtig

Ist uns dabei, das wir selber bestimmen, was wir verbreiten und uns nicht, auch nicht die Art und Weise wie, vom Staatsschutz vorschreiben lassen. nach einigen Wochen kamen die Bullen wieder und fotografierten von aussen das vorhandene lese-ex im Regal. anfang Februar 88 kamen dann Bullen-Vorladungen 6 Menschen ins Haus geflatert. es wurde der Vorstand des Anschlags (5 Leute) und die Frau, die zum Zeitpunkt der Beschlagnahme im Laden war, vorgeladen. die Ermittlungen führt die Generalbundesanwaltschaft (Gensta) Düsseldorf. zu den Vorladungen ging keine Person gegen die ermittelt wird hin.

der Infoladen anschlag besteht seit Jahren in Bielefeld und war bis vor einem Jahr dem ajz-verein untergegliedert. seit ca. 1 Jahr ist der Laden ein eigener Verein. gegründet wurde der anschlag als Leihbücherei und Plattenladen und vor ein paar Jahren zum Infoladen umstrukturiert. der anschlag verbreitet links-radikale, revolutionäre Inhalte, Meinungen und Nachrichten. er ist für uns ein Ort für Information und Diskussion und dient der Schaffung und Weiterentwicklung regionaler Zusammenhänge.

seit der anschlag besteht werden die Leute immer wieder mit 129a Verfahren kriminalisiert. dies trifft meist dem Vorstand, da diese Menschen, für die Bullen am einfachsten greifbar sind. so auch der damalige Vorstand, als 1987 die radikal 132 kriminalisiert wurde. es gab Verfahren gegen 7 Leute aus dem Vorstand und den Hausmeister des ajz, der die Beschlagnahme der 132 unterschrieben hatte. es gab auch damals Vorladungen, die der Vorstand nicht wahrnahm.

nach einigen Wochen wurde dann der Vorstand durch staatsanwaltliche Vorladungen traktiert. die Leute überlegten sich zum ersten Termin gemeinsam zu erscheinen und dort geschlossen die Aussage zu verweigern. anschließend stellte die staatsanwaltschaft alle Verfahren nach Par. 129a ein.

"die Funktion der Par. 129/129a ist aus ihrer Entstehungsgeschichte und ihrer Handhabung durch die politische Justiz überdeutlich abzulesen. eingeschüchtert, kriminalisiert und fertiggemacht sollen alle werden, die sich bewußt gegen das System von Ausbeutung und Profit stellen, es bewaffnet oder unbewaffnet, legal oder illegal bekämpfen. vernichtet werden soll durch den Zugriff von Polizei und Justiz nicht nur das illegale, sondern auch das legale Umfeld, in dem sich die Aufkündigung der Staatsloyalität durch Teile der Bevölkerung vollzieht. sozialpsychologisch sind die strafvorschriften über die kriminelle und terroristische Vereinigung eine staatliche Projektion, die anstelle des monströs ungerechten Gesellschaftssystems den Widerstand dagegen für kriminell erklärt.

die beiden allerwelts Par. 129/129a sind seit ihrem Bestehen Waffen gegen den Klassenkampf, wir können uns am besten gegen sie wehren, wenn wir als linke solidarisch mit all jenen GenossInnen sind, gegen die der Staat das sattsam bekannte Arsenal seiner Unterdrückungsmaßnahmen einsetzt." (auszug aus: wer darf was nicht wissen...-dokumentation zur politischen Repression durch den Par. 129a, hrsg. s'blättle-kollektiv, stgt.)

für uns zielt die Kriminalisierung weiterhin auf Einschüchterung, Verunsicherung und Spaltung der linken Bewegung. das ihr Kalkül sich teilweise schon durchgesetzt hat, sieht frau/mann an den Verfahren wegen der radikal 132. es gab Einlassungen vor Gericht und Distanzierungen von revolutionären Inhalten. am deutlichsten zeigt sich das in der Stellungnahme des abbuchladens aus Kassel, die der Staatsschutz selber verfasst haben könnte. weiter dient die Kriminalisierung der Unterbindung der Verbreitung revolutionärer Inhalte. der Leser soll abgeschnitten werden von den revolutionären Informations- und Diskussionszusammenhängen. last not least soll sich die Zensur in unseren eigenen Köpfen durchsetzen, durch eigenzensur sollen schon gleich bestimmte Inhalte aus den Regalen entfernt werden. nicht mehr wir bestimmen dann, sondern der Staatsschutz bestimmt dann worüber wir diskutieren.

WIR BRAUCHEN EINE VIELFÄLTIGE WIDERSTANDSPRESSE

5. August 1987

BESCHLUS

in dem Ermittlungsverfahren gegen

Unbekannt

(unbekannte Verfasser, Hersteller und Erstverbreiter der Druckschrift "radikal" Nr. 133)

wegen

Verdachts eines Vergehens nach Par. 129a Abs. 3 StGB u.a. (werben für die terroristischen Vereinigungen "Rote Armee Fraktion/RAF" und "Revolutionäre Zellen/RZ" u.a.)

wird auf Antrag des Generalbundesanwaltes beim Bundesgerichtshof gemäß Par. 111 b StPO, Par. 74 d StGB

die Beschlagnahme der Druckschrift "radikal" Nr. 133 angeordnet.

Die Beschlagnahme erstreckt sich auf die Stücke, der sich im Besitz der bei ihrer Verbreitung oder deren Vorbereitung mitwirkenden Personen befinden oder öffentlich ausgelegt oder beim Verbreiten durch Versenden noch nicht dem Empfänger ausgehändigt worden sind.

Gründe:

1. Die 108-seitige Druckschrift "radikal" Nr. 133 enthält durchgängig Beiträge, in denen der Anwendung von Gewalt bis hin zu terroristischen Anschlüssen das Wort geredet wird. Mit der Verbreitung, zu der es nach dem 28. Juli 1987 gekommen ist, haben die Verfasser, Hersteller und Erstverbreiter für terroristische Vereinigungen, nämlich die "Rote Armee Fraktion" und "Revolutionäre Zellen" u.a., geworben und damit den Tatbestand des Par. 129a Abs. 3 StGB verwirklicht.

Dies ergibt sich aus folgendem:

a) Auf S. 42 der Druckschrift ist unter der Rubrik "Nachrichten aus der Provinz?" ein "Kommunique des Revolutionären Autonomen Kommandos zum Brandanschlag auf das Gebäude der Schwäbischen Regierung" in Augsburg am 13./14. April 1987 abgedruckt, in dem neben Freiheit für Günther Sonnenberg auch die seit Jahren von der RAF geforderte "Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und dem Widerstand" erhoben wird. Gegen die Täter dieses Anschlags führt der Generalbundesanwalt das Verfahren 1 BJs 75/87-5.

Unter der Überschrift "Burning down the House" wird auf den Seiten 58 bis 63 der Druckschrift der Brandanschlag auf die Volkszählungserhebungsstelle am 8. Mai 1987 in Heilbronn gerechtfertigt. Gegen die Täter des Brandanschlags führt der Generalbundesanwalt das Ermittlungsverfahren 1 BJs 95/87-5. Am Ende des Beitrags sind u.a. folgende Parolen abgedruckt:

Boikottiert und sabotiert die Volkszählung!!!
Organisiert den Widerstand!!!
Solidarität mit allen kämpfenden Gefangenen!!!
Für Selbstbestimmung und Kollektivität! Drinnen und draußen!!!
Gegen Isolationshaft und Sonderbehandlung!!!
Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und alle anderen, die es fordern!!!
Schafft das System ab, bevor es uns abschafft!!!

Auf der Seite 65 der Druckschrift wird unter der Überschrift "Staatsschutzterror in Duisburg" ebenfalls die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF gefordert. Wörtlich heißt es dort u.a.:

die verhaftungen der genossen/in in dulsburg sind vergeltungsschläge. sie nehmen gelseln aus dem "legalen widerstand", weil sie die kämpfenden einhalten, zellen und die guerilla nicht kriegen können. indem sie jeden ansatz von entschlossenen, kompromißlosen widerstand als "terroristisch" verfolgen, wollen sie diesen isolieren. wir erfahren immer stärker, daß es wichtig ist, sich offen und solidarisch auseinanderzusetzen, d.h. die situation gemeinsam einzuschätzen und zu begreifen, ohne sich an den politischen unterschieden und einschätzungen zu zerfleischen, unterschiedliche entwicklungen zu bewerten und die angst vor der repression zu verdrängen. kollektivität ist für uns notwendige bedingung für den kampf gegen das system - auf jedem gebiet. somit auch für die gefangenen genossen/innen in den nato-kz. gerade jetzt wo die anklageschriften gegen die vier raus sind, zeigt sich die schärfe der konfrontation, die die herrschenden fahren: mitgliederschaft in der raf - sie wollen die vier auf jahre in den knast stecken und sie brechen. wir kämpfen mit ihnen gemeinsam gegen isolationsfolter und geirnwäsche, für die zusammenlegung in große, selbstbestimmte gruppen.
-zusammenlegung der gefangenen aus raf und widerstand!
-freilassung von günther sonnenberg!
-gemeinsamer besuch der beiden kinder zusammen mit norbert und bärbel, in geeigneten räumen und unüberwacht, sooft und solange die eltern wollen!
-liebe und kraft allen kämpfenden genossen/innen in den knästen!
(zusammenfassung aus dulsburger flugs)

Bei der Forderung nach Zusammenlegung der "Gefangenen aus RAF und Widerstand" handelt es sich um ein seit Jahren erhobenes Verlangen, das insbesondere den in Haft befindlichen Mitgliedern der terroristischen Vereinigung "RAF" bessere Bedingungen verschaffen soll, ihren Kampf aus den Vollzugsanstalten heraus fortzusetzen und sie in ihrem Zusammenhalt zu stärken. Die Verbreitung dieser Forderung ist geeignet und bestimmt, die Ziele der "RAF" propagandistisch zu fördern und erfüllt damit zumindest den Tatbestand des Werbens für eine terroristische Vereinigung gemäß Par. 129a Abs. 3 StGB.

b) Auf den Seiten 48 sowie 103 bis 108 enthält die Druckschrift die Wiedergabe von neuen Anschlagsbekennungen der terroristischen Vereinigung "Revolutionäre Zellen/Rote Zora". In einzelnen handelt es sich um die Bekennungen zu folgenden Taten:

- Anschlag auf die Umspannstation der RWE in der Nacht vom 16./17. Juni 1987 in Kelsterbach.
Gegen die Täter dieses Anschlags führt der Generalbundesanwalt das Verfahren 1 BJs 132/86-6.

- Brandanschlag auf eine Polizeidienststelle in Hamburg am 17. August 1986.
Gegen die Täter dieses Anschlages führt der Generalbundesanwalt das Verfahren 1 BJs 146/86-4.

- Anschlag auf das Bundesverwaltungsamt - Ausländerzentralregister - am 31. August 1986 in Köln.
Gegen die Täter dieses Anschlags führt der Generalbundesanwalt das Verfahren 1 BJs 173/86-4.

- Versuchter Sprengstoffanschlag auf das Gebäude des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg am 30./31. August 1986.
Gegen die Täter dieses Anschlags führt der Generalbundesanwalt das Verfahren 1 BJs 178/86-4.

- Sprengstoffanschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA) in Berlin am 6. Februar 1987.
Gegen die Täter dieses Anschlags führt der Generalbundesanwalt das Verfahren 1 BJs 24/87-4.

- Zwei Brandanschläge zum Nachteil von Angehörigen des Deutschen Roten Kreuzes in Berlin am 4./5. September 1986.
Gegen die Täter dieses Anschlags führt die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin das Verfahren 2 OJs 8/86.

- Schußwaffenanschlag auf den Leiter der ZSA in Berlin, Holtenberg, am 28. Oktober 1986 in Berlin.
Gegen die Täter dieses Anschlags führt der Generalbundesanwalt das Verfahren 1 BJs 295/86-4.

- Anschlag auf die ZSA in Berlin am 7. Juli 1987.

Gegen die Täter dieses Anschlags führt der Generalbundesanwalt das Verfahren 1 BJs 147/87-4.

- Anschläge auf die Ausländerbehörden in Hamm und Hagen am 25. September 1986.

Gegen die Täter dieses Anschlags führt der Generalbundesanwalt die Verfahren 1 BJs 228/86-4 und 1 BJs 227/86-4.

c) Auf der Seite 64 der Druckschrift ist die Tatbekennung der mutmaßlichen terroristischen Vereinigung "Soziale Revolution" zum Sprengstoffanschlag auf das Einwohnermeldeamt in Leverkusen am 10. März 1987 abgedruckt. Gegen die Täter führt der Generalbundesanwalt das Verfahren 1 BJs 43/87-1.

Auf den Seiten 99 bis 101 der Druckschrift ist die Tatbekennung der mutmaßlichen terroristischen Vereinigung "Millitäre Zelle" zum Sprengstoffanschlag auf das Humanpharmakologische Institut der Firma Ciba-Geigy in Tübingen am 20. Juni 1987 abgedruckt. Gegen die Täter dieses Anschlags führt der Generalbundesanwalt das Verfahren 1 BJs 141/87-5. Die Verbreitung der vorgenannten Tatbekennungen ist geeignet und bestimmt, Strategien, Ziele und Aktionen der terroristischen Vereinigung "Revolutionäre Zellen" sowie die weitergenannten terroristischen Vereinigungen propagandistisch zu fördern und erfüllt damit den Tatbestand des Werbens für diese terroristische Vereinigungen gemäß Par. 129a Abs. 3 StGB.

d) Darüber hinaus werden in zahlreichen anderen Beiträgen die Tatbestände des Par. 130a StGB (Anleitung zu Straftaten, insbesondere Seiten 33, 36 bis 37, 44 bis 45) und des Par. 140 StGB (Belohnung und Billigung von Straftaten, insbesondere Seiten 11, 32 bis 35, 52, 71 bis 81, 84 bis 85) erfüllt.

2. Bei dem unter Ziffer 1 festgestellten Sachverhalt stellt jede Verbreitung der Druckschrift "radikal" Nr. 133 ein strafbares Werben für die terroristischen Vereinigungen "RAF", "RZ" u.a., eine Anleitung zu Straftaten und eine Billigung von Straftaten gemäß Par. 129a Abs. 3, 130a, 140, 52 StGB dar. Es ist daher zu erwarten, daß die Druckschrift "radikal" Nr. 133 gemäß Par. 74d StGB eingezogen wird.

Die Beschlagnahmearordnung bezieht sich auf die gesamte Druckschrift, da eine Trennung der strafrechtlich relevanten Seiten von den übrigen Seiten praktisch undurchführbar ist und nur unbedeutende und unverkäufliche Teile zurücklassen würde.

Eine vorherige Anhörung der Betroffenen kommt nicht in Betracht, um den Erfolg der weiteren Ermittlungen nicht zu gefährden (Par. 33 Abs. 4 StPO).

Dr. von Gerlach
Richter am Bundesgerichtshof

MINISTERIUM FÜR JUSTIZ, BUNDES- UND EUROPÄNGEGESCHÄFTEN BADEN-WÜRTTEMBERG

Betr.: Eingabe des Strafgefangenen Günther Müller,
Vollzugsanstalt Ludwigsburg, vom 9. November 1987

BESCHEID

In seiner Eingabe wendet sich der Gefangene gegen

1. die Verfügung der Vollzugsanstalt Ludwigsburg vom 6. November 1987, aufgrund welcher die an ihn übersandte Zeitschrift "Mescalero Nr. 1" angehalten worden waren sowie
2. eine weitere Verfügung der Vollzugsanstalt Ludwigsburg ebenfalls vom 6. November 1987, durch welche eine Postkarte des Beschwerdeführers, welche an Andreas Eichler adressiert ist, angehalten wurde.

Die Beschwerden sind zwar zulässig, jedoch nicht begründet.

Zu 1.:

Wie eine Durchsicht der von der Vollzugsanstalt Ludwigsburg hierher vorgelegten Broschüre "Mescalero Nr. 1" ergeben hat, enthält diese durchgängig tendenzielle und agitatorische sowie im ganz erheblichem Maße staats- und justizfeindliche Artikel zugunsten der sog. Rote-Armee-Fraktion sowie deren Umfeld. Angeblich politisch motivierte Gewalttaten, wie zum Beispiel der vor kurzem erfolgte Anschlag auf einen Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht in Berlin, werden ausdrücklich gebilligt. Somit enthält die Broschüre eindeutig resozialisierungsfeindliche Tendenzen, die ihre Wirkung auf den dem Sympathisantenkreis der "Rote-Armee-Fraktion" zuzurechnenden Beschwerdeführer nur schwerlich verfehlen dürften. Bei dieser Sachlage war die Vollzugsanstalt Ludwigsburg infolgedessen berechtigt, die vorliegende Ausgabe des "Mescalero" anzuhalten (Par. 68 Abs. 2 Satz 3 StVollzG).

Zu 2.:

Auch die der Beschwerde beigefügte Postkarte des Gefangenen vom 4. November 1987 läßt ihrem Inhalt nach eine klare Gefährdung des Vollzugsziels erkennen. Dies ergibt sich schon daraus, daß der Beschwerdeführer dem derzeit wegen des dringenden Verdachts des Mordes an zwei Polizeibeamten in Untersuchungshaft befindlichen Andreas Eichler seine "Solidarität" versichert und sodann fortführt: "Lenin sagte u.a. mal: Es gibt viele Bedingungen für den Umsturz, aber keinen Tag, wo nicht an ihm zu arbeiten wäre. Dies gilt auch für die Gefangenschaft. Ich z.B. sitze schon seit November 76." Dieses Zitat belegt mit hinreichender Deutlichkeit die vollzugsfeindliche Tendenz des Inhalts der Postkarte, die infolgedessen zu Recht von der Vollzugsanstalt Ludwigsburg angehalten wurde (vgl. Par. 31 Abs. 1 Nr. 1-StVollzG).

gez. Oechsner

ERKLÄRUNG

Wir haben heute, 9.2.1988, das Auto von Ernst Nolte abgebrannt. Nolte, Bambergerstr. 32, 1000 Berlin 30, ist seit 1973 Professor für Geschichte an der Freien Universität, er gilt als einer der "renommiertesten" Faschismusforscher der BRD und Westberlin. Er ist Mitbegründer des reaktionären antikomunistischen Kampfverbandes "Bund Freiheit der Wissenschaft" (gegründet 1970 als Reaktion auf die Studentenbewegung) und Mitglied der "Notgemeinschaft für eine freie Universität" (Nofu), die jahrelang linke Studentinnen bespitzelt hat und die Namen auf schwarzen Listen der Industrie und dem Verfassungsschutz zugeleitet hat. 1985 erhielt Nolte den "Hans-Martin Schleyer-Preis" verliehen.

Nolte ist neben A.Hilgruber und M.Stürmer (Redenschreiber von Kohl) eine der zentralen Personen im sogenannten Historiker-Streit.

In seinen Thesen macht Nolte die russische Revolution für den Faschismus verantwortlich. Er stellt den faschistischen Massenmord zwar als irreal, jedoch als berechtigte Reaktion auf den Befreiungskampf des russischen Volkes dar.

Sowie er den Nazifaschismus als Reaktion auf die russische Revolution legitimiert, versucht er dadurch, daß er den Befreiungskampf des vietnamesischen und palästinensischen Volkes mit dem Faschismus in einen Topf wirft, den Gegensatz von Kampf um Befreiung und imperialistischer Vernichtungspolitik zu verwischen. In dieser bewußten, bis zur Unkenntlichkeit verzerrten Betrachtung von Geschichte, von Befreiungskriegen und Klassenkriegen liegt system. Nolte drückt das sprachlich verschleiend so aus, "daß die negative Lebendigkeit eines historischen Phänomens", damit meint er das Bewußtsein über die Ursachen des Faschismus und dessen Kontinuität in der BRD, für diesen Staat eine lebensbedrohende Gefahr darstellt. Stürmer sagt schon viel direkter, was sie mit ihrer "Wissenschaft" bezwecken, nach außen: es soll ein historisch gegründetes Wertbewußtsein vermittelt werden, das die Bundesrepublik wieder in die Lage versetzt, sich den wegen nationaler Machtpolitik zu nähern, zwar nicht, wie seit den Tagen Bismarcks, als stärkste Führungsmacht in Europa, wohl aber als "Mittelstück im europäischen Verteidigungsbogen des atlantischen Systems". Durch diese "Geschichtswissenschaft" soll der Innenpolitische Konsens durch eine "kollektive Sinnstiftung" wieder hergestellt werden, weil es sonst "früher oder später zum sozialen Bürgerkrieg" kommen muß.

Den immer stärker sich entwickelnden Befreiungskämpfen versuchen die Imperialisten als aktuelles Projekt die Formierung Westeuropas auf politischer, ökonomischer und militärischer Ebene entgegenzusetzen.

Dabei ist die Erfahrung und das Wissen vieler Menschen um die Kontinuität zwischen Faschismus und BRD-Staat (Modell Deutschland) zu einer ideologischen Fessel für das Geworden, was Rolle der BRD im imperialistischen Gesamtsystem sein soll. Zunehmend soll die BRD im Rahmen des konterrevolutionären Zentrums Westeuropa in direkte militärische Interventionen eingebunden werden: Mittelmeer/Palästina, Kurdistan-Manöver, Intervention im Golf, deutsch-französische Herbstmanöver, Force de frappe-schnelle Eingreiftruppe, gemeinsame Brigade.

Die Universität ist integrierter Bestandteil des imperialistischen Herrschaftssystems. Das gilt für den naturwissenschaftlichen Bereich, dessen Aufgabe die Technologieproduktion ist (Gen-Technologie, Weltraumforschung, Automatisierung, Laser), ebenso wie für die Sozialwissenschaften (Aufstandsbekämpfung) und zum Beispiel für die Geschichtswissenschaften. Als Ideologieproduzenten wollen sie den notwendigen Überbau zur Legitimierung und Sicherung der Herrschaft liefern.

Wir greifen Nolte an, weil er einer derjenigen ist, die in ihrer Person die Kontinuität von Faschismus und BRD-Staat verkörpern. Dabei reicht sein Werdegang von miesen Denunzianten bis zum ideologischen Strategen des Imperialismus, sich auf wissenschaftlicher Ebene mit diesem Typen auseinanderzusetzen bringt nichts, festigt nur seine Position als Pseudowissenschaftler, reduziert so jede Auseinandersetzung auf einen 'akademischen Konflikt' und verschleierte seine Funktion als Gehilfe imperialistischer Herrschaftsabsicherung im Betrieb Universität und darüber hinaus.

Sie werden gegen das, was sich hier in den letzten Jahren an Kampf und revolutionärer Perspektive entwickelt hat, nicht durchkommen.

Aus unserem internationalistischen Verständnis, unserem Kampf um kollektive Strukturen, für ein selbstbestimmtes Leben hier werden wir Ihre Projekte und Strategien angreifen. Immer mehr Menschen stellen sich in praktischen Schritten in diesen Kampf.

DEN WIDERSTAND ORGANISIEREN

DEN IWF-KONGRESS VERHINDERN

DIE ZUSAMMENLEGUNG DURCHZETZEN

Wir grüßen die Genossinnen von Action Directe, die mit einem Hungerstreik seit 71 Tagen in den französischen NATO-Knästen für ihre Zusammenlegung kämpfen. Wir grüßen auch die Genossinnen, die mit ihren Aktionen für die Zusammenlegung der Genossinnen von Action Directe in Hamburg, Frankfurt und Brüssel die Perspektive von Zusammenkämpfen sichtbar gemacht haben.

DIE FRONT ENTSTEHT ALS KÄMPFENDE BEWEGUNG

KRIMINALISIERUNGS- RUND BRIEF

Der Kriminalisierungsrundbrief stellt Infos, Zeitungsberichte, Interviews, Presseerklärungen, Flugblätter etc. zusammen zu den Themen: Kriminalisierung von Bewegungen (nicht nur Anti-AKW), politische Gefangene, Strategiediskussion im Wieder-

stand etc.

Der Kriminalisierungsrundbrief wird vom Umweltzentrum Kassel herausgebracht und erscheint monatlich bis zweimonatlich.
Einzelpreis: 5 DM

Bestellungen an:
Umweltzentrum Kassel
Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel.

10. märz 1988

Das ganze Jahr -INTERNATIONALER FRAUENTAG

Für uns ist der Internationale Frauentag mit Ablauf des 8. März nicht zu Ende im Grunde genommen sollte er 365 Tage im Jahr andauern.

Was uns nervt, sind die alltäglichen Frauenunterdrückungsmechanismen, von denen alle bekannt sind, die aber größtenteils einfach so - hingenommen werden. Wir wissen z.B., daß sich seit einiger Zeit viele thailändische Frauen ihr Einkommen über Prostitution in der BRD und West-Berlin verdienen müssen. Zum größten Teil gelangen sie über Frauenhändler hierher, indem sie mit falschen Versprechungen - z.B. als Haushaltshilfe hier arbeiten zu können - hierhergelockt werden. Sie müssen sich haushoch verschulden, um die Schleppergebühren, das über- teuerte Flugticket und die Ausgaben für ein Visum, bezahlen zu können. Doch kaum sind sie hier angekommen, werden sie in Bordells und Sexbars verfrachtet, in denen sie zum Teil 24 Stunden lang eingesperrt sind. Wenn dann in solchen Establishments Razzien gemacht werden, kommen die Thaifrauen in Abschiebehaft und den Besitzern passiert fast überhaupt nichts. Was für die Frauen, die sich hoch verschulden mußten, zur Folge hat, daß sie sich meistens unter noch misereren Bedingungen herablassen müssen, Männer für wenig Geld zu "befriedigen".

Geschmack auf thailändische Frauen haben deutsche, sexgelle Männer durch die jährlich stattfindenden Bums-Bomber-Reisen von Firmen wie TOURAPA (TUI-Reisen) und NUR (Neckermann-Reisen) gekriegt. Die Werbung für Prostitution ist in den Angebotskatalogen zwar verhüllt, aber dennoch eindeutig. Angebote auf den sog. "Liebesinseln" Phuket und Pattaya gibt es reichlich. Beide Orte sind für ihre weitreichenden "sexuellen Angebote" international bekannt. Von 90 000 deutschen Touristen sind 80-90 % Männer, 95 % nach Pattaya-Reisende sind Rammler.

Über die Hintergründe schrieb 1985 schon der "Spiegel" folgendes:

"Daß nach den Rohstoffen und den billigen Arbeitskräften der Entwicklungsländer jetzt auch sexueller Lohndienst von Frauen den Wirtschaftsgewinn in hochentwickelten Ländern mehrt, entspricht dem übergreifenden Muster der Beziehungen zwischen Industrienationen und der Dritten Welt.

Soziale und wirtschaftliche Umstände erklären das Geschäft mit dem Rohstoff Frau zugleich aus den Lieferländern selbst. Beispiel Thailand:

Das sexuelle Dienstleistungsgewerbe, Prostitution in vielerlei Spielarten, beschäftigt in diesem Land mindestens 500 000 Frauen, Mädchen und Kinder (1987/88 schon 1 Mio, d.A.), jede zehnte weibliche Thai im Alter zwischen 14 und 24.

Liebe für Geld findet der Fremde in Bangkok in prächtig-teuren Massage salons mit der Fassade von Büropalästen, im Schmierlig finsternen Badehäusern, in Discotheken mit zuckenden Nichterspielen nach neuester Rockmusik oder in nüchternen Coffee-Shops, die Bordelle tarnen. Prostitution ist in Thailand seit 1960 gesetzlich verboten."

Und daran hat sich bis zum heutigen Tag nichts geändert. Angefangen hat der ganze Sextourismus mit dem Vietnamkrieg, wo jährlich die GI's ca. 700 000 Mann stark für ihren heldenhaften Einsatz gegen den Kommunismus in sog. "rest & recreation - centers" mit Sexdiensten thailändischer Frauen belohnt wurden.

Ausgestattet mit einem Riecher für's Geschäft mit solch "Paradiesischen" Zuständen für Männer, schlugen deutsche Reiseunternehmer zu und organisierten diese Phallusreisen. Ein sehr einträgliches Geschäft - so waren bei NUR im letzten Jahr z.B. 25 Mio. Gewinn hängengeblieben. Die NUR Touristik GmbH gehört übrigens zur 100 % Karstadt.

Wenn wir Brandsätze legen in Sexshops, in Kaufhäusern wie ADLER oder wie jetzt in ein Kaufhaus von Neckermann, wo NUR untergebracht ist, dann wissen wir, daß diese Aktionen Symbolcharakter haben. Symbolcharakter deshalb, weil wir mit solchen Aktionen alleine nicht verhindern können, daß an der Frauenausbeutung verdient wird, daß solche Zuhältereien wie diese Reiseunternehmen, an derart Vermittlungsgeschäften ihr Geld verdienen.

Die thailändischen Frauen können sich nicht aussuchen, ob sie sich prostituieren wollen oder nicht oder unter welchen Bedingungen sie dazu bereit wären. Auch wenn einige Frauen meinen, unsere Aktionen seien gegen die Arbeitsplätze der Prostituierten gerichtet, so können wir nur sagen, daß die z.T. "Privilegierten" Arbeitsplätze deutscher Prostituierten nicht den unter körperlicher wie ökonomischer Gewalt erzwungenen Arbeitsplätze thailändischer Frauen vergleichbar sind. Zudem kann die "Arbeitsplätze"-Argumentation nicht für alles hinhalten. Gabe es keine Menschen, die die Produktionen für Rüstungsgüter oder AKW's machen würden, dann könnten die Herrschenden das höchstens noch mit Industrierobotern versuchen, aber die müßten ja auch hergestellt werden.

Damit kann jede Kritik an der Art und Weise der Prostitution mit dem Arbeitsplatzargument weggedrückt werden. Unser Ziel ist eine "freie" Sexualität in einer von Zwängen und Unterdrückung befreiten Gesellschaft und in dieser Vorstellung hat für uns Prostitution keinen Platz.

Dennoch sehen wir, daß die Prostitution für viele Frauen z.B. in Thailand anscheinend die einzige Form ist, zu "überleben" bzw. für ihre Familien zu sorgen. Die Tourismusbranche ist in Thailand die Haupteinkommensquelle und somit auch die Prostitution. Dahinter liegen knallharte Kapitalinteressen. Uns ist es natürlich bewußt, daß von daher die Bums-Bomber-Reisegesellschaften freiwillig nie ihre Reisen einstellen oder gar ihre Gewinne direkt an die Frauen in Thailand abführen würden.

Dennoch: es ist ganz einfach, in Geschäften und Kaufhäusern, die keine Wohnhäuser sind, kleine Brandsätze zu deponieren. Es gibt derer viele in der BRD und West-Berlin. Das erste war Neckermann, inklusiv NUR-Reisen, im Forum Segnitz, dem wir einen brenzligen und rauchigen Besuch abstatteten.

die AMAZONEN

ES LEBE DER INTERNATIONALE REVOLUTIONÄRE FRAUEN-KAMPF !

Die Frauenbewegung hat durch Informationen und Aktionen deutlich gemacht, daß die Bio- und Gentechnologie pures Herrschaftsmittel ist.

Sie ist:

- verschärfter sexistischer Angriff auf Frauen (Bevölkerungspolitik)
- rassistische Selektion für imperialistische ökonomische Ver-nutzung
- biologisch organisierte gigantische Vernichtung von Menschen, Pflanzen und Tieren ("Grüne Revolution") im Dienste des Profits
- ungeheure Profite fürs Kapital, Insbesondere im Bereich von Pharma- und Lebensmittelindustrie

Das gewaltige Engagement der Öl- und Chemie-Multis (Hoechst, BASF, BAYER, Schering, Sandoz, Ciba Geigy) für Forschung und Entwicklung der Bio- und Gentechnologie ist logisch, da diese Technologie zusammen mit der Mikroelektronik das profitabelste Zukunftsprojekt für's internationale Kapital ist. Bezeichnend ist, daß die vier hier existierenden Gen-Zentren wesentlich von den BRD-Konzernen mitfinanziert werden und die dortigen Forschungsvorhaben unter der Voraussetzung stattfinden, daß sie transnational sind und eine Beteiligung der Industrie ermöglichen.

Durch die staatlich finanzierte Grundlagenforschung mit dem Schwerpunkt "Anwendungsorientierung" hat die BRD mittlerweile ihren Rückstand in der Technologie gegenüber USA und Japan aufgeholt und ist nun führend in Europa. Geforscht wird, außer an den vier Gen-Zentren, in fünf Großforschungsanlagen (Gesellschaft für biotechnologische Forschung mbH Braunschweig (GBF), Kernforschungsanlagen Jülich und Karlsruhe, Krebsforschungszentrum Heidelberg, Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung) an 10 Max-Planck-Instituten und an 34 Universitäten.

Gezielte vom BMFT (Bundesministerium für Forschung und Technik) und den Ländern finanzierte Programme ("Förderung technologisch orientierter Unternehmensgründung TOU-Modell-versuch Biotechnologie/Technologieparks") sollen den Konzernen auf die Sprünge helfen und die Industrielle Verwertung der Technologie vorantreiben.

Die Bio- und Gentechnologie spielt auch in der imperialistischen Formierung und Vereinheitlichung Westeuropas eine bedeutende Rolle:

- Schwerpunkt im EUREKA-Programm, neben Informationstechnik und Weltraumforschung
- Forschungsprogramm der EG von 1985-'89
- Finanzierung des Europäischen Laboratoriums für Molekular-Biologie (EMBL) in Heidelberg, bei der die BRD den größten Anteil hat

Die staatliche Erstellung von Sicherheitsbestimmungen oder die Einrichtung einer Gentechnik-Enquetekommission haben nur Legitimationscharakter und tragen letztendlich dazu bei, die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Technologie zu erreichen. So wird aktuell auf Regierungsebene die Ausdehnung des Patentgesetzes "diskutiert", wonach demnächst, insbesondere von der Chemie-Industrie gefordert, gentechnisch manipulierte Pflanzen und Tiere in den Besitz der Konzerne gehen werden, und für deren industrielle Vermarktung freigegeben sind.

Einen Eindruck von der zynischen, mensch- und naturverachtenden Arbeit der Genforscher vermittelt das jüngst bekannt gewordene Beispiel aus Argentinien, wo ein in den USA gentechnisch hergestellter Virus an Kühen ausprobiert wurde, unter gezielter Einbeziehung von Menschen in das Experiment (TAZ vom 1.2.1988).

Da wo die Forschung ihr sauberes Image in der Metropole angekratzt bekommen könnte, bieten sich in der Logik einer imperialistischen Vernichtungstechnologie die Trikontländer als Experimentiergebiete an!

Nach der Devise, staatliche Forschungsmittel als erfolgversprechendstes Instrument zur Förderung der "zukunftssträchtigen" High-tech-Industrien wird zur Zeit Braunschweig als nationales Zentrum für biotechnische Großforschung ausgebaut. Das BMFT investiert dort mehr als 1/3 seines Gesamtetats für den Zeitraum '84-'89 (325 Mill. DM). Als Herzstück der biotechnologischen Forschungseinrichtungen gilt die GBF (Ziel einer Rote-Zora-Aktion im Herbst '86), die u.a. kräftig an der Enschlüsselung und Isolierung von Erbinformationen und deren Neu-einpflanzung in fremde Organismen arbeitet und deren Forschungsergebnisse der Industrie über Lizenzvergabe zur Verfügung stehen.

Das für ca. 50 Mill. DM gerade fertiggestellte Bio-Zentrum, eine Einrichtung der TU für den neuen Studiengang Biotechnologie prangt jetzt da, wo vorher u.a. ein Haus stand, in dem studentische Fachschaften ihre Räume hatten. Aus Protest gegen den Abriss und gegen die Einrichtung der biotechnologischen Institute und der Installation der dort angestrebten Forschungen der Genetik, Genmanipulation und biotechnologischer Verfahrenstechniken, besetzten die StudentInnen im September 1985 dieses Haus und informierten die Öffentlichkeit darüber.

Das Bio-Zentrum ist ein wesentlicher "Baustein" für den Forschungsverbund Biotechnologie, in dem die enge Zusammenarbeit von TU, GBF, Biologische Bundesanstalt und der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft manifestiert ist. "Die im Bio-Zentrum unterzubringenden Institute repräsentieren in Forschung und Lehre zentrale biowissenschaftliche Grunddisziplinen der Bio-Technologie. Im Verbundbereich steht Laborfläche für Kooperationspartner aus der Industrie sowie auswärtigen und ansässigen Forschungsinstituten zur Durchführung gemeinsamer Forschungsprojekte zur Verfügung", so die TU-offizielle Vorstellung des Projekts auf der Biotechnica 1985.

Ausdruck dieser Zielsetzung ist die Tatsache, daß die Wissenschaftler der GBF in den Uni-Lehrkörper integriert sind. "Das ist ein Modell, das in dieser Kompaktheit wohl noch an keinem anderen Ort existiert und für die Zukunft sehr interessant

sein wird", meint der Leiter der GBF Klein.

Gegen die "Zukunfts"absichten der Imperialisten mit dieser Technologie organisieren Frauen einen entschiedenen radikalen Widerstand auf allen Ebenen:

- der öffentlichen Information, der Anprangerung von Grundlagenforschung, Institutionen und Personen, die an der Bio- und Gentechnologie beteiligt sind.
- sowie der militanten Sabotage und Verhinderung dieser Technologie, die sich als notwendige und wertvolle Bestandteile unserer Politik gegenseitig ergänzen und bereichern.

Gegen die Verwertung von Frauenarbeit und Frauenkörper hat weltweit der Frauenwiderstand zugenommen:

In Südafrika, El Salvador, Südkorea, Palästina.....wird der revolutionäre Kampf wesentlich von Frauen getragen. Der revolutionäre Kampf ist Realität und eine Gefahr für die Herrschenden. Hier versuchen Frauen, nicht nur im Bereich der Gentechnologie, sondern auch gegen Frauenhandel/Gewalt gegen Frauen und imperialistische Auspressung von Frauenarbeit, ihre Erkenntnisse in einer feministischen, internationalistischen revolutionären Praxis zu verwirklichen.

Wir haben schon öfter betont, daß wir unseren Kampf als praktischen Internationalismus begreifen.

Trotz Repression und Verfolgung, wodurch die HERRschenden mit allen Mitteln versuchen, den Frauenwiderstand zu verhindern -

ES GIBT FÜR UNS NICHTS ZURÜCKZUNEHMEN !

Es gibt für uns nur die Entscheidung für ein befreites Leben, d.h. Widerstand gegen die patriarchale imperialistische Herrschaft.

Deshalb haben wir am 27. Februar 1988 vor der bevorstehenden Einweihung des Bio-Zentrums dort eine Bombe gelegt!

Ich bin eine Frau

und wenn ich auch hier und heute eine Frau bin, die behütet und wüstenlos in einer Metropole aufgewachsen ist, die nicht die Qual des Hungers, aber die des Konsums, und nicht die Qual der Schwerarbeit, aber die der Entfremdung der Wissenschaften, und nicht die Qual der Mutter, aber die der heimlichen Lesbe, nicht den offenen, aber den subtilen Terror, am eigenen Leib erfahren hat, die keinen Platz hat in den Vorstellungen dieser Gesellschaften, bin ich eine Frau, die sich verbunden fühlt, mit ArbeiterInnen, mit BäuerInnen, den unterdrückten Schwestern der ganzen Welt, mit denen, auf deren Kosten sich die Metropole nährt und erhält, vor allem aber mit denen, mit denen mich der gemeinsame Wille zum Kämpfen eintr.

GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN, PATRIARCHALEN NORMALZUSTAND !

ES LEBE DER INTERNATIONALE REVOLUTIONÄRE FRAUENKAMPF !

Rote Zora

ERKLÄRUNG

"das Gefängnis ist nur dort sicher, wo die/der Gefangene das genaue Ebenbild dieses Gefängnisses ist und es ist dort völlig unsicher, offen und ohne Mauern, wo sie/er es nicht ist."

dieses Jahr soll der zweite Bauabschnitt des Knastes weiterstadt fertiggestellt werden. das bedeutet, dass dieses Jahr die ersten Gefangenen in weiterstadt eingeknastet werden. im frauenknast plötzensee und in weiterstadt fließen die gesamten erfahrungen und forschungsergebnisse aus behandlungsvollzug und isolations-folter zusammen: ergebnis ist ein perfekt durchgeplanter und gestalteter vernichtungsbau.

darin entlarven sich die ziele des "modernen strafvollzugs": auslese derjenigen, die noch verwertbar sind und deren integration. vernichtung derjenigen, die sich nicht integrieren lassen und sich gegen verwertung zur wehr setzen.

der wohngruppenvollzug in dieser architektonisch und inhaltlich perfektionierten form wurde das erste mal in der brd im frauenknast plötzensee (berlin 1985), in dem viele bun-gefangene sitzen, erprobt. dies hat folgenden grund: patriarchale zurichtung zwingt frauen dazu, aggressionen eher gegen sich selbst zu richten und soll die entwicklung einer eigenen identität verhindern. dort wo im rahmen dieser zurichtung grenzen überschritten werden (z.b. eigentumsverhältnisse angetastet werden), setzt der behandlungsvollzug ein und macht sich dabei genau diese patriarchale zurichtung zunutze:

- dabei bedienen die herrschenden sich der folgenden methoden:
- zerstörung aller emotionalen und sozialen bindungen
 - der "gruppe" wird das gefühl vermittelt, von ihrer sozialen (un)ordnung aufgegeben und restlos isoliert zu sein
 - ausgefeiltes belohnungs- und bestrafungssystem
 - einsatz von gruppenstrafen
 - zerstörung kollektiver strukturen und förderung konkurrenten verhaltens
 - bestrafung derer, die nicht mit anstaltsleitung, psychologen, sozialarbeitern und schließern kooperieren
 - einsatz von spitze...

isolations-haft ist eine form der folter mit schweren psychischen und physischen folgen bis hin zum tod. mittels dem völligen entzug von wahrnehmung und der verhinderung von lebensäusserungen durch sterile räume und geradlinige formen, künstliche und lebensfeindliche bedingungen (permanentes neon-licht,

kein blick nach draussen, trennscheibe) und der totalen entfremdung (keine berührungen, kein kontakt zu anderen) wird versucht, sich des kopfes der menschen zu bemächtigen und ihren körper zu zerstören. darüber sollen die herzen verhungern und der mensch zum verrät, zum abschwören, letztendlich zur aufgabe seines selbst gezwungen werden. "sie" wollen den menschen als ein willenloses werkzeug für ihre zerstörerische politik.

die gefangenen aus raf, 2. juni und widerstand haben die vernichtenden bedingungen von isolations-folter als erste aufgezeigt. ihr kampf dagegen bedeutet, dass selbst diese perfekten methoden den widerstand nicht verhindern können.

voraussetzung für diesen "modernen strafvollzug" ist eine architektonisch genaue "gestaltung". in weiterstadt sieht es so aus, dass die architekten aus jedem zellentrakt ein autonomes gefängnis gemacht haben mit einem eigenen hof von 30 x 35 m und auf einen zentralhof verzichtet haben. damit erreichen sie die völlige isolierung der einzelnen gruppen untereinander. um der behandlungsvollzug wirkungsvoll anwenden zu können, brauchen sie möglichkeiten der differenzierung; d.h. möglichst viele getrennte bereiche in denen sie je nach bedarf die gefangenen unterschiedlich "therapieren" können. die zwei frauentrakte sind nochmals mit einem stahlgitterzaun umgeben und haben noch einen extra wachtturm. es reicht ihnen nicht, dass der ganze knast unter der höchsten sicherheitsstufe steht, für die perfekte isolation bauen sie noch einen knast im knast. die verschiedenen trakte sind durch kameraüberwachte plexiglassgänge im 3. stock miteinander verbunden. das interesse dabei ist, gruppen ohne sicherheitsrisiko (totale abschottung von den anderen, wenig aufwand, keine bodenberührung) von einem gebäude ins andere "verschieben" zu können. zur verhinderung jeglicher kommunikation unter den gefangenen gibt es keine sich gegenüberliegenden zellenfenster, pendeln zu den nebenzellen ist nicht möglich.

die architekten spielen somit in der gesamten planung eine entscheidende rolle. sie arbeiten - immer sachlich und objektiv - an den voraussetzungen zur vernichtung durch isolation und geirnwäsche durch behandlungsvollzug.

das planungskonzept des knastes weiterstadt stammt von dem architekturbüro "forum" in darmstadt. dort arbeiten dr. schaedel, von wehrden, köhn, dirkes. im gegensatz zu dem von ihnen geplanten vernichtungsbau wohnen sie selbst in schönen hellen häusern in der goethestraße 2/a/b in darmstadt. dort befindet sich auch ihr büro.

mit unserer aktion wollen wir sie aus der anonymität holen und sie bei ihrem schmutzigen geschäft stören. da sie ihr büro in einem wohnhaus verstecken, bleibt die wahl unserer mittel beschränkt.

obwohl wir es angemessen fanden, ihnen etwas feuer unterm arsch zu machen, haben wir aufgrund der bedingungen nur die geballte ladung eines feuerlöschers in ihren büroräumen verteilt, immerhin 12 kg.

um nicht die zu vergessen, die ebenso ihren teil dazu beitragen, dass hier der repressionsapparat form annimmt, seien erwähnt: die gartenbaufirma rode in weiterstadt, die sich mit der mauerbegrünung, dem sportplatz und den bäumen auf dem wall rund um die mauer dumm und dämlich verdient hat; die beteiligten baufirmen, ohne die nichts geht: bilfinger und berger, strabag; gabriel dressler.

knast ist für uns nicht die oberste stufe der repression, sondern bestandteil der zurichtung des menschen für patriarchal-kapitalistische interessen. d.h., wir begreifen knast als einen ort, an dem - trotz härtester bedingungen - der anti-patriarchale, anti-imperialistische kampf geführt werden muss. die vielfältigen widerstandsaktionen drinnen und draussen haben uns mut gemacht, auch unter den bedingungen verschärfter repression den kampf zu organisieren.

"der hunger nach einem anderen leben, die sehnsucht, die herrschaft des menschen über den menschen endgültig zu beenden, schafft die solidarität, wird ihr gebäude der macht zum einsturz bringen."

WIR GRÜSSEN ALLE GEFANGENEN, DIE SICH GEGEN DAS VERNICHTUNGSINTERESSE DES STAATES ZUR WEHR SETZEN !!!

FREIE KOMMUNIKATION, OFFENE TÜREN FÜR ALLE GEFANGENEN !!!

GEGEN ZWANGSARBEIT !!!

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE !!!
13.3.88

SOLIDARITÄT MIT DEM VOLKSAUFSTAND IN PALÄSTINA

Stützung des zionistischen Regimes durch westdeutsche Institutionen

Der Deutsche Gewerkschaftsbund arbeitet eng mit der sogenannten HISTADRUTH zusammen. Es handelt sich dabei um eine eindeutig rassistische Organisation, die gegen die Interessen der nicht jüdischen Arbeiter gerichtet ist. Außerdem haben die dem DGB angegliederten Unternehmen NEUE HEIMAT und BANK FÜR GEMEINWIRTSCHAFT in der Vergangenheit massiv zionistische Siedlungsprojekte gefördert. Der DGB fördert darüber hinaus den Einsatz von Jugendlichen aus der BRD in israelischen Kibbuzim. In den Kibbuzim lebt die Elite der israelischen Armee; durch die Arbeitseinsätze werden Reservisten für die Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung freigesetzt.

Der Landkreis Hannover pflegt seit Jahren eine Partnerschaft mit der Region "Hannover/Lila". Es handelt sich dabei um ein Gebiet, wo anstelle der zerstörten palästinensischen Dörfer heute 16 zionistische Siedlungen entstanden sind. Es gibt dort nur noch ein palästinensisches Dorf, dessen Bewohner sich gegen die Vertreibungsversuche behaupten konnten. Der Landkreis fördert innerhalb dieses Siedlerkomplexes ein Tourismusprojekt. Abgeordnete des Kreistages machen regelmäßig Urlaub bei den zionistischen Siedlern.

Wir lassen es uns nicht länger gefallen, täglich an den widerlichen Pornoverkaufsschuppen vorbeizuziehen, unsere Wut gegen diesen Ausdruck menschenverachtender, rassistischer und faschistoider Frauenunterdrückung in unseren Köpfen und Bäumen einzusperren oder sie höchstens noch verbal zu äußern. Die Pornoindustrie hat in den letzten Jahren steigende Umsatzzahlen: 1986 wurden in der BRD über 1,1 Milliarden Mark umgesetzt. Allein der Beate-Uhse-Konzern kam mit seinen 30 Sexshops und 25 Sexkinos auf einen Jahresumsatz von über 100 Millionen Mark.

Softpornos weichen den Hardcorepornos, in denen Frauen vergewaltigt, von Tieren malträtirt, gefoltert und zerstückelt werden. Jeder dritte ausgeliehene Video ist ein Prono, den Bergen von Gummischwänzen und anderen perversen Plastik-kreationen sind kaum noch Grenzen gesetzt. Pornographie ist zur gesellschaftlichen Notwendigkeit geworden, um Aggressivität zu kanalisieren - gegen alle Frauen. Sexistische Werbung ist Normalität im Alltag. Die »neue erfolgreiche Aufsteigerfrau« soll es den Männern im Beruf gleich oder besser machen, ausgerüstet mit Stöckelschuhen, bemaltem Gesicht und immerfrischem Lächeln - öffentlich und ganz privat das benutzbare Lustobjekt.

Zur Anti-Pornographie-Kampagne:

Wir wollen uns nicht hinstellen und sagen: Da wir Frauen »Opfer« sind, müssen wir uns mit dem kleineren Übel zufrieden geben, um uns gegen die sexuelle Ausbeutung wehren zu können. Das kleinere Übel wäre in dem Fall, sich der Forderung nach Gesetzesverschärfung bezüglich der Pornographie anzuschließen. Zwar soll laut 'Emma' diese Forderung nur ein Schmiermittel sein, um die Anti-Porno-Kampagne ins Gespräch zu bringen, aber wir halten dies für falsch. Mit solch einem Vorstoß wird die Illusion genährt, das PolitikerInnen, wobei der Hauptteil aus Männern besteht, eine für uns emanzipierte Frauenakzeptable Lösung in Form von Paragraphen durchsetzen würden. Ein solch gesellschaftlicher Wandel ist zum einen nicht von oben durchführbar, zum anderen gehören in der ausführenden Ebene Funktionsträger dazu, die willens sind, gegen ihre Interessen zu handeln, sie müßten ihre Privilegien aufgeben, schließlich sind die meisten von ihnen selbst Konsumenten pornographischer Produkte. Die Bullen und die Klassenjustiz haben bestimmt kaum etwas dagegen, daß wir Frauen nural lusterne Sexualobjekte gesehen, dargestellt und dementsprechend behandelt werden. Es gibt für uns nur eine Möglichkeit, aus dieser sogenannten »Opferrolle« auszubrechen, indem wir zu »Täterinnen« werden. Brennt alle Sexshops, Sexbars, Peepshows nieder, vernichtet alle Pornoplakate am Arbeitsplatz, entmannt Vergewaltiger, besucht alle Institutionen und Medien, die mit uns Frauen als Sexualobjekte Werbung machen, die mit uns Geld verdienen und vermiest ihnen das Geschäft und vor allem die Lust, dies weiter zu betreiben. Wir haben die praktische Seite der Anti-Porno-Kampagne aus den siebzigern wieder aufgegriffen und sie weitergeführt: Heute brannten das 1. Sex-Kaufhaus in Berlin, Postdamer Straße 129 und der Beate-Uhse-Shop am Breitscheidplatz und morgen...

die Amazonen

Deutsch-französische Übung gegen „Terror“

Eine viertägige gemeinsame Übung führten Angehörige des Spezialeinsatzkommandos (SEK) der baden-württembergischen Polizei in Göppingen und eine zehnköpfige Truppe der französischen RAID - nach dem Vorbild der westdeutschen GSG-9 aufgebaut - durch. Diese Aufstands-bekämpfungs-Übung ist ein Ergebnis der zwischen der Bundesregierung und der französischen Regierung vereinbarten Polizeizusammenarbeit. Die Übung findet zur gleichen Zeit statt, da in Frankreich vier Gefangene aus der Action Directe einen Hungerstreik gegen die nach BRD-Vorbild eingerichtete Isolationshaft durchführen. Der baden-württembergische Innenminister Schlee kündigte an, daß die gemeinsame deutsch-französische Polizeitätigkeit verstärkt fortgeführt werden soll: Noch in diesem Jahr ist eine gemeinsame Übung von SEK und RAID in Frankreich geplant. Schlee will für die Zukunft „grenzüberschreitende Übungen“ und führt als Begründung die von Generalbundesanwalt Rebmann und Bundesinnenminister Zimmermann in die Welt gesetzte Legende an, die Rote Armee Fraktion und die französische Action directe wüchsen zusammen.



"BESONDERE BEZIEHUNGEN" ZWISCHEN ISRAEL UND SÜDAFRIKA

Die militärische Zusammenarbeit zwischen Pretoria und Israel begann nach dem Jom-Kippur-Krieg 1973 und wurde 1976 nach einem geheimen besuch des damaligen israelischen Verteidigungsministers Peres in Pretoria und einem Besuch des ehemaligen südafrikanischen Staatspräsidenten Vorster im April 1976 in Israel ausgedehnt. Südafrika produzierte dann unter anderem in Lizenz die Schiff-Schiff-Rakete "Skorpion", die der israelischen "Gabriel" entspricht, die Maschinenpistole "Uzi", Sturmgewehre des Typs "Galil" und mit Lenkflugkörpern ausgerüstete Boote. Pretoria erhielt auch Haubitzen auf Selbstfahrlafetten, Panzerabwehr- und Luftabwehrraketen aus israelischer Produktion. Israel erhält hochwertigen südafrikanischen Stahl und Kohle.

Nach israelischen Berichten liefert Südafrika Uran an Israel. Vor einigen Jahren half Südafrika Israel auch finanziell bei der Entwicklung eines neuen Kriegsschiffes. Einige Schiffe dieser "Reshef"-Klasse wurden vor 1984 an Südafrika ausgeliefert.

Eine im Frühjahr 1987 in der israelischen Zeitung "Davar" veröffentlichte israelische Studie hob aber hervor, daß Israel die bestehende militärische Zusammenarbeit mit Pretoria nicht vor 1991 beenden könne: andernfalls seien 500 Millionen Dollar Investitionen verloren und mehrere hundert Millionen Dollar Schadenersatz zu zahlen. "Davar" ist die Zeitung der israelischen Arbeiterpartei, die den mächtigsten israelischen Gewerkschaftsbund Histadrut kontrolliert. Die Histadrut aber gehört zu den größten Kritikern der israelischen Zusammenarbeit mit Südafrika.

Tel Aviv brachte auch zum Ausdruck, daß man angesichts der 136 000 in Südafrika lebenden Juden die Beziehungen nicht völlig abbrechen könne.

Südafrika profitiert unter anderem von der Erfahrungen der israelischen Armee im Kampf gegen Guerrilleros. Israelische Militärberater sollen nicht nur südafrikanischen Soldaten ihre im Kampf gegen die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) erworbenen Kenntnisse vermittelt haben, die dann gegen den in Südafrika verbotenen Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) genutzt werden können. Im November des vergangenen Jahres wurde auch bekannt, daß israelische Militärberater in Angola bei den südafrikanischen Truppen, die dort gegen die Südwestafrikanische Volksorganisation (Swapo) kämpfen, anwesend sind.

Das 1985 in Kraft getretene und 1995 auslaufende israelisch-amerikanische Freihandelsabkommen eröffnet südafrikanischen Produzenten einen Ausweg aus dem amerikanischen Handelsboykott, denn über südafrikanisch-israelische Gemeinschaftsunternehmen können Waren der Republik am Kap über Israel in die Vereinigten Staaten ausgeführt werden. So berichtete "Davar", daß ein von dem israelischen Kibbuz Hanita geführtes Unternehmen Werkzeuge in Südafrika kaufe, um diese dann nach Japan, Südkorea, in die Vereinigten Staaten und die Europäische Gemeinschaft weiterzuverkaufen.

Doch nicht nur mit Südafrika, auch mit den "unabhängigen" Homelands in Südafrika unterhält Israel militärische Beziehungen. 1984 berichtete die Johannesburger Zeitung "Rand Daily Mail", Tel Aviv habe sich verpflichtet, Bophuthatswana bei der Ausbildung der Luftwaffenpiloten zu assistieren: 35 Personen sollten in einem 18 Monate dauernden Kurs in Israel ausgebildet werden. Ähnliche Verpflichtungen habe Israel gegenüber der Ciskei übernommen.

(FAZ, 7.3.88)

SECHS MONATE NACH DER VERLEGUNG SECHS MONATE WIDERSTAND IM KAMPF

Am 24. Juli 1987 wurden 18 führende Militante der PCE(r) und GRAPO von der Guardia Civil entführt und von ihren Mitgefangenen Kameraden im Gefängnis in Soria und Carabanchel (Frauenknast) getrennt. 4 wurden in das unheimliche Gefängnis Ocaa-1 überführt, 4 weitere in das entfernte Almería, in das Isolierte und bunkerähnliche Daroca 3. Von den Frauen wurden 3 in das Gefängnis von Córdoba, 2 in die zündholzschachtelähnliche Frauenabteilung von Basauri und 2 weitere in das supermoderne Gefängnis (Betonklötzen gleichend) in Castellón.

Was bezweckt die PSOE-Regierung mit diesen Verlegungen? Sie palawert über zu starke Massierung der Gefangenen und von ihrer 'Klassifizierung', Argumente, die offensichtlich mit der Realität kollidierten.

Die Knastbehörden erkannten damals kleinlaut an, dass es eine Sache der Polizei sei, heute erkennen sie schon offen an, dass es "Staatsgründe" sind. Diese Gründe sind keine andere, als die Erpressung der wachsenden Widerstandsbewegung, die politischen Geiseln als Tauschmünzen zu verwenden und Pläne umzusetzen (x-mal scheiterte die UCD-Regierung mit ihren Plänen, Crespo Gallende ist uns noch gut in Erinnerung), die beabsichtigen, unsere Isolation und moralische und physische Vernichtung durchzusetzen. Ihr Ziel: uns zum "Bereuen" zu bringen, koste es was es wolle! So haben sie angefangen unsere erkämpften Rechte im Knast wieder abzubauen und versuchen mittels den Verlegungen uns von unseren Leuten zu isolieren, uns die Aktivitäten, die wir in den Gefängnissen entfalten, zu verunmöglichen: Studien und Untersuchungen, von denen wir verschiedene veröffentlichen konnten, Handarbeiten, die von unseren Verwandten und Freunden gekauft werden, reiche und fließende Beziehungen mit zahlreichen Personen im In- und Ausland, die sich nicht nur in den vielen Autobusreisen, die im ganzen Land organisiert werden, um uns zu besuchen, widerspiegeln, sondern auch und vor allem in der Vermittlung unserer Erfahrungen in der politischen Debatte, die wir entwickelt haben zwischen der Volksbewegung in unserem Land und der internationalen revolutionären Bewegung. Unser Beispiel für die Widerstandsbewegung tut ihnen weh und natürlich benötigen sie eine Aktion der GRAPO in Valencia als Vorwand und mittels einer monatelang vorangegangenen, vergiftenden Kampagne in der Presse und im Radio rund um die politischen Gefangenen und ihrer Rolle bei der "Vorbereitung und Führung bewaffneter Aktionen", bei "Reorganisierung der Kommandos" kommen sie und schlagen mit eiserner Faust in die Kommune Karl Marx und in die Kommune unserer Kameradinnen in Carabanchel.

Für die Verlegten bestanden die ersten Wochen aus ständigen Lampen und Kämpfen selbst für das Mindeste, wie die Verteilung ihrer Würde gegen die erniedrigenden Körperkontrollen, was ihnen Tage und Wochen in den Strafzellen einbrachte, je nach Gefängnis.

Den Genossen, die nach Alcalá-Meco verlegt wurden, kostete es zudem noch verschiedene Prügelorgien und einen Hungerstreik, um den Wächtern die Grenzen zu markieren. Dazu kamen noch die Einschränkungen bezüglich Raum, Kommunikation, Pakete, den minimalsten Möglichkeiten des Zusammenkommens usw.

Die Solidarität draußen setzte sofort ein und war sehr breit, trotz den Sommerferien: die Besuche im Knast vermehrten sich, die Anklagen/Denunzierungen auf der Straße und in den unabhängigen Medien waren sehr breit, die Solidaritätsbriefe und -telegramme überschwemmten die Gefangenen und es wurden zahlreiche Veranstaltungen in Anwohnervereinen, Quartieren, unter den kämpfenden galizischen Arbeitern etc. durchgeführt. Das internationale Echo liess auch nicht auf sich warten. Zu der Solidarität und Denunzierung in verschiedenen westeuropäischen und einigen amerikanischen Ländern, äußerte sich die Unterstützung für die spanischen politischen Gefangenen auch in öffentlichen Veranstaltungen und Demonstrationen, so z.B. in Zürich, Hamburg und anderen deutschen Städten oder in den USA, wo Puertorikaner und Chilenen Kampagnen organisierten.

Die Regierung und die Knastbehörden waren überrascht, sogar mit den Knästen in den abgelegenen Orten entstand die Solidarität in der benachbarten Bevölkerung. Unerhört! Die Presse und der Zivilgouverneur von Almería beunruhigten sich und letzterer ging soweit, Kontrollen der Guardia Civil zwischen Almería und dem Gefängnis zu veranlassen, um die Besuche an die politischen Gefangenen zu verhindern und zu erschweren. In Córdoba ergab sich eine ähnliche Situation und so auch in praktisch allen Gefängnissen wo die Verlegten waren.

Der erste Schlag wurde aufgefangen, in allen Gefängnissen wurden nach und nach kleine Siege erkämpft, die es mehr oder weniger erlaubten ein kollektives Leben und kollektive Arbeit zu realisieren. Die Regierung zeigte sich sehr geschwächt, die Krise, die sie durchlebt, die gespannte Situation im Lande, die Zuspitzung der Arbeiter- und Volkskämpfe erlauben ihr nicht, Kapital aus den eingenommenen repressiven Maßnahmen zu schlagen.

Aber die Situation der Verlegungen war im Wesen immer noch sehr schlimm, auch wenn kleine Verbesserungen durchgesetzt werden konnten. Diese verloren ihren ganzen Wert bei den Bedingungen, die in diesen Gefängnissen vorherrschen, die sie annullierten oder sich noch schlimmer zuspitzten. Die Regierung liess sich Zeit, bevor sie sich entschloss neue repressive Maßnahmen durchzusetzen - einige schon angedeutet wie die Postzensur - sie wertete die Reichweite der eigentlichen Verlegungen aus. Gleichzeitig lancierte sie eine intensive vergiftende Kampagne gegen die "Privilegien" der politischen Gefangenen in allen Medien und benützte dafür die übelsten Journalisten und die repressivsten Wärter, von denen es nicht wenige gibt. Auf diese Weise wurde in der sogenannten "öffentlichen Meinung" eine positive Einstellung gebildet, um neue, drastische repressive Maßnahmen in den Gefängnissen vorzunehmen. Daneben wurde das Bild von den Gefangenen im 'Verhandlungsprozeß' und ihrer 'Wiedereingliederung' verbreitet, die Realität in den Gefängnissen und die mehrheitliche Einstellung der Gefangenen sieht aber ganz anders aus.

In jenen Tagen organisierten wir im Gefängnis in Soria einen Hungerstreik als Protest gegen die verbrecherische medizinische

Nichtbetreuung unseres Genossen Enrique Alvarez Abalde im Gefängnisspital. Die Denunzierungen und die Solidarität waren sehr breit angesichts dessen, dass Enrique bis zum jetzigen Zeitpunkt der zweite Kamerad ist, der eine Lähmung unbekannten Ursprungs erlitt.

Die Verlegten ihrerseits begannen die Möglichkeit abzuwägen, ihre Stimme für Kämpfe und Proteste zu verstärken. Sie mußten einen Ausweg finden, nicht nur wegen den grausamen Bedingungen, in denen sie gehalten wurden, sondern auch wegen der offensichtlichen Gefahr, der sie ausgesetzt waren. Man mußte den geplanten Regierungsmaßnahmen zuvorkommen, um sie - mit Unterstützung der breiten Solidaritätsbewegung, die seit den Verlegungen nach wie vor aktiv ist - zu attackieren. Und zuletzt, um sie zu verhindern und so einen Beitrag für den Kampf für eine neue Zusammenlegung zu leisten.

Im Verlauf des Dezembers begannen in den verschiedenen Knästen Hungerstreiks um den schlechten Bedingungen (wie Besuchsprobleme, limitierter Raum, Unwohnbarkeit usw.) in diesen Knästen den Boden zu entziehen. Anders kann man es nicht erreichen. Zudem standen die in den vorigen Monaten erkämpften Rechte auf wackeligen Füßen, d.h. mit einer Tendenz zur Verschlechterung. Gefordert wurde auch die Zusammenlegung als einzige Lösung für alle Probleme und um wieder Lebensbedingungen wie vor dem 24. Juli zu erlangen.

Die Solidarität und die Unterstützungsmobilisierung waren wie noch nie davor: Denunzierungen, Straßenschlachten (saltos callejeros), Besetzungen wie diejenige der Verwandten im Roten Kreuz von Vigo, eine Demonstration vor der Generaldirektion der Knäste, Wandsprays, Transparente, Veranstaltungen und Vorträge im Arbeiterviertel und in Betriebsgruppen... Am 31. Dezember waren schon alle Hungerstreiks beendet, nachdem man im wesentlichen substantielle Verbesserungen erobert hatte, außer dem Hungerstreik von den Kameraden in Ocaa, der bis zum 4. Januar andauerte. 25 Tage Hungerstreik, der sie ins Knastspital brachte. Schließlich kommt zu den, in den einzelnen Knästen eroberten Verbesserungen die definitive Rückverlegung der Verlegten aus dem unheimlichen Ocaa-1. Heute sitzen drei von ihnen schon mit denen in Almería und der vierte mit denen in Daroca. Die Knastbehörde hat sich dazu verpflichtet, alle mittelfristig im gleichen Gefängnis unterzubringen und keine neue Verlegungen aus Soria vorzunehmen, weil sie anerkannt haben, daß sie eine permanente konfliktreiche Situation in vielen Knästen nicht (er)tragen können. Die Verlegungsstrategie hat in großen Teilen ausgespielt. Der Erfolg dieser Kämpfe ist offensichtlich. Weitere Worte erübrigen sich.

Die Solidaritätsbewegung ist der große Vorkämpfer gewesen, der erlaubt hat, daß wir in relativ kurzer Zeit siegreich aus dieser Konfrontation hervorgegangen sind. In anderen Zeiten hätte es ein größeres Opfer bez. unserer Gesundheit und Risiko für unser Leben bedeutet. Das ist die große Erfahrung, die wir aus diesen sechs Monaten Widerstand und Kampf mitgenommen haben: unser Kampf, der Kampf der politischen Gefangenen, wird von der gesamten Volkswiderstandsbewegung aufgenommen als ein weiterer Punkt in ihrem täglichen Kampf, sei es gegen die Restrukturierung oder für Kulturräume, gegen die Teuerung, gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die NATO und die Basen etc. Die Aktivitäten der AFAPP-ACPG-Bewegung, eine seit eh und je mit den politischen Gefangenen verbundene Organisation, sind von zahlreichen Volksorganismen übernommen und multipliziert worden. Die spezifische Pro-Amnestie-Bewegung ist nicht mehr Alleinvertreterin im Solidaritätskampf mit den politischen Gefangenen. Dieser wird von der gesamten Widerstandsbewegung in einer eigenen Praxis übernommen. Die Regierung wollte uns als Tauschmünze gegen die Bewegung benützen und hier hat sie die Resultate. Die Volksbewegung verteidigt uns bewußt und praktisch und stellt sich mit uns gegen die Repression. Eine Repression, die in den Gefängnissen ihren höchsten Ausdruck findet, die aber dieselbe ist, die Millionen von Arbeitern, Arbeitslosen und Jugendlichen täglich erleiden.

Wir wollen uns noch bedanken für die erhaltene Unterstützung: bei der gesamten solidarischen Bewegung, bei der AFAPP-ACPG, bei den Häuserbesetzer-Versammlungen und den freien Radiostationen zahlreicher Städte und Dörfer, bei den Hafenarbeitern aus Vigo, bei den Arbeitern der Sidegas in La Corua, bei den Arbeitern in La Naval de Sestao, bei der Frauenversammlung in Córdoba, bei der antirepressiven Versammlung in Almería, bei den Pro-Gefangenenkomitees in Valencia und Zaragoza und bei unseren Freunden von so vielen verschiedenen Orten. Wir wollen uns auch bedanken bei den widerstandstestenden Genossen in der Schweiz, BRD, Belgien, Frankreich..., und bei den chilenischen und puertorikanischen Genossen in den USA. Unsere Dankbarkeit kann sich nur mit unserer Verpflichtung weiterzumachen, Widerstand zu leisten und aus dem Knast raus weiterzukämpfen, konkretisieren.

Der Kampf geht weiter. Der Kampf um die Zusammenlegung geht vorwärts. Die gegenwärtigen Erfolge bedeuten einen wichtigen Schritt, aber der Kampf wird hart werden und sprengt den Rahmen der Knastproblematik. Es geht um ein politisches Kräftemessen zwischen dem Staat und der Widerstandsbewegung. Sie haben ihn auf dieses Terrain gebracht und wir sind überzeugt, daß wir sie auf diesem Terrain schlagen werden. Trotzdem können wir neue Schläge der in die Ecke gedrängten und erfolgshungrigen Bestie nicht ausschließen. Wir müssen auf der Hut und vorbereitet sein.

Vorwärts mit der Solidaritätsbewegung!
Für würdige Lebensbedingungen in den Knästen!
Für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen!
Wir sind nicht verkäuflich (keine Verhandlungsobjekte)!
Wir werden siegen!

Die politischen Gefangenen von Soria, 24.1.88

De Knipselkrant erscheint seit August 1978.

Themen: Antimperialistischer Kampf in Westeuropa, Antimilitarismus, Bullenapparat, Kampf der politischen Gefangenen, Counterinsurgency. Wir benutzen Erklärungen, Texte und werben weit über 150 Zeitungen aus ganz Europa aus. Unser Ziel ist die Verbreitung der gemeinsamen Diskussion. Informationen über Zusammenhänge, über die Vielzahl der einzelnen Kämpfe und Aktionen vermitteln die Stärke, die in der ganzen Bewegung steckt.

Als Kriterien sollten nicht die Formen des Kampfes oder der Radikalismus der Parolen dienen, sondern die politische Verwurzelung, die Position der Klasse, die reale militante Erfahrung bei den Massen, die Ernsthaftigkeit ihrer Überlegungen und der theoretischen Positionen. Kommunist zu sein ist kein Etikett, keine Proklamation und auch kein Seelenzustand. Natürlich will das auch sagen, daß es sich um eine bestimmte Form des Daseins, eine bestimmte Moral usw. handelt..., aber nicht nur das. Kommunist zu sein bedeutet ebenfalls zuallererst und im traditionellsten Sinne, will heißen, den Kommunismus zu wollen und dafür zu kämpfen. Und bis auf weiteres bedeutet, den Kommunismus zu wollen, etwas anderes als "Revolutionär sein", aber eine Revolution zu realisieren, im geläufigsten und eigentlichen Sinne des Ausdrucks, heißt, die Staatsmacht zu übernehmen (nicht ausschließlich natürlich, sondern auch und notwendigerweise). Marxist und Kommunist zu sein bedeutet also, unter anderen alltäglicheren und subjektiveren Dingen, die Staatsmacht zu übernehmen, für den Übergang die Diktatur des Proletariats einzuführen, den Kapitalismus zu vernichten.

Marxist zu sein bedeutet auch, sich auf die Klassenanalyse und auf Klassenpositionen zu stützen, das bestätigt sich theoretisch und in seiner Praxis, daß die Revolution nur durch eine revolutionäre Klasse ausgelöst werden kann, die die zuvor dominierende Klasse stürzt, um an ihrer Stelle ihre eigene Diktatur einzuführen, daß die Klasse, die die Revolution auslösen soll, das Proletariat mit seiner sozialen Avantgarde, welche die Arbeiterklasse und ihre politische Avantgarde die kommunistische Partei ist. Und selbstverständlich, außer man ist selbst ein petit-bourgeois oder Teil des Lumpenproletariats, wissen wir, daß das Proletariat kein Ideologisches, politisches, subjektives und kulturelles Konzept ist, sondern eine präzise wirtschaftliche und soziologische Realität, die durch die Produktionsverhältnisse sehr genau und nicht anders bestimmt wird. Diese Verwurzelung ist nötig und sei es auch nur zur Sicherstellung der Erneuerung der Teile der Guerilla, der quantitativen Entwicklung ihrer Anhängerschaft, der Bildung kommunistischer Kader. Die Guerilla wäre ebenfalls zu einem riskanten Überlebenskampf sowie zu einer politischen und ideologischen Sklerose verdammt, einem Überleben, daß außerdem dann einzig und allein von den Unwägbarkeiten der Repression abhängig würde.

International trachten die Bullen wütend danach, Zeitschriften und Zeitungen, die die Politik der Guerilla und des antimperialistischen Widerstands in Westeuropa transportieren, kaputt zu machen.

Diese Zeitungen haben eine wichtige Funktion, weil die Kommunikation über revolutionäre Politik in Westeuropa wichtig ist. Für die Entwicklung kommunistischer Perspektiven in den Metropolen ist eine revolutionäre antagonistische Praxis Mittel und Ziel, davor hat die Bourgeoisie Angst; über diese Praxis, über diese Analysen berichtet De Knipselkrant. Internationale Information und Diskussion ist notwendig, eine Voraussetzung, Theorie als Orientierung und Ansatz zum Handeln in einem dialektischen Prozeß mit der Praxis.

Schickt alles Material, das ihr für wichtig haltet - Erklärungen, Texte und anderes. Heutzutage ist es besser, wir bekommen Sachen doppelt als gar nicht.

Abonnement: 180 Gulden im Jahr inkl. Porto

Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen und wir schicken euch die Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist. Mit einer der letzten Nummern kriegt ihr dann eine Zahlungserinnerung.

Zahlungsweise: Bar oder mit internationaler Postanweisung auf unser Postscheckkonto (Postscheckamt Arnheim).

Buchläden: erhalten 30% Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Dieser Rabatt gilt für Bestellungen von mind. 5 Exemplaren.

De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland, Postscheckkonto 4246655 (Postscheckamt Arnheim).

ERKLÄRUNG VON FRÉDÉRIC ORLACH VOR DER 17. STRAFKAMMER VON PARIS AM 2. DEZEMBER 1987

er ist angeklagt weil er:

- der verantwortliche des delikts: verherrlichung von mord sein soll, für erklärungen die am 12. juni 1986 auf 'europe 1' gemacht wurden; und wegen
 - der begünstigung des delikts der verteidigungsschrift von mord, durch die bestätigung dieser selben erklärungen in 'nouvel observateur' am 3. oktober 1986.
- claud pedriel, direktor, und serge raffy, reporter vom nouvel observateur wurden als hauptverantwortliche angeklagt.

das urteil am 16. dezember 1987:

das gericht, indem es sich nur über die begünstigung des delikts der verteidigungsschrift von mord ausspricht, spricht 'nouvel observateur' frei - als hauptverantwortlicher -, und verurteilt frédéric orlach, als komplize, zu sechs monaten strengem gefängnis.

einführung:

das letzte mal, als das gericht mich vorgeladen hat, es war vor einer woche, habe ich mich freiwillig vorgestellt. heute befinde ich mich im gefängnis. die d.s.t. hat mich im rahmen einer krummen sache, die durch die französischen behörden vorbereitet wurde, festgenommen und sie haben es so gemacht, dass ich inhaftiert werden sollte. so, ich bemühe mich seit nun mehr fünfzehn jahren frei zu denken und ich weigere mich, die diktate anzunehmen die mir verbieten mich auszu-drücken, ich weigere mich meinen einsatz, meine solidarität, meine ideen zu leugnen. so lässt man mich das teuer bezahlen, sehr teuer.

acht jahre gefängnis, eine permanente belästigung, praktisch das verbot von jedem normalen sozialen leben. wenn irgendein kontext erscheint der terroristisch genannt wird, wenn irgendeine neue krumme politische und ökonomisch-diplomatische sache jemanden braucht, der als dienstterrorist dienen soll, dann sucht man mich und man steckt mich hinter gitter oder in presseschlagzellen.

1982 musste ich vier jahre gefängnis für meine schriftten ab-sitzen, einzlig und allein für meine schriftten, heute besteht die materielle basis dieser neuen inhaftierung aus dokumenten, die einerseits vollständig in den rahmen einer promotionsthesen und andererseits in die schreib- und berlegungsarbeit die die meine ist, hineinpassen, absolut öffentliche dokumente die nicht den kleinsten aspekt, der geeignet wäre für illegale zwecke verwendet zu werden, darstellen.

da dieser vorwand lächerlich ist wird eine neue politische krumme sache hinzugefügt: für taten die auf das jahr 1977 zurückgehen, mal 1977, vor über zehn jahren wurde ich zu einem jahr gefängnis auf bewährung verurteilt. dieses urteil wurde seitdem durch die politische amnestie von 1981 amnestiert: heute hat das gericht entschieden, diese amnestie zu brechen. es ist somit das erste mal, dass eine amnestie in frage gestellt wird. und für diese taten die schon über 10 jahre alt sind, für ein amnestiertes bewhrungsurteil, entscheidet sich die französische regierung plötzlich - durch zufall? - dass ich ein weiteres jahr gefängnis absitzen muss. man soll nur wissen, dass diese verbitterung gegen mich, mich nie zum schweigen bringen wird. ich verliere viel, aber diejenigen, die mich hineingesteckt haben, werden nichts dabei gewinnen, ich kann es euch mit der ruhigsten zuversicht versichern, es sind die, die schon angesichts der geschichte verloren haben.

"...wenn ich sge, dass ich nicht gegen die hinrichtung von imperialistischen zielscheiben bin, dann ist es nicht aus freude. ich kann mich nicht über den tod eines menschen freuen. sogar der schlimmste henker hat eine frau, kinder. aber heute muss man verstehen, dass man sich mitten in einem weltkrieg befindet. die gewalttätigen aktionen sind ein teil dieses krieges".

das sind einige sätze aus diesem interview, das ihr mit vor-werft. es gibt hier mehr einen unterschied zwischen einen blinden attentat und dem wahren revolutionären kampf. wenn irgendein diktator, ein henker, ein unterdrücker oder ein aus-beuter durch eine bombe umkommt oder unter den kugeln von revolutionären fällt, dann werde ich mich nicht über den tod dieses mannes "freuen", sondern ich werde mich im gegen-teil über die tatsache freuen, dass völker, tausende oder mil-lionen von leuten nicht mehr das handeln des infrage kommen-den individuals erleiden müssen.

was hier also in frage kommt ist eine funktion, eine rolle, eine aktivität, sehr konkrete verantwortlichkeiten.

wer bedauert in frankreich das verschwinden von general audran?

seine familie, seine freunde, einen teil seiner arbeitgeber (und ich bestehe darauf, nur ein teil) und dies ist logisch, ich respektiere ihren schmerz, aber es ist nicht der meine.

weder ihr, noch ich, noch die grosse Überzahl der menschen dieses landes kannten audran in seiner rolle als familienvater, sondern als general, militär, als verantwortlicher der französischen waffenverkufe. ich habe wortlich gesagt, dass ich den tod von audran nicht bedauern würde, dass ich nicht darüber weinen würde und nicht mehr. ja und dann?

ich kann euch auch noch sagen, dass ich nicht den tod von napoleon, vom zar, von louis XVI, von de gaulle, von franco, von zahlreichen anderen diktatoren und von einer noch grösseren zahl ihrer agenten, militärs, polizisten, richter und untergeordneten beamteten bedauere, die auf eine natürliche art, durch einen unfall oder durch umstände gestorben sind. auch wenn man sich noch fragen kann ob es sich nicht immer um einen natürlichen tod handelt, wenn die in frage kommenden individuen ihr leben um die waffen, um ihr benützen oder um ihren handel herum organisiert haben.

jeder konnte vor einigen jahren in der television sehen, wie der kommissar broussard und andere bullen über die zerissene leiche von jacques mesrine lärmend lachten und sich freuten. ich lasse euren bullen und euren militärs diese art von sitten, von mentalität, von moral. ich habe nie über eine leiche gelacht und getanzt.

aber wenn man den tod eines generals nicht bedauert, dann verletzt das anscheinend die französischen gesetze. ich muss also für audran weinen. gut, da wir zu einer solchen absurditt, einer grotesken forderung gekommen sind, sehe ich mich ge-zwungen, einige gründe preiszugeben, warum ich nicht über

den tod eines generals und eines waffenhndlers weinen werde. zuerst war es ein militär.

seit wann ist die laubbahn der waffen synonym mit der wahl der sicherheit, des fehlens von risiko? die französischen mili-trs können tten, bombardieren, foltern, entführen, überall in der weit massaker anrichten, das ist normal, es ist eben natürlich, der tod eines französischen militärs wäre im gegen-teil ein drama, eine seltsamkeit, etwas unlogisches. erlaubt mir diese logik nicht zu teilen, sie ist vielleicht sehr französisch, aber ich bevorzuge eine mehr allgemeine logik!

wenn die franzosen seit 1975 in djibouti, mayotte, im zaire, im tschad, in mauretanien, in zentral-afrika, in tunesien, im libanon, in neu-kaledonien, korsika, in der bretagne, euskadi, tahiti, neuseeland, in der guadeloupe töten oder getötet haben, dann dürfen sich die toten bei den zivilen bevölkerungen und bei den fremden soldaten zählen lassen, aber auf keinen fall in den reihen der französischen militärs. durch welches wunder und mit welchem recht?

soll sich doch der französische staat von überall zurückziehen, wo er nichts zu suchen hat und dieser staat soll die völker der welt in ruhe lassen, dann wird er seine militärs und seine bevölkerungen den risiken des krieges schon ein bisschen weniger aussetzen. es ist nicht schwieriger als das.

zu dem risiko des soldaten kam beim general audran das risiko des kanonenhndlers hinzu. man muss sagen, dass frankreich in diesem rahmen besonders geeignet ist. wenn michel debr, verteidigungsminister, 1971 fordert, dass alle französischen militrausrstungen ausfuhrfhig gemacht werden sollen; wenn der gleiche debr 1970 erklärt: "wenn frankreich oft beansprucht wird, dann ist es, weil es keine politischen beding-ungen, wie es verschiedene möchte tun, für ihre waffenverkufe setzt";

wenn robert galley, armeeminister, '74 erklärt: "ich habe auf keinen fall vor das vorhaben der bemühung des ausfuhrhandels aufzuhören, und ich habe keinen grund, französische arbeiter im namen eines prinzipts, dass kein staat respektieren will, arbeitslos zu machen"

wenn die kampfrakete crotale, durch mitra hergestellt, durch thomson-csf elektronisch ausgestattet, auf ersuch von südafrika entworfen wurde;

wenn die hälfte der panzer amx 13 in ländern wie israel, marokko, tunesien, elfenbeinkste, kambodscha, indonesien, singapur, süd-vietnam, argentinien, chile, exportiert wurde; wenn, von der suzokampagne, 1956, bis zum sechstagekrieg 1967, frankreich der wichtigste waffenhändler des zionistischen gebildes war;

wenn die zionisten im dezember '68 den flughafen von beirut mit französischen helikoptern super-frelon angegriffen haben; wenn die industrie der zionisten zur herstellung von kampfraketen, durch die bemühung der französischen industrielle aufgebaut wurde;

am 15. januar 1969, mitten im "embargo" installiert turbomca eine fillale im besetzten palästina: turbomca-israel, von der 51 % der antelle dem französischen mutterhaus gehören;

wenn die zionistische kampfrakete "gabriel" mit hilfe der snlas, von matra und thomson-csf gebaut wird;

wenn die kampfrakete md 660, die "jericho" getauft wurde, anti-städte, von einer reichweite von 500 km, die geeignet ist eine nukleare ladung mitzutragen, durch dassault geliefert wurde und in der insel levant getestet wurde, während der nuklearreaktor der geeignet ist, das plutonium für diese bomben zu liefern, durch französische ingenieure im nguev installiert wurde; eine installation, die durch den konzern saint-gobain-neue techniken und dem amt für atomenergie unter dem deck-mantel einer vorhangsgesellschaft gemacht wurde, der slecc,

die in courbevoie angesiedelt ist;

wenn alexander sanguinetti, hauptsekretr des udr, 1973 erklärt: "und als prsident der nationalen verteidigungskommission kann ich euch versichern, dass die zahl der einzelteile, die wir nach israel schicken, ihnen erlauben würde, ihre mirage vollständig wiederherzustellen";

wenn frankreich seit 1963 ihre ununterbrochenen handelsver-bindungen mit südafrika eingestellt hat, das jahr, wo der si-cherheitsrat alle länder, die mitglied in der uno sind, bittet,

mit allen waffenlieferungen und militärischen fahrzeugen nach südafrika aufzuhören; das offizielle embargo von frankreich betrifft jedoch nur die waffen, die südafrika selber unter französischer lizenz herstellt (so wie der mirage von dassault);

wenn, unter dem offiziellen deckmantel der anfertigung von rohrlieferungen für sportliche und industrielle einrichtungen, die gesellschaft icmes kampfraketen, gasbomben, laserstrahl gesteuerte bomben 'ram' für richtung irak und chile baut,

und dass es ein französisches unternehmen ist, das die ma-schinen und die technologie für die in santander hergestellten kampfraketen liefert, und dass der besitzer der gesellschaft icmes kein anderer als carlos cardoen ist, das heiſst der grösste waffenproduzent chiles, und der schwiegersohn des generals pinchoet;

wenn man allein durch die französische intervention und die französische bewaffnung im tschad seit 1970 mehr als 20.000 tote zählt, und dass es unmöglich ist die hunderttausende menschen, zivile oder militärs, tiere, die hektar von wald und kultur genau zu vermerken, die durch französische waffen vernichtet oder verstümmelt wurden, die durch ehrenvolle hohe beamte, wie general audran auf allen kontinenten verkauft wurden;

auf welche moralische prinzipien beruft ihr euch, um mich zu fragen, dass ich das verschwinden eines generals, kanonen-händlers, nicht bedauern soll?

und general audran war kein kleiner handwerker: hauptingenieur der bewaffnung, direktor der internationalen geschäfte im innenministerium und ein ausgezeichnete händler. so hatte er 550 kanonen cgct und fünfzig mirage 2000 an indien ver-kauft;

die französischen waffen werden also für das aktuelle massaker des tamilenvolkes gebraucht.

gerade durch seine freundschaft mit dem saudi-arabischen verteidigungs-vize-minister, abderraman bin sultan, konnte audran ein radarsystem von thomson von 10 milliarden dollar und andere ausrüstungen, für über das dreifache verkaufen.

er war auch dabel, einen riesigen vertrag für mirage 2000 mit saudi-arabien zu erwerben, ein vertrag, der inzwischen zu gunsten des deutsch-britischen tornado's verloren wurde.

in peru machte audran den nord-amerikanern mit helikoptern und mirage konkurrenz. aber rené audran war durch seinen posten der wichtigste waffenlieferer an den irak. er verwaltete

die stndige versorgung des irak. er überwachte auch den aufbau von waffenfabriken im irak. im märz 1985 wollte er einen lieferungsvertrag von zwanzig mirage f 1, die vom fran-zsischen flugzeugpark entnommen werden sollten, mit dem irak unterschreiben. weiter versuchte general audran die ent-wicklung einer kampfrakete für den irak durchzusetzen, as-go, vom asmp abgeleitet und von einer reichweite von über 200 km (also mit dem ziel sie gegen städte zu benützen).

man weiß, was dies bedeutet: ein krieg der sich verewigt, mehr als 500.000 tote seit 1980, massaker in grossen maße, die man nur mit dem krieg von '14-'18 vergleichen kann. für diese hundert-tausende von toten fragt man nicht nach meiner meinung, und vorallem behauptet man nicht, meine gefühle zu diesem thema vor diesem gericht abzuurteilen. es ist wich-tiger die tatsache abzuurteilen, zu kriminalisieren, dass ich mich weigere die trauer eines kanonenhndlers zu teilen, also einer der verantwortlichen dieser massaker. ich will einen autor zitieren, der normalerweise nicht zu meinen referenzen gehört, grard de villiers, der im februar '86 schrieb: "seine stärke kam durch seine verbindungen. es ist das, was in seinem beruf am meisten zählt. die verantwortlichen der waffenpro-gramme mit ihren vornamen ansprechen zu können. seit 1959 durchschlnderte audran diese kreise. zuerst als technischer berater der bewaffnung in der französischen botschaft in grossbritannien, später in der hauptvertretung der bewaffnung. er hatte also ein fabelhaftes adressenbuch. unersetzlich.

persönliche kontakte die über zwanzig jahre verbreitet waren. was keinen preis hat. oder doch: zwei kugeln in den kopf. im umkreis der grossen waffenmchte ist es eine methode die manchmal benützt wird. da die geldbeträge und die inter-essen extrem hoch sind. und vor allem durch die kolossalen vergütungen, die von hand zu hand übergeben oder auf nume-rierte kontos überwiesen werden".

ist dies eine mordverteldigung? wurde grard de villiers ver-folgt? nein, er stellt nur eine evidenz fest, was ich ebenfalls getan habe. und jetzt einige aktualittsfragen.

wie kommt es, dass der verteidigungsminister, andr giraud, gegen mich anklage erhoben hat, weil ich general audran als waffenhändler bezeichnet habe und dass diese anklage nicht belangt wurde, sondern in "mordverteldigung" umgewandelt wurde?

es handelte sich um eine anklage wegen "beschimpfungen gegen die öffentlichen behörden", in diesem fall die dga, hauptver-tretung der bewaffnung. interessant!

wusste herr giraud damals, dass er selber ein jahr später den waffenhandel der dga bestätigen würde?

stimmt es, dass rené audran einen anderen skandal innerhalb der dga entdeckt hätte? lohnempfnger von thomson und hohe beamten hätten beim verkauf des systems rita und von radars an saudi-arabien riesige vergütungen erhalten. einige zehn millionen franken wären zum teil für die finanzierung einer politischen partei benützt worden, was die untersuchung dieser sache beträchtlich bremsen würde. wie kommt es, dass "le cra pouillot" im februar '86 behauptete: "der iran brauchte verschiedene waffen und hatte einen grossen waffenhändler beauftragt, sie in frankreich zu besorgen, einer seiner vermitt-ler, der sehr nah mit der macht verbunden war, erhielt endlich frei bahn für einen geheimen verkauf an den iran, nur audran,

der zu sehr mit den irakern verbunden war, verweigerte sein vermittlungsgeschft und seine erlaubnis die für diesen handel technisch unentbehrlich waren"? man weiß heute, dass diese geheimen verkäufe tatsächlich stattfanden, general audran drohte vielleicht damit sie zu durchkreuzen, was durch seine totale verwicklung in den iranisch-irakischen krieg auf seiten der irakischen regierung und des diktators sadam hussein kam, dessen guter freund er war. in diesem fall mussten ver-schiedene französische hohe beamte, die präziser mit der so-zialistischen partei verbunden sind, den tod general audrans auch nicht beweint haben. auf jeden fall ging keine kugel aus frankreich heraus, ohne dass audran es wusste, so wie der verteidigungsminister, der premierminister und ihre majestät mitterand. durch seine funktion war er also waffenhändler.

mit dem ganzen berufsrisiko das das mit sich bringt.

robert gally, armeeminister, befiehlt jedoch schon in einem rundschreiben vom 8. februar 1974: "alles was den verkauf von französischen waffenausrstungen betrifft, muss unerbittlich als geheim betrachtet werden und keine information kann zu diesem thema mitgeteilt werden". also dann...

ihr wollt mich verurteilen, weil ich mich weigere, die trauer einer regierung für einen ihrer agenten zu teilen, und zum anderen ist diese regierung mir gegenüber feindlich gesinnt.

1977 wurde ich für konkrete, materielle taten verurteilt. '82 wurde ich es für meine schriftten. heute noch schlimmer, ich werde für das verbrechen der nicht-übereinstimmenden gefühle verurteilt!

weil ich keine trauer für etwas habe, wo man sie haben müsste, weil ich drt keinen tränen vergiee, wo mann es musste! ich schtze mich für diese evolution des immer kafka-artigeren und totalitären glücklich, dies beweist nur die perversitt und die schädlichkeit des systems, das ihr verteidigt und das ich bekämpfe.

es gibt nur zwei lager, für die aktionen der einen und der anderen, für die gedanken und die politische wahl, aber auch für die gefühle.

und wir sind nicht vom selben lager. deshalb riskiere ich viel, rückfällig zu werden.

zum beispiel werden meine gefühle, meine trauer und mein rger nicht für die französischen bullen und militärs sein, die ihr leben verlieren werden, wenn das volk von kanaky ihre letzten reserven an geduld verbraucht haben wird. für sie werde ich in der tat keine tränen vergießen, so wenig wie für rené audran, general und kanonenhndler. meine gefühle sind für diesen jungen kanaken, der vor zwei wochen durch den französischen staat ermordet wurde, weil er auf der seite der gerechtigkeit, auf der seite der wahrheit, auf der seite der zukunft, auf der seite der menschheit war. von dieser seite sind es die französischen militärs, die französischen bullen, die französischen richter und das ganze system, das ihr "verteidigen" wollt. mehr habe ich nicht zu sagen.

ich habe mein lager gewählt, das des kommunismus, das der revolution.

eure werte und die meinen sind antagonistisch, vollständig unversöhnlich.

frédéric orlach

PRESSESPIEGEL

SPECIAL BRANCH INVOLVEMENT IN KILLINGS DENIED

The Metropolitan Police Special Branch has detailed knowledge of IRA activities on the British mainland and monitors their activities through its links with the intelligence services.

(Independent, 8.3.88)

AMBUSH LIKELY TO BE WORK OF SAS

There appears to be little doubt that the terrorists were killed by members of 22 Battalion, the Special Air Service Regiment. The SAS is normally committed only when there is hard intelligence of a terrorist operation. This "hard int", as it is referred to by men of the regiment, is as good as a death sentence for the terrorists involved.

Normal army training defines a successful ambush as one in which all of the enemy soldiers involved are killed. When the SAS is committed there is normally an understanding that no prisoners will be taken. The source says this is done partly to prevent members of the regiment from having to give account for their actions, or details of their methods, in court. The battle at Lough Gall in county Armagh last April was an archetypal operation of this kind. Eight IRA men

None of the heavily-armed terrorists survived.

There were subsequently allegations that the SAS had killed men who attempted to surrender.

SAS soldiers in the field are kept in direct contact with their base at Hereford and senior officers in London via special signal units attached to the regiment. They often by-pass regular military communications channels.

(Independent, 8.3.88)

POLICE ACCUSED OF PROVOCATION AS RIOTS CONTINUE IN BELFAST

One of the IRA members shot dead in Gibraltar carried an Irish passport which had been stolen from a Dublin printing works in 1982, it emerged yesterday. IRA sources have said the group travelled with fake passports and documents, and Charles Haughey, the Taoiseach, yesterday told the Dail that two of them carried British passports.

The Irish passport used by Sean Savage was one of 100 stolen from a Dublin printer's six years ago. Others taken at the time have since turned up in New York and Amsterdam, some of them seized during drugs raids. The IRA's international activities have been greatly helped by access to such documents. The organisation has also acquired some of another batch which went missing from the Department of Foreign Affairs in Dublin in 1985.

Several from this second batch were discovered on the Eksund gun-running ship last October.

(Independent, 9.3.88)

ROUTINE SPANISH CHECK LED TO IRA MEN

The first inkling police had of the IRA's Gibraltar plot was last November when Spanish police ran a routine check on a "suspicious" Irish tourist named Reilly, who had arrived at Malaga airport.

The hunch, checked out through the computer files on known terrorist suspects, pooled by European forces, proved correct. Immediately, a warning flashed back to the Spanish police's European terrorism specialists from their London counterparts. The Irish tourist, the Spanish police were told, had confirmed IRA connections. Reilly's real name turned out to be Daniel McCann, who died in Sunday's shootings in Gibraltar.

All Spanish airports and frontier crossing were given Mr McCann's description. Later that month he was sighted leaving Malaga airport for Madrid, in the company of Sean Savage, who used the alias of Cohen. There they caught a connecting flight out of the country. Their destination was not disclosed by Spanish police.

When Mr McCann and Mr Savage returned to the Costa del Sol they teamed up with Miss Parkin. A state security spokesman said: "All we knew is that these people were travelling with fake identities and they took great precautions in all their movements. We knew they were planning something in the southern Spain but we didn't know what."

By February, the Spanish police began to notice a pattern to one of the suspected terrorist's movements, Miss Parkin would drive from the Malaga area to Gibraltar. The only event that occurs like clockwork on a Tuesday morning in Gibraltar is a short military parade from Inces Hall to the governor's official residence by the Royal Anglian Regiment's marching band.

(Independent, 10.3.88)

DATA BASE PLAN TO TRACK TERRORISTS

Centralised data bases to track terrorists across Europe and a plan for a Europa-wide priority search system are among the latest proposals being considered by the Trevi group, the European interior ministers, responsible for terrorism. The Gibraltar operation is seen as firm proof that inter-country co-operation promoted by Trevi is working.

Further measures put forward by the West Germans, are set out in a draft confidential report on threat assessment presented to a recent meeting of the group.

In the unpublished report, the British gave details of the IRA's methods of operations, their weapons and explosives, their aims and targets and details of previous attacks. Spain would have had full access to this.

The West German submission, "Intensification of the search

for violent terrorists" suggests a new emphasis on the search for known terrorists with cross-frontier operation.

Its proposals include:

*Sharing responsibility for collating and analysing data on behalf of the entire community among each member state. One country could be responsible for collating all information on firearms, ammunition and explosives while another could keep the data base on identification.

The Germans have asked each EC interior minister to say which data base it would be prepared to take responsibility for.

*Introduction of a "search for priority targets" system to supplement current co-operation arrangements, to be used for particularly dangerous terrorists.

The system, already in use in Germany, would mean distributing photographs and detailed descriptions of the targets concerned to all police officers.

The British response is not enthusiastic.

It stresses the danger of providing such detailed information to large numbers of police "because some of the information is obtained from sensitive sources such as informants or surveillance photographs".

(Independent, 10.3.88)

IRA 'IMPOSSIBLE TO DEFEAT MILITARILY'

The military defeat of the Provisional IRA was ruled out last night by General Sir James Glover, the former head of intelligence and commander of the British Army in Ulster.

General Glover said: "In no way can or will the Provisional IRA ever be defeated militarily. The Army's role has been now for some time...to help create the conditions whereby a full democratic, peaceful, political solution can be achieved." He added that the IRA's "long war" would last as long as the Provisionals had the stamina and the political motivation, and "so long as there is a divided island of Ireland".

General Glover, who retired six months ago as Commander-in-Chief of the UK Land Forces, caused controversy ten years ago when his confidential analysis of the IRA threat, "Future Terrorist Trends" leaked out.

This carried an equally pessimistic warning that the eventual possession by the IRA of surface-to-air missiles could not be ruled out.

General Glover said the IRA were not just a bunch of "mindless hoodlums and hooligans".

"They do have in their midst some astute, highly intelligent, very professional terrorists."

(Independent, 1.3.88)

HOW GANG WAS TRACKED

Anti-IRA training is held regularly in Gibraltar in a mock Ulster village in one of the largest caverns inside the Rock. The village includes a main street, four side-streets, two shops - one of them called Tom's Chippie - a Roman Catholic Church and St Trinian's school.

(Daily Express, 7.3.88)

AMBUSH ON THE ROCK

Late last year, routine interception of mail posted to the homes of known IRA terrorists, sympathisers and their families revealed a postcard from the Costa del Sol. The sender was a young IRA member from West Belfast, Sean Savage.

His security file showed he had been charged in 1982 with membership of the IRA and with causing an explosion, but the charges had been dropped. The file also indicated he was suspected of being an IRA bomb-builder.

The postcard claimed he was "working abroad". When Savage was observed on November 15 passing through Madrid's Barajas airport en route from Malaga to Dublin it didn't need a genius to conclude that the IRA was planning something: he was travelling with one of the IRA's two most important "operatives" in the Belfast Brigade, Danny McCann, a 30-year-old Belfast butcher.

McCann and Savage were certainly not on holiday or working abroad, for they were travelling on false passports. Their identities came to light because, during a routine check, Spanish officials had passed the details of their passports in the names of R.W.Reilly and Brendan Coyne to the Euro-terrorism experts of Spain's general information office. They in turn had requested verification from London. The descriptions that were exchanged soon revealed who the travellers really were.

They mainly used the same false passports, making it easy to track them through hotel, car-hire and airport computers as they came and went. When they did depart from this procedure they made striking blunders: one of the false passports they used during their intermittent trips to Spain carried the surname and address of a terrorist now serving a 26-year sentence for murder, kidnapping and bombing.

By mid-February, the intelligence tactics had paid dividends. An Irish woman holidaying on the Costa del Sol had made two trips to Gibraltar, both on Tuesdays. On each occasion she had studied the route normally taken by the bandmen - she too was travelling on a false passport, stolen from Mary Parkin, the wife of a Press Association journalist.

It is still not clear exactly when the bombing team arrived in Spain. On Wednesday afternoon, March 2, both Savage and McCann were reportedly seen outside a Falls Road bar in Belfast. Spanish police say they were first detected in Spain on Friday, March 4 using the same passports in the names of Reilly and Coyne.

Malread Farrell was former commander of the IRA in Armagh jail. She too was travelling on a stolen passport, taken along with a driving licence from Kathryn Harper of Plymouth when she holidayed in Ireland two years ago.

Farrell had last been seen at her parents' home in Belfast on Thursday afternoon.

On Thursday, March 3, Farrell was still in Belfast and Spanish

police had not yet detected either Savage or McCann entering the country. But that day an Irishman calling himself John Oakes signed into the four-star Al Andalus hotel in Torremolinos.

Shortly before midday on Friday he went to a nearby car hire firm, Autoluis. He said he was in a hurry and wanted to rent a Ford Escort. None was available and instead he was offered a Ford Fiesta - the red car that would be used later by the active service unit to drive south to Gibraltar.

Oakes, who produced an Irish driving licence and passport to prove his identity, was described later by the owner, Luis Cardon, as about 5ft 10in, with a thin face, in a grey suit. He appeared well educated.

His behaviour when signing the hiring form caused comment in the office, for he began writing with his left hand, then changed the pen to his right, writing John Oakes in childish capitals, initially spelling the name as OAGES. As he was writing, he kept his eyes fixed on the top of the form where Cardon had already printed the name from the licence.

Oakes then said he wanted to return the car the following Sunday and asked if the office would be open. He was told no, and to slip the keys under the door. Ignoring the telephone in the office, Oakes said he had to call his mother and asked directions to the nearest call box. He was away some time, but returned to the office asking where his girlfriend was.

Cardon was surprised; until then he hadn't seen a woman, but minutes later, as Oakes drove off in the red Fiesta, Cardon noticed that he had been joined by a woman with short blond hair, Mairead Farrell was a brunette.

Two days later, the red Fiesta turned into a car park at La Linea, two miles from the Gibraltar border. It was followed by the white Renault. The vehicles carried Farrell, Savage and McCann. Inside the red vehicle were the keys to the car bomb parked in the garage at Marbella.

At 12.50 pm Savage drove the Renault across the border, through the town and into the square where the bandmen mustered.

The terrorists' every move was now being shadowed by a team including the SAS men.

(The Sunday Times, 13.3.88)

PRESS RELEASE

The abducted hostage negotiator Terry Waite and the executed security agent Jacques Meurant (*)

* "Ask Nabih Berri about Terry Waite".

* "We warned Mitterand before the execution of his agent".

These two point-revelations confirmed by Mihran Mihranian, the "new" leader of the Armenian Secret Army for the Liberation of Armenia (ASALA) to Al-Majalla, the International News Magazine of the Arabs (London) in an exclusive interview published in its latest issue (No 421, March 2-8, 1988).

Answering to a question about the abduction of the Anglican Church envoy, Terry Waite, Mihran Mihranian assures that Nabih Berri, the Lebanese Minister and leader of the AMAL militia group, is fully aware about the Waite's abduction as well as of the place that he is now kept; and adds: "He (Berri) wants him (Waite) as a strong 'card' in order to ensure his private interests...The near future will reveal everything." In a 5-page photo-reportage and interview, held "somewhere", Mihran Mihranian - among others - speaks in detail about the negotiations with a French envoy, responsible in the DGSE (French external intelligence service) for the liberation of the Armenian freedom-fighters from the French prisons, and about the ASALA's letters directed to the President Francois Mitterand and the Prime Minister Jacques Chirac, through this envoy.

In this interview, which has been published as cover story, Mihranian confirms: "I demanded from the DGSE envoy to set our imprisoned comrades free from the French prisons, otherwise the operations will go on and the French government will find the hand of the ASALA in each of these operations". Meanwhile, Mihranian denies that negotiations are held with American and Canadian authorities for the liberation of the imprisoned Armenian freedom-fighters in these countries, but speaks of "frozen" negotiations with Swiss authorities for the same purpose.

ARMENIAN POPULAR MOVEMENT

-PRESS BUREAU-

Athens, March 8, 1988

(*) Three gunmen executed him on February 2, 1988, in East Beirut and "robbed" him of a file of confidential documents. According to the "Lebanese Forces" leader, Jacques Meurant had come to Beirut, in a special mission, in order to investigate the "ASALA connection" to the murders of a number of French security and military officers in Lebanon.

